ISSN 1864-0982

Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

2/2011

Energiewende in nur einem Land?

Ausländische Blicke auf die deutsche Energiepolitik

Energiewende in nur einem Land?

Ausländische Blicke auf die deutsche Energiepolitik

Inhalt

Editorial 2
Alessa Hartmann

Schwerpunkt

Energiewende und Green Economy nur in einem Land?..... 3
Jürgen Maier

Made in Germany: Atomausstieg wird zum globalenSchaufenster der Energiewende..... 6
Arne Jungjohann

Entscheidung zwischen Sonderweg oder Führungsrolle: Wie blickt Europa auf die deutsche Energiepolitik? 8
Dietrich v. Tengg-Kobligk

Deutschlands Energiepolitik aus polnischer Sicht. Reaktionen in Medien, Politik und Zivilgesellschaft..... 10
Kuba Gogolewski

„Nicht hier erfunden" Großbritannien und der deutsche Atomausstieg.. 12
Duncan McLaren

Japan: Moralische Kernschmelze und Aufkündigung des Atomkonsenses 14
Richard Pestemer

Die Atomkrise in Japan löst in China Bedenken gegen die Atomkraft aus..... 15
Wen Bo

Taiwans große Chance zum Atomausstieg Katastrophe in Japan ist eine Lehre für Taiwan 18
Fenlan Lai

Aktuell

CSD-19 in New York: Green Economy als Feindbild der G77.....20
Jürgen Maier

Wenig ambitioniert und trotzdem gefährdet: Die neue europäischen Biodiversitätsstrategie braucht Unterstützung..... 22
Friedrich Wulf

Die Doha-Runde der WTO zwischen Abbruch und Minimallösung.....24
Tobias Reichert und Michael Frein

Bonner Klimaverhandlungen müssen Dynamik auf dem Weg nach Durban bringen..... 25
Sven Harmeling

IRENA - Die neue Weltorganisation für Erneuerbare Energien nimmt Gestalt an ..... .26
Gunnar Boye Olesen

Deregulierung des Saatgutrechts der EU – für Industrie oder für Biologische Vielfalt?..... 28
Susanne Gura

Themen & AGs

Energieholz – eine Therapie gegen den Klimawandel? 9
László Maraz

Was unterscheidet eine Green Economy von einer Green-washed-Economy?..... 31
Kathrin Blaufuss, Claudia Kabel

Müllkippe Meer Plastik und seine tödlichen Folgen 32
Kim Cornelius Detloff

REDDplus – Wie weiter nach Cancún?..... 33
Kristin Gerber, Hermine Kleymann

UN-Women – ein frauenpolitischer Neuanfang bei den UN..... 34
Christa Wichterich

Aus den Kinderschuhen: 20 Jahre Globale Umweltfazilität 35
Günter Mitlacher

Mit schlechtem Beispiel voran Versuch der Annex 1 Staaten, ihre Emissionen möglichst klein zu rechnen 37
Wolfgang Kuhlmann

Alternativer Energiegipfel der Klima-Allianz..... 38
Henner Weithöner

„Angela wir müssen reden!" Die Kampagne „Meine Landwirtschaft" und ihre Sternfahrt nach Berlin 39
Harry Hoffmann und Jochen Fritz

Global Youth for Biodiversity Organisation (GYBO) Weltweite Vernetzung Jugendlicher..... 40
Christian Schwarzer

Ländliche Entwicklung neu gedacht? Ein Kommentar zur neuen Strategie zur ländlichen Entwicklung des BMZ 42
Roman Herre

Ansätze zu einer nachhaltigen Gestaltung der Handelspolitik jenseits der WTO 43
Tobias Reichert

Publikationen / Film..... 44
Veranstaltungen / Termine 46

Forum Umwelt und Entwicklung

Impressum:
Herausgeber:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzer Str. 65, 53173 Bonn
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Alessa Hartmann
Layout: Stefan Schober

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2011.

Alessa Hartmann

Liebe Leserinnen und Leser,

„die Kehrtwende Angela Merkels bei der zivilen Nutzung der Atomenergie ist spektakulär", schrieb die französische Zeitung Le Figaro. Von einer „Pionierrolle" spricht die Zürcher Zeitung, „als Modell für andere Länder" sieht die italienische La Stampa den deutschen Atomausstieg. Dies sind nur einige der zahlreichen internationalen Pressestimmen der vergangenen Wochen. Kein Zweifel, der deutsche Atomausstieg und die Energiewende werden auch im Ausland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Diese Ausgabe des Rundbriefs nimmt deshalb die Sicht anderer Länder auf Deutschland in den Blickpunkt. Wie sind die Reaktionen auf den Atomausstieg in den Medien, der Politik, bei den NRO? Was hat sich in Asien, den USA und Europa seit Fukushima verändert und könnte Deutschland tatsächlich eine Vorreiterrolle einnehmen auf dem Weg zu einer globalen Energiewende?

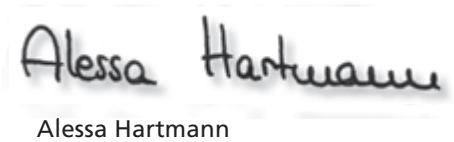
Die deutschen Entwicklungen werden neugierig, wenn auch skeptisch beobachtet. In Ländern wie den USA und Polen beispielsweise scheint ein ähnlicher Schritt in weiter Ferne. Und doch sind die Menschen seit Fukushima für die Gefahren der Atomkraft sensibilisiert. In Japan wurde beispielweise unlängst von der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei ein Atomausstiegsprogramm, nach Vorbild der deutschen Politik von SPD und Grünen, vorgelegt. In China konnten zivilgesellschaftliche Gruppen kürzlich aufdecken, dass eines der chinesischen Atomkraftwerke auf einer Erdbebenfalte steht. Die polnischen Umwelt-NRO bezeichnen die deutsche Energiepolitik sogar als „Heiligen Gral".

Und dennoch sprechen viele von einer schnellen, gefühlsbetonten Entscheidung der Deutschen. Die Herausforderungen sind enorm, der Erfolgsdruck gewaltig: Viele Befürworter der Atomenergie warten nur auf ein Scheitern der Deutschen bei dem Umstieg auf Erneuerbare Energien, um diese dann als unzuverlässig und überteuert dazustellen.

Auch unter deutschen NROs wird bereits Kritik laut: Sie nennen den Atomausstieg halbherzig, bezeichnen ihn als zu langsam und befürchten, die Regierung könnte sich ein Hintertürchen offen lassen. Tatsächlich wurde die Förderung der Erneuerbaren Energien nach Fukushima nicht erhöht und Klimaschützer warnen schon jetzt vor einem Ausbau von Kohlekraftwerken.

Neben all den Risiken sollten wir, und auch unsere ausländischen Nachbarn, aber nicht die Chancen und Möglichkeiten vergessen, die der „Testballon" deutsche Energiewende bieten kann: Wenn Deutschland erfolgreich seine Erneuerbaren Energien ausbaut, dann kann es nicht nur eine Führungsrolle bei der Europäischen Union in Brüssel, sondern auch global einnehmen und zum Wegbereiter der erforderlichen „Green Economy" werden. Dabei bleibt auch für uns als Zivilgesellschaft eine Menge zu tun

Nach zehn Jahren hat Monika Brinkmöller das Forum Umwelt und Entwicklung verlassen. Sie hat dem Rundbrief über eine lange Zeit ihren Stempel aufgedrückt, und als ihre Nachfolgerin trete ich in große Fußstapfen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre



Alessa Hartmann

Energiewende und Green Economy nur in einem Land?

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat innen- und energiepolitisch in Deutschland vieles auf den Kopf gestellt. Während die deutsche Kanzlerin instinktiv sofort erkannte, dass mit Fukushima die gesellschaftliche Vermittelbarkeit der gerade beschlossenen Atom-Laufzeitverlängerung entfallen ist und unverzüglich sieben Atomkraftwerke abschalten ließ, dauerte es im direkt betroffenen Japan zwei Monate, bis die Regierung ein direkt an einer Erdbebenspalte gelegenes Atomkraftwerk abschalten ließ und die Atom-Ausbaupläne zur Disposition stellte.

Und im Rest der Welt war von dem politischen Erdbeben, das spätestens mit der baden-württembergischen Landtagswahl Deutschland erfasste, kaum etwas zu spüren. Im Gegenteil: tschechische Atomkraftwerksbetreiber freuten sich schon auf potenzielle neue Absatzmärkte in Deutschland, und die EU-Kommission und die Internationale Energieagentur IEA schauten eher verwundert auf die Deutschen: Nach der Rolle des Klima-Musterschülers wollen sie nun auch noch ohne Atomkraft auskommen, das kann doch nicht klappen!

Sind die Deutschen Atom- und Klima-Hysteriker?

So behaupten es zumindest interessierte Kreise. Vermutlich kann diese Frage objektiv gar nicht beantwortet werden, denn Hysterie ist kein absoluter Begriff sondern definiert sich relativ zu der Gelassenheit oder Untätigkeit der anderen. Wir haben daher in dieser Rundbrief-Ausgabe einige Beobachter aus der Perspektive des Auslandes zu Wort kommen lassen. Wie die Antworten aussehen, hängt natürlich auch maßgeblich davon ab, ob diese ausländischen Beobachter in ihrem Land selber für eine ähnlich gelagerte Energiewende, weg von den fossilen und nuklearen Energien, eintreten. Bei ihnen tritt dann mehr Bewunderung als Verwunderung über die Deutschen zutage.

In der Tat sollten wir nicht unterschätzen, dass die deutsche Energiepolitik im Ausland extrem neugierig beobachtet wird. Die politische Kehrtwende von Kanzlerin Merkel hat dies zwar öffentlichkeitswirksam unterstrichen, aber: bei näherem Hinsehen unterscheiden sich die real existierende Energiepolitik der deutschen Parteien und Regierungskoalitionen weniger untereinander, dafür um so deutlicher von der Energiepolitik fast aller anderer Länder. Die Rücknahme der Laufzeitverlängerung und modifizierte Rückkehr zum alten rot-grünen Atomausstiegsplan mag innenpolitisch dramatisch wirken – aus französischer Sicht entspricht der Unterschied etwa dem zwischen der Entfernung des Saturn und des Jupiter von der Erde. Die Energiepolitik aller deutschen Parteien ist für alle politischen Kräfte in Frankreich weit, weit weg und ein Buch mit sieben Siegeln.

Dies ist nicht erst seit Fukushima so, sondern begann schon vor 20 Jahren mit dem Stromeinspeisegesetz und der Ankündigung von Kanzler Kohl in Rio 1992, Deutschland werde unabhängig von einem noch in weiter Ferne liegenden Klimaschutzabkommen (fünf Jahre später in Form des Kyoto-Protokolls beschlossen und dann erst 13 Jahre später in Kraft getreten) seine Emissionen um 25 Prozent reduzieren. Der rot-grüne Atomausstiegsbeschluss von 2000 wurde zwar von der Umweltbewegung scharf als viel zu langsam kritisiert, aber seitdem wurde die Atomkraft das Etikett der Auslauftechnologie nicht mehr los. Trotz aller Störfeuer von Stromkonzernen, energieintensiver Branchen und ihrer politischen Verbündeten überstanden die Grundlinien der deutschen Klima- und Energiepolitik mehrere Regierungswechsel. Das rasante Wachstum der Erneuerbaren durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) und das Entstehen einer veritablen Industriebranche rund um Wind und Sonne ist weltweit einzigartig. Im Gegensatz zu Großbritannien, das als eines der wenigen Industrie(?)-Länder seine Treibhausgasemissionen signifikant senken konnte, geschah die Verwirklichung von Deutschlands Klimaschutzzielen, selbst unter Berücksichtigung der Abwicklung weiter Teile der DDR-Industrie eben nicht durch Deindustrialisierung und Produktionsverlagerung ins Ausland, sondern durch industrielle Produktivitätssteigerung und technologische Innovation.

Die USA als Schlusslicht bei Erneuerbaren Energien?

Nach der Logik des US-Senats, der das Kyoto-Protokoll mit der Begrün-

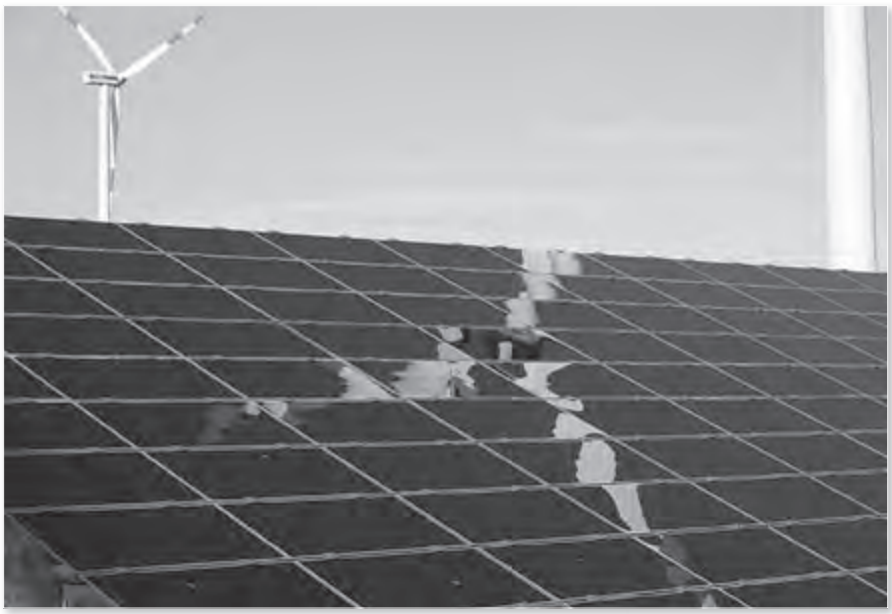


Foto: b_bbyl@flickr.com

dung ablehnt, es sei eine zu große wirtschaftliche Belastung, müssten die Deutschen längst bankrott sein und die USA die Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft. Tatsächlich ist es genau umgekehrt. Für die USA entwickelt sich die Ideologie der billigen Energie und der Verteufelung von Energiesteuern immer mehr zur veritablen Innovationsbremse – Energieeffizienz lohnt sich einfach nicht. Stattdessen gibt die US-Volkswirtschaft immer mehr Dollars für immer teurere Energieimporte aus, amerikanische Industrieprodukte sind kaum noch konkurrenzfähig. Auch bei der zentralen Zukunftsbranche der erneuerbaren Energien spielen US-Firmen nur eine Nebenrolle, Tendenz weiter sinkend. Dramatisch unterstrichen wurde dies, als im Herbst 2009 die Meldung erschien, der größte Windpark der Welt werde in Texas gebaut und zwar von chinesischen Investoren mit chinesischen Windrädern und chinesischer Finanzierung. Amerikas Energieinfrastruktur ist in weiten Bereichen derart veraltet, dass unsere deutschen Netzausbauprobleme dort wie ferne Zukunftsmusik erscheinen. Ein Land, das sich den Klimaschutz angeblich nicht leisten kann, in dem aber selbst so elementare Technologien wie Thermostaten oder Wärmedämmplatten kaum verbreitet sind, hat nicht nur ein ökologisches Glaubwürdigkeits-Problem. Vor allem lenken die ideologisch aufgeladenen Grundsatzdebatten, ob der Klimawandel überhaupt stattfindet, in den USA von der Tatsache ab, dass das Land ein immer größeres wirtschaftliches Problem mit seiner miserablen Energieeffizienz hat. Für eine Einheit Bruttoinlandsprodukt wird in den USA fast doppelt so viel Energie verbraucht als in Deutschland!

Übernimmt sich Deutschland?

In Deutschland wird diskutiert, ob wir uns vielleicht ökonomisch übernehmen mit einem angeblich zu raschen Übergang in das Zeitalter der Erneuerbaren und der Energieeffizienz. Das Tempo zu verlangsamen, ist im Ernstfall aber sicherlich leichter, als wenn man vom Problemdruck zur Beschleunigung der Energiewende gezwungen wird. Genau das droht unaufhaltsam fast allen Industrieländern. Seit die alte Strom-Monopolwirtschaft in den 90er Jahren liberalisiert wurde, ist klar, dass sich der Neubau von Atomkraftwerken nur unter Monopolbedingungen, nicht lohnt, wie sich an den grotesk unwirtschaftlichen, wenigen Neubauprojekten in Europa unschwer sehen lässt. Aber auch bei der Kohle und selbst beim Erdgas lässt sich ein Investitions-Attentismus beobachten – es wird nicht investiert, weil man zu wenig verdient. Strom ist eben noch zu billig, um mit neuen Kraftwerken Geld verdienen zu können. Da helfen alle Politiker-Appelle nichts, neue Kraftwerke zu bauen. Frankreichs alternde Reaktoren oder Großbritanniens marode Kraftwerke werden noch im Laufe dieses Jahrzehnts die Frage nach der Versorgungssicherheit in viel dramatischerer Form als in Deutschland stellen. Im Gegensatz zu Deutschland gibt es in diesen Ländern auch bei den Erneuerbaren kaum Planungssicherheit, die Rahmenbedingungen ändern sich ständig und deswegen wird im gesamten Energiesektor kaum investiert. Großbritanniens Stromwirtschaft wird von ausländischen Investoren dominiert wie zum Beispiel Eon, Frankreichs staatseigene EdF ächzt unter einer gigantischen Schuldenlast. Eine durch das deutsche EEG ausgelöste private Investitionsdynamik fehlt in beiden Ländern völlig. Was macht die Politik? Sie ignoriert und vertagt das Problem, und die Öffentlichkeit wundert sich statt über die eigenen Politiker lieber über die Deutschen.

China baut auf Erneuerbare Energien

Satt und behäbig auf der alternden Infrastruktur des 20. Jahrhunderts zu sitzen, ist vorübergehend eine Option für Amerika und Europa, bislang auch für Japan, aber nicht für die aufstrebenden Schwellenländer mit ihrem rasch wachsenden Energieverbrauch. Sie müssen die Energie für ihre rasch wachsenden Volkswirtschaften bereitstellen, wenn es nicht zu potenziell unkontrollierbaren Krisen kommen soll, die deutlich zurückgehende Wachstumsraten fast überall auslösen würden. Am interessantesten ist dabei sicherlich China, das sich in den Schlüsseltechnologien der Erneuerbaren zielstrebig in die vorderen Ränge der Weltmärkte schiebt, und etwa der deutschen Solarindustrie schon lange das Fürchten gelehrt hat. Mit ökologischem Sendungsbewusstsein hat das wenig zu tun, für Chinas Industrieplaner sind Solarzellen vermutlich vergleichbar mit Flachbildschirmen zunächst einmal Produkte, mit denen man viel Geld verdienen kann. Aber es geht nicht nur um Exportchancen – die Energieversorgung der mittlerweile größten Volkswirtschaft der Welt ist seine Achillesferse. China hat seit 2007 das Problem, Netto-Kohleimporteur geworden zu sein und daher muss das Riesenland um seine Versorgungssicherheit ebenso fürchten wie Europa oder Japan. Die Regierung setzt massiv auf die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz. China setzt nicht nur auf das größte Ausbauprogramm erneuerbarer Energien, sondern baut heute auch die modernsten Kohlekraftwerke der Welt. China hat seine Kohlesubventionen binnen drei

Jahren auf Null gesetzt (wir brauchen dafür über 50 Jahre). China legt veraltete Industrieanlagen gnadenlos still. Aber mit der schieren Masse seiner Wachstumsraten im Verbrauch von nahezu allem übertrifft das Land natürlich auch jeden Effizienzgewinn bei weitem.

Es waren maßgeblich chinesische Think-Tanks, die im Januar einen von 26 asiatischen Wissenschaftsakademien getragenen Bericht »Towards a Sustainable Asia: Green Transition and Innovation« veröffentlichten, in dem die ökologischen Grenzen des bisherigen asiatischen Wirtschaftswachstums-Modells schonungslos benannt und als Gefahr für die künftige Wettbewerbsfähigkeit thematisiert wurden. »Asien muss neue Triebkräfte entwickeln […] und sein Entwicklungsmodell ändern, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. «China wird mit einer solchen Politik enorme Einflüsse auf die Weltwirtschaft ausüben. Schon mit der vom BDI scharf kritisierten, politisch bedingten, Verknappung der Exporte Seltener Erden hat China praktisch einen Wettbewerb gestartet, um die effizienteste Verwendung und Recycling dieser Metalle.

Wo in anderen Schwellenländern, wie etwa dem Rio-Gastgeber Brasilien, noch blinder Fortschrittsglaube herrscht und Ex-Präsident Lula genauso wie seine Nachfolgerin Tiefsee-Ölbohrungen und Staudämme im Regenwald zum Nonplusultra nationaler Größe erklärt, dürfte man in China über derart überholte Fortschrittsbegriffe eher lächeln. China dürfte bereits heute das Land sein, in dem staatliche Planung mehr als irgendwo anders in die Wirtschaft eingreift, um sie ökologisch nachhaltiger zu machen. China mustert ökonomische Auslaufmodelle schneller und konsequenter aus, und es schwimmt im Geld um zu investieren. Das mag im politischen System Chinas einfacher sein als in einer Demokratie. Aber wie viel Demokratie etwa in der französischen, japanischen oder amerikanischen Energiepolitik wirklich herrscht, darüber lässt sich auch trefflich streiten. Die schmerzliche Erfahrung deutscher Stromkonzerne, dass ihr politischer Einfluss rapide schwindet, steht in diesen Ländern noch bevor. Aber vermutlich wird auch in China das Verdikt von der Öko-Diktatur noch lange nicht zutreffen, dass RWE-Vorstandsmitglied Vahrenholt unlängst über die Bundesrepublik Deutschland des Jahres 2011 prägte.

Der Wettlauf um diese Weltmärkte der »Green Economy«

Es werden nicht UN-Gipfeldeklarationen sein, die den Weg in die »Green Economy« weisen – diese können nur einen globalen Minimalkonsens abbilden, und der trägt nicht weit. Der Weg in die »Green Economy« wird in jedem Land anders – und vor allem mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten –gegangen, und die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darüber werden zunehmend über »harte« ökonomische Fragen und zunehmend weniger über »weiche« ökologische Fragen ausgetragen. Allen IPCC-Klimaberichten zum Trotz: erst kommt das Geldverdienen, dann die Moral. Wenn man mit Klimazerstörung weiter Geld verdienen kann, findet sie auch statt.

Die Weltmärkte der »Green Economy« sind die Orte, an denen sich die politischen Kräfteverhältnisse des 21. Jahrhunderts entscheiden. Beileibe nicht alle Technologien dieser Weltmärkte sind Solarmodule und Windräder. Es geht um die besten integrierten Verkehrssysteme jenseits des individuellen Blechkastens, es geht um die besten Stahllegierungen für diese Technologien, es geht um die besten Metallrecyclingtechnologien, um die besten Energieeffizienztechnologien, die besten Energiespeichertechnologien. Wer das in Zukunft liefern kann, der kann die deindustrialisierten Dienstleistungsgesellschaften ehemaliger Industrieländer für sich arbeiten lassen. So manchem klugen Amerikaner, wie Jeffrey Sachs oder Jeremy Rifkin, dämmert bereits, dass die vermeintlich so schrulligen Deutschen vielleicht längst kaum noch einholbare Wettbewerbsvorteile haben.

Dieser Wettlauf um diese Weltmärkte der »Green Economy« wird wenig von multilateraler Kooperation, und umso mehr durch Konkurrenz bestimmt. Denn wer diesen Wettlauf gewinnt, auf den warten enorme wirtschaftliche Vorteile, und wer ihn verliert, der wird lange brauchen das Versäumte aufzuholen. Daher ist es kein Paradoxon, dass die multilateralen Verhandlungen (von Klima bis zur WTO) überall festgefahren sind, und der Strukturwandel zu den Technologien der »Green Economy« sich dennoch beschleunigt. Beides bedingt sich geradezu – einen im Konsens geplanten Strukturwandel hat es noch nie gegeben. Das Auto wurde nicht im Konsens mit den Pferdekutschenbetreibern eingeführt und der Computer nicht im Konsens mit den Schreibmaschinenherstellern. Fragt sich nur, ob das alles für die Tragfähigkeit des Ökosystems Erde schnell genug von Statten gehen wird.

Die Vision von Rio 1992 sah sicherlich anders aus. Nach dem Ende des Kalten Krieges sollte ein neues Zeitalter der globalen Kooperation eingeläutet werden. Diese Vision ist spätestens in Kopenhagen 2009 lautstark zerplatzt. Ist es ausgleichende Gerechtigkeit, dass die Bremser von heute die Verlierer von morgen sein werden, und die Vorreiter von heute die Gewinner von morgen? Oder ist es die ultimative Niederlage der multilateralen »Global Governance«, der »Weltinnenpolitik«, gegenüber dem kapitalistischen Konkurrenzdenken? Wahrscheinlich beides. Aber: ebenso gut ist es möglich, dass multilaterale Kooperation wieder attraktiver wird, wenn die wirtschaftlichen Nachteile des Festhaltens an überholten Strukturen immer deutlicher werden.

Wohin führt der deutsche »Energie-Sonderweg«?

In diesem Kontext findet der plötzlich so hochstilisierte deutsche »Energie-Sonderweg« statt. Verglichen mit den Leistungen der vorhergehenden Bundesregierungen hat die aktuelle Bundesregierung dazu zwar mit Abstand am wenigsten beigetragen, aber immerhin hat sie spektakulärer als je zuvor demonstriert, dass es keinen Weg zurück gibt. Wenn das Industrieland Deutschland diesen Strukturwandel auch künftig erfolgreich voranbringt, ist der Präzedenzfall geschaffen – aber wir haben auch alles Potenzial, diesen Strukturwandel an die Wand zu fahren. Genug rückwärtsgewandte Politiker und Wirtschaftsfunktionäre gibt es immer noch, wenngleich ihr Einfluss zurückgeht. Auch für die NGOs ist dieses Mega-Projekt eine hohe Verantwortung.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung

Made in Germany: Atomausstieg wird zum globalen Schaufenster der Energiewende

Die Atomkatastrophe in Fukushima hat die deutsche Ausstiegsdebatte beflügelt und sich in einem energiepolitischen Kurswechsel niedergeschlagen, der so nicht zu abzusehen war. Atomkraft hat in Deutschland keine Zukunft mehr. Auch in den USA hat die Technik an Zustimmung eingebüßt.

Immerhin, und das ist neu, spricht sich eine Mehrheit der US-Bevölkerung gegen AKW-Neubauten aus. Allerdings können sich die wenigsten Amerikaner vorstellen, ganz auf die Atomkraft verzichten. In einer Rasmussen-Umfrage befürworten nur 29 Prozent einen Atomausstieg – und das auch nur in den nächsten 50 Jahren – 47 Prozent sehen Atomstrom als dauerhaften Teil des Energiemixes.

Wenn man im Frühjahr 2011 die energiepolitische Debatte in den USA verfolgt, reibt man sich als Europäer die Augen. Das gilt sicher umso mehr, wenn man, wie der Autor dieses Textes, den Reaktorunfall von Tschernobyl in seiner eigenen Kindheit als physische Bedrohung erlebt hat, und mit Anti-AKW-Bewegung und dem rot-grünen Atomausstieg groß geworden ist.

Welche Konsequenzen ziehen die USA aus Fukushima?

Für die erste Stellungnahme seiner Regierung zum japanischen Reaktorunglück hat Präsident Obama das Energieministerium und die Atomaufsichtsbehörde vorgeschickt. Deren Vertreter ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass die Regierung unbeeindruckt an der Atomkraft und weiteren Ausbauplänen festhält. Daniel Poneman, Staatssekretär im Energieministerium, erklärt, dass die Atomkraft fester Bestandteil im Energiemix der USA bleiben werde: "Each event as it occurs is taken into account, but we don't change from day to day our approach. Nuclear power has been a critical component to the U.S. energy portfolio [and] […] we do see nuclear power as playing an important role in building a low-carbon future."[1] Ähnlich äußern sich Politiker beider Parteien.

Die Gründe für die atomfreundliche Stimmung sind vielfältig. Die USA sind der größte Atomstaat der Welt. Von den rund 435 Reaktoren weltweit betreiben sie 104. Damit deckt Atomkraft rund 20 Prozent der landesweiten Stromnachfrage ab. Der Anteil der Atomkraft ist am Gesamtmix damit zwar kleiner als in Deutschland. Dafür hat die Industrie großes politisches Gewicht. Ihr müsste, so möchte man meinen, angesichts der Reaktorkatastrophe in Japan der Wind kräftig ins Gesicht blasen. Doch Dank der vielfältigen Werbekampagnen und intensiver Lobby-Arbeit der letzten Jahre ist sie in der Öffentlichkeit weithin als sichere, zuverlässige und saubere Energie akzeptiert.

Über Jahre hinweg wurden enge Verbindungen zu den Politikern der Republikaner und Demokraten aufgebaut. Die Krakenarme der Lobby reichen weit in beide Parteien hinein. Das Nuclear Energy Institute ist dabei der sichtbarste Akteur. Es ist der Lobbyverband der Atomindustrie in seiner gesamten Prozesskette: vom Uranbergbau über den Reaktorbau und die Brennstoffversorgung bis hin zur Atomstromproduktion. Seine Lobbyisten halten einen guten Draht zur Regierung und den Abgeordneten im Kongress. Allein im letzten Wahlkampf 2010 wurden Politiker beider Parteien mit rund 4 Millionen US Dollar unterstützt. Das Nuclear Energy Institute schaltet hübsche Werbekampagnen wie die Clean and Safe Energy Coalition[2] zur Akzeptanzsteigerung. Mit solchen Kampagnen betreibt die Lobby ein Greenwashing[3] und überschreitet die Grenzen des Erlaubten dabei immer wieder.[4] Neben dem Dachverband spielen die großen AKW-Betreiber und ihre Mutterkonzerne eine wichtige Rolle. Sie haben im letzten Wahlkampf einen zweistelligen Millionenbetrag für Lobbying und Wahlkampfspenden ausgegeben. Die Unternehmen honorieren dabei insbesondere die Abgeordneten der Bundesstaaten, wo ihr Stammsitz liegt, sowie Politiker in Spitzenpositionen.

Demokraten wie Republikaner werden beide von der Atomindustrie finanziell gepäppelt

Es sind aber vor allem die Republikaner, die seit langem an einer Renaissance der Atomenergie in den USA feilen. Die konservativen Pläne sind reinste Wolkenkuckucksheime. Ginge es nach ihnen, würden in den nächsten zwei Jahrzehnten 100 neue AKWs gebaut werden (zusätzlich zu den aktuell laufenden 104 Atommeilern). Das ist finanziell, aber auch von den Planungsabläufen her, vollkommen unrealistisch. Von einem „all-of-the-above"-Ansatz wird gerne gesprochen, bei dem keine Energieform ausgeschlossen werden soll.[5] Doch das ist politische Irreführung in Reinform. Dahinter verbirgt sich eine knallharte Agenda für mehr Öl- und Gasbohrungen, mehr Kohle- und mehr Atomkraftwerke.

Anders als in Deutschland ist auch das Verhältnis der Umweltbewegung zur Atomkraft. Zum einen ist da die Anti-Atombewegung, die in den Wochen nach Fukushima wie ein Löwe gekämpft hat. Doch die Bewegung ist klein und hat im Vergleich zur Gegenseite wenige Ressourcen. Hinzu kommt, dass die Atomindustrie an der Seite der Umweltbewegung für ein nationales Klimagesetz gekämpft hat. Vom Emissionshandel versprachen sich die Betreiber Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Kohlestrom. Da die Atomwirtschaft eine der wenigen Stimmen aus der Industrie ist, die mehr Klimaschutz und eine Verschärfung der Schadstoffstandards für konventionelle Kraftwerke fordert, herrschte mit weiten Teilen der Umweltbewegung in den letzten Jahren ein Waffenstillstand.

Die Gefechtslage verdeutlicht, dass die Atomindustrie politisch fest im Sattel sitzt. Doch zu einer Atomrenaissance wird es auch in den USA nicht kommen. Ausufernde Kosten und billiges Erdgas machen der Industrie zu schaffen. Den Bankhäusern an der Wall Street sind die Neubaupläne zu teuer und zu risikoreich.[6] Selbst mit staatlichen Milliarden-Bürgschaften, die von Obama unterstützt werden, sind neue AKWs in den USA nicht finanzierbar. Atomkraftgegner fürchten deshalb auch nicht die große Atomwelle, wie sie die Lobby und manche Politiker herbeireden wollen. Immerhin, erste Abgeordnete und Atomexperten rufen jetzt nach einem Moratorium für Neubauten in erdbebengefährdeten Gebieten und fordern eine Überprüfung der Sicherheitspläne

im Fall von Naturkatastrophen. In einzelnen Bundesstaaten wie New York, Vermont und Kalifornien steigt der Druck, alte Meiler dauerhaft abzuschalten. So langsam bröckelt die pro-Atomstimmung in den USA.

Skepsis und Neugier gegenüber dem deutschen Atomausstieg

Dass die Bundesregierung auf einen Schlag acht alte Meiler dauerhaft abschaltet und einen Komplettausstieg bis zum Jahr 2022 beschließt, sorgt für Aufsehen in Washington DC. Im politischen Mainstream überwiegt die Skepsis zum deutschen Atomausstieg. Große Zeitungen wie die Washington Post oder das Wall Street Journal wettern in langen Kommentaren gegen den Ausstiegsplan und halten ihn für wenig realistisch.

Doch in die Skepsis mischt sich auch Neugier. Denn die Deutschen haben sich zum globalen Marktführer in den erneuerbaren Energien gemausert. Noch dazu ist es eine konservative Regierung, die bei der Energiewende aufs Tempo drückt. Und dann gibt es da noch diese Sicht auf das Land der bewundernswert zuverlässigen Technik made in Germany. Die Deutschen, so das Klischee, haben aus Ruinen ein Wirtschaftswunder geschaffen, bauen hervorragende Autos, und scheinen das Ingenieurs-Gen irgendwie in die Wiege gelegt bekommen zu haben. Wenn einem Land auf der Welt die Umsetzung einer so ambitionierten Technologiestrategie zugetraut wird, dann Deutschland. In den landesweiten Sendungen der Radioshows beglückwünschen viele Anrufer Deutschland für dessen Weitsicht. Diesen Optimismus, etwas Neues zu wagen, ohne jede offene Frage im Voraus beantworten zu können, hätten US-Politiker längst verloren. Deutschland hingegen zeige den Mut, den Aufbruch ins Solarzeitalter ernsthaft anzupacken. Die Deutschen, so einer der Kommentare, seien einfach can-do people.

Die Mehrheit der Amerikaner mag die atomkritische Haltung der Deutschen nicht teilen. Doch wie Deutschland den Ausstieg aus der Atomkraft mit dem Einstieg ins Solarzeitalter verbindet, wird ihnen schon bald imponieren. Die Beharrungskräfte in den USA und rund um die Welt schauen dagegen mit Argusaugen auf Deutschland. Sie lauern darauf, dass der Umbau ins Stottern gerät und werden jegliche noch so kleine Panne oder Engpass in der deutschen Stromversorgung nutzen, die erneuerbaren Energien als unzuverlässig, kostspielig und überflüssig darzustellen. Der Atomausstieg ist in dieser Hinsicht bedeutender, als den meisten Akteuren in Deutschland bewusst sein dürfte.

Deutschland wird zum globalen Schaufenster der Energiewende. Der Atomausstieg ist beides, Chance und doch gleichzeitig Gefahr. Rückschläge beim deutschen Atomausstieg werden weltweit dazu genutzt werden, um die erneuerbaren Energien auszubremsen und an den alten fossil-nuklearen Energiesystemen festzuhalten. Wenn hingegen Wind, Sonne, Biomasse und intelligente Netze schon bald zum zuverlässigen Pfeiler der deutschen Wirtschaftskraft werden, wird Deutschland zum Vorbild einer globalen Energiewende. Diese Chance sollten wir nutzen.

Arne Jungjohann

Der Autor leitet das Programm Umwelt und Globaler Dialog der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington DC. Davor hat er als Berater für Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag u.a. zum Atomausstieg gearbeitet.

1 *Zitiert nach King, Bob: White House remains committed to nukes. Politico. 14.03.2011. http://www.politico.com/news/stories/0311/51274.html*
2 *http://casenergy.org*
3 *Greenpeace: The Nuclear Energy Institute - Green Washing Nuclear Power. 11.9.2008. http://www.greenpeace.org/usa/en/news-and-blogs/campaign-blog/the-nuclear-energy-institute-green-washing-nu/blog/25424*
4 *Public Citizen: Industry Ads Overstate Environmental Benefits of Nuclear Energy. Pressemitteilung vom 2.6.1999. http://www.citizen.org/pressroom/pressroomredirect.cfm?ID=412*
5 *Upton, Fred: An „All of the Above" Energy Policy. Homepage des Abgeordneten am 3. April 2011. http://upton.house.gov/Issues/Issue/?IssueID=8543*
6 *Boyd, Michele: Is there a nuclear revival in the United States? October 2010. Heinrich Böll Stiftung North-America. http://boell.org/downloads/Boyd_Is_there_a_Nuclear_Revival_in_the_United_States.pdf*

Rezension

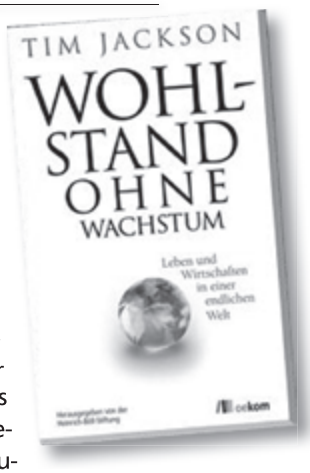
Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt

Tim Jacksons Buch zu einem neuen Verständnis von Wohlstand überschreitet die auch unter Ökologen gängige Praxis, den Güterkreislauf als Abbild des Ganzen der Wirtschaft zu betrachten. Jackson will das industrielle Wirtschaftsmodell reparieren, um den Blick frei zu machen für menschliches Gedeihen jenseits einer auf Produktion und Konsum fixierten Wirtschaftsweise.

In der Auseinandersetzung mit der Struktur von Marktwirtschaften kritisiert er das BIP als Messgröße von Wohlergehen ebenso wie als Rahmen für ökologisches Wirtschaften. Er plädiert für eine bessere Versorgung mit öffentlichen Gütern und für den Abbau von Hierarchien zugunsten von mehr sozialer Gleichheit. Zwischenmenschlichkeit, die Stärkung von Gemeinschaften, hält er für wesentliche Merkmale eines weniger materialintensiven Wirtschaftsmodells.

Das Buch beschränkt sich jedoch keineswegs auf die Darstellung eines alternativen Verständnisses von Wirtschaften oder die Entwicklung von Leitlinien für zukunftsfähiges Regierungshandeln. Jackson appelliert mit Nachdruck an die ökonomische Fachdisziplin, eine Wirtschaftswissenschaft auszuarbeiten, die den Herausforderungen ökonomisch/ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit gerecht wird. Gleichzeitig möchte er mit seinem Buch eine intensive öffentliche Debatte über die Vielschichtigkeit der Wachstumsproblematik in Gang bringen.

Zu bedauern ist, dass der Autor – durchaus im Einklang mit dem ökonomischen Mainstream und dem Wirtschaftsverständnis der Umweltbewegung – das Geschlechterverhältnis als konstitutives Element der industriellen Wirtschaftsweise ausklammert. Haushalte identifiziert er mit ‚Menschen' und übersieht dabei, dass der private Haushalt im industriellen Güterkreislauf eine höchst zwiespältige Rolle innehat. Wer immer den von Jackson eingeschlagenen Weg weiter verfolgt, wird nicht umhin können, auch die Struktur des ausgeblendeten Privatbereichs in die Analyse einzubeziehen.



Tim Jackson,
Wohlstand ohne Wachstum,
oekom Verlag, 2011,
240 Seiten, 19,95 €,
ISBN 978-3-86581-245-2

Rezensiert von Elisabeth Stiefel

Die Autorin ist Mitglied der AG Frauen des Forums U&E und des Frauen Forums der KölnAgenda e.V.

European Solar Flights Brussels Harvard Club

Foto: Solar Impulse / Laure Geerts

Entscheidung zwischen Sonderweg oder Führungsrolle

Wie blickt Europa auf die deutsche Energiepolitik?

Nach dem schrecklichen Unfall von Fukushima soll sich die deutsche Energiepolitik radikal verändern. Die Diskussion um die Gefährlichkeit der Atomenergie in Deutschland unterscheidet sich jedoch von der Diskussion in anderen europäischen Staaten, wie England und Frankreich, deren Regierungen den Unfall als Warnung, aber nicht als Wendepunkt verstehen. Welche Impulse können aus Deutschland für die europäische Energiepolitik erwachsen?

Der gigantische Hangar im Brüsseler Flughafen ist in diffuses Licht getaucht. Die mit Solarzellen bedeckten Flügel, mit einer Spannweite wie von einem Airbus 320, nehmen die gesamte Breite des Hangars ein. In der Mitte fasst der schmale Rumpf des Flugobjekts gerade mal eine Person. Die ausgefahrenen Räder deuten darauf hin, dass dieses Flugzeug tatsächlich starten und landen kann. Der Anblick des Solarimpulse Solarflugzeugs[1] ist auf faszinierende Weise Respekt einflößend. Herr Piccard und sein Pilot wirken dagegen eher bescheiden, als sie auf eine kleine Bühne treten. Doch die Kraft ihres Vortrags, den sie vor einer Gruppe von Europa-Parlamentariern und Mitgliedern von EREC halten, begeistert die Zuschauer. Sie fordern dazu auf Pioniergeist zu zeigen und, wie sie selbst mit dem Solarimpulse, das solare Zeitalter Realität werden zu lassen. Angesichts eines erfolgreichen 26 Stunden Tag- und Nachtfluges und des gerade absolvierten Fluges von der Schweiz nach Brüssel, scheint die Vision greifbar nahe.

Einschränkungen für europäische Energiepolitik

Europäische Energiepolitik ist von solch visionären Aussichten weit entfernt. Erneuerbare Energien sollen bis 2020 20 Prozent des Energieverbrauchs decken. Mit weiteren Zielen hält man sich zurück und verweist auch in der kürzlich veröffentlichten „Roadmap for moving to a competitive low carbon economy in 2050“[2] lieber darauf, dass die Energieversorgung bis 2050 ohne Kohlenstoffemissionen erfolgen soll. Die Tür zu Lösungen mit Atomenergie oder Kohle mit CCS soll nicht zugeschlagen werden. Denn obwohl die EU mit dem Lissabon Vertrag erstmals Gesetzgebungsrechte in der Energiepolitik erhält, dürfen sie „nicht das Recht eines Mitgliedstaats [berühren], die Bedingungen für die Nutzung seiner Energieressourcen, seine Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung zu bestimmen.“ [Art. 194][3]

Laut EU-Energiestrategie 2020 hat die Europäische Energiepolitik das Ziel „wettbewerbsfähig, nachhaltig und sicher“[4] zu werden. Das bietet viel Spielraum für Interpretation. Dies ist typisch für die europäische Energiepolitik, die viel Rücksicht auf die Unterschiede in den Mitgliedsstaaten nehmen muss.

Der deutsche Energiekommissar

Günther Oettinger wägt erst genau ab, bevor er Initiative ergreift. Eines der Ziele europäischer Energiepolitik aus dem Lissabon-Vertrag ist die „Sicherstellung des Energiemarktes“. Im Herbst letzten Jahres wollte Oettinger, die in den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Gesetzgebung für Erneuerbare Energien „harmonisieren“. Einheitliche Marktbedingungen für Erneuerbare Energien (EE) in der EU sollten dafür sorgen, dass sie nur dort genutzt werden, wo sie zu günstigen Preisen Strom erzeugen können. Dank des Widerstandes aus fast allen Mitgliedsstaaten und dem Europaparlament, musste er diese Initiative vorerst zurückstellen[5]. Auch der Erfolg seiner jüngsten Initiative – europaweite Stresstest für Atomkraftwerke – ist umstritten, vor allem weil deren Ergebnis weder eine unabhängige noch eine gründliche Prüfung der Anlagen ermöglicht. Nicht nur die Mitgliedsstaaten, sondern auch die großen Energiekonzerne wissen ihren Einfluss in Brüssel zu nutzen.

Oettinger kann bisher nur wenig Konkretes vorweisen und hat sich zudem in eine schwierige Situation gebracht: Laut Reuters[6] kam eine Studie seines Hauses zu dem Ergebnis, dass der Preis für CO_2-Zertifikate in der nächsten Handelsperiode auf null sinken könnte, wenn nicht größere Mengen der Zertifikate vom Markt genommen werden. Obwohl ein solcher Preisverfall die Wirksamkeit eines der wichtigsten Instrumente der EU-Klimapolitik – des EU-ETS – in Frage stellen würde, wurde die Studie nicht veröffentlicht. Sie kam erst durch eine undichte Stelle in der Kommission ans Tageslicht.

Schattenwelt Euratom

Neben der EU gibt es noch eine weitere europäische Gemeinschaft, die unabhängig von den EU-Verträgen existiert, aber doch ihr Geld daher bezieht: EURATOM „Aufgabe der Europäischen Atomgemeinschaft ist es, durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen“ [Art. 1, Euratomvertrag von 1957][7]. Im aktuellen Etat der EU stehen für das Euratom-Rahmenprogramm pro Jahr ca. 618 Millionen Euro bereit, wovon circa 70 Prozent in die Fusionsforschung und circa 17,3 Prozent in die Kernforschung und der Rest direkt für „Kernspaltung und Strahlenschutz“ zur Verfügung gestellt werden. Die Frage der Versorgung der Atomindustrie mit Kernbrennstoffen ist laut den Euratom-Seiten der Generaldirektion Energie „ein grundlegendes Ziel der Euratomverträge, um sicherzustellen, dass alle Nutzer in der EU sich einer gleichmäßigen und fairen Versorgung mit Uranerz und Brennelementen erfreuen.“[8] Ein schneller und endgültiger Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland bedeutet nicht eine Kündigung des Euratom-Vertrags, den alle Mitgliedsstaaten unterschrieben haben[9]. Ein Abschalten der deutschen Atommeiler wird aber mindestens die Frage aufwerfen, ob die Zahlungen an Euratom weiterhin aus dem EU-Haushalt, mit Deutschland als größtem Nettozahler, bestritten werden sollten.

Energiewende wohin?

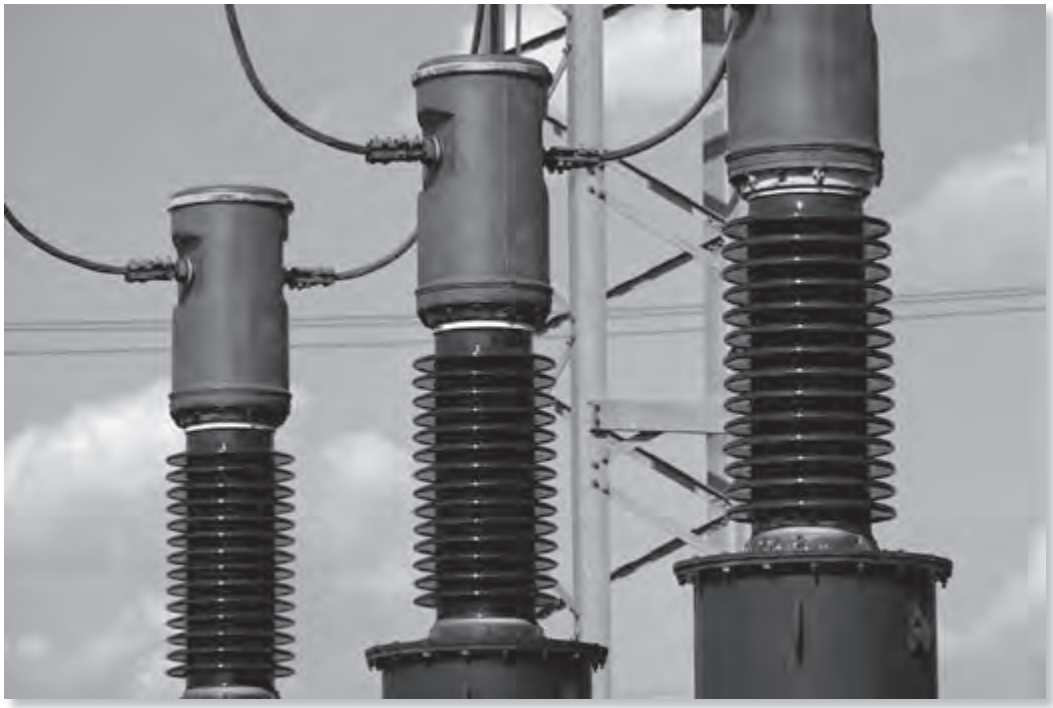
Das Abschalten der AKW in Deutschland wird aus der Perspektive anderer EU-Mitgliedsstaaten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Ein Rückgriff auf Kohle und andere fossile Brennstoffe, wäre aus deren Sicht für den Klimaschutz ein herber Rückschlag, auch wenn das europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) einen fixen Deckel diktiert. Für Großbritannien und Frankreich ist der Verzicht auf Atomenergie ohnehin eher der Verlust einer CO_2-armen Energiequelle, ohne die Klimaschutz vermeintlich teurer werden könnte. Besonders desillusionierend wäre ein verstärkter Rückgriff auf fossile Quellen in Deutschland allerdings für die gemeinsame Vision eines Umbaus der Wirtschaft zu einer kohlenstoffarmen Ökonomie in Europa.

Aus Brüsseler Sicht ergeben sich dem Abschalten der deutschen Atomkraftwerke zwei Optionen: Entweder werden die verringerten Erzeugungskapazitäten in Deutschland durch vermehrten Einsatz von Kohlekraftwerken ersetzt, oder es wird massiv in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz investiert. Nur wenn Letzteres gelingt, wird Deutschland seine Führungsposition in Brüssel wahrnehmen können. Diese ist nicht zu unterschätzen: Obwohl in der EU die Kommission offiziell die Gesetzesvorschläge macht, ist es unter Barrosos schwacher Führung eher der Rat, der die Kommission auf den richtigen Pfad setzen muss, damit sie in der Klimapolitik Initiative ergreift.

Lunch Debate

„Ist Europa auf dem Weg zu 100 Prozent Erneuerbarer Elektrizität bis 2050?“ fragten die Friends of Europe[10] in der historischen Biblioteque Solvay im Garten des Europäischen Parlaments beim „Cafe Crossfire“ am 31. Mai eine Runde aus Politik- und Industrievertretern. Einen Tag nach der Ankündigung der deutschen Regierung eines Atomausstiegs bis 2022 traut man seinen Ohren nicht: Gerard Reid von der Finanzberatung Jeffries International bedankt sich bei Angela Merkel und lobt den Atomausstieg als richtiges Signal an die Wirtschaft, die ihren Beitrag zum Klimaschutz nicht ohne eindeutige Rahmenbedingungen leisten könne. Aus dem geplanten Streitgespräch wird beinahe ein Appell der Wirtschaftsvertreter an die EU, dass 100 Prozent Elektrizität aus Erneuerbaren in Europa Bedingungen wie in Deutschland benötigen. Auch wenn Hans van Steen von DG Energy die EU bereits auf dem richtigen Weg sieht, wird deutlich, wie sehr Deutschlands Führungsrolle in Brüssel benötigt wird.

Dietrich v. Tengg-Kobligk



Der Autor ist Europabeauftragter des Forums Umwelt und Entwicklung in Brüssel und arbeitet dort zu den Themen Klima und Energie.

1 *http://www.solarimpulse.com/index.php?lang=de*
2 *http://ec.europa.eu/clima/policies/roadmap/index_en.htm*
3 *http://dejure.org/gesetze/AEUV/194.html*
4 *http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0639:FIN:DE:PDF*
5 *http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/7732-erneuerbare-roettgen-gegen-eu-harmonisierung*
6 *http://uk.reuters.com/article/2011/05/30/us-eu-energy-climate-idUKTRE74T23C20110530*
7 *http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Atomgemeinschaft*
8 *http://ec.europa.eu/energy/nuclear/euratom/euratom_en.htm*
9 *http://www.tobias-pflueger.de/EURATOM/TP-Materialien-3-Euratom.pdf S.8*
10 *http://www.friendsofeurope.org/*

Deutschlands Energiepolitik aus polnischer Sicht. Reaktionen in Medien, Politik und Zivilgesellschaft.

Deutschland war eines der ersten Länder, die eine öffentliche Debatte über die Nutzen und Risiken der Atomenergie entfachten. Und während diese Debatte in der Europäischen Union und in den wichtigsten Weltwirtschaften Widerhall findet, ist Polens Entschluss, sein Nuklearprogramm weiterzuverfolgen, anscheinend von nichts zu beeinflussen, am allerwenigsten von der Meinung seines Nachbarn im Westen.

Bis zur Katastrophe von Fukushima ließ sich die polnische Regierung von dem in breiten Bevölkerungskreisen akzeptierten Glauben leiten, dass die Atomenergie eine der Lösungen ist, um den Klimawandel zu bekämpfen. Sie war außerdem überzeugt, dass dadurch die Energiesicherheit verbessert werden konnte. Folglich legte sie im Januar 2009 ein Atomenergieprogramm vor sowie Pläne, noch vor 2025 die ersten Megawatt Strom aus dieser Energiequelle zu produzieren (in weiten Kreisen herrscht Übereinstimmung, dass das zuerst im Dokument „Polens Energiepolitik bis 2030" vom November 2009[1] genannte Datum 2020 selbst für die glühendsten Verfechter der Atomenergie zu optimistisch ist).

Die polnische Energiepolitik

Der polnische Energiemarkt steht am Scheideweg. Fast 90 Prozent der Elektrizität wird aus Kohle produziert, wobei zwei Drittel der betriebenen Kohlekraftwerke älter als 30 Jahre sind. Ein Drittel ist sogar fast 40 Jahre alt[2]. Nach Angaben des staatlichen Beratungsgremiums für das Nationale Emissions-Reduktionsprogramm müssen bis 2015 mehr als sechs Gigawatt der veralteten Energieerzeugungskapazität (fast 20 Prozent der gesamten gegenwärtig betriebenen Anlagen) stillgelegt werden. Aufgrund dieser Tatsache werden immense Investitionen in die Energiekapazität erforderlich, um das gegenwärtige Niveau der Energieerzeugung[3] aufrecht zu erhalten und die ständig wachsenden Erfordernisse der EU-Klima- und Umweltgesetzgebung zu erfüllen. Die Kosten der erforderlichen Investitionen in die Energieerzeugung und -infrastruktur in Polen belaufen sich bis 2020 voraussichtlich auf 41[4] bis 98,5[5] Milliarden Euro.

Es gibt keinen Konsens darüber, in welche Richtung sich der Energieerzeugungssektor entwickeln sollte. Die polnische Regierung übt starken Druck aus, kostenlose CO^2-Emissionszertifikate für neue fossile Kraftwerke zugeteilt zu bekommen, die eine Stromerzeugungskapazität von insgesamt bis zu 15 000 Megawatt haben sollen. Sie geht davon aus, dass sowohl die Energieeffizienz-Maßnahmen als auch die erneuerbaren Energien in der neu gestalteten Energieerzeugungs-Infrastruktur[6] nur eine geringe Rolle spielen werden. Der Europäische Rat, das höchste Entscheidungsgremium der EU, hat jedoch dazu aufgerufen, bis 2050 die CO_2-Emissionen weltweit um mindestens 50 Prozent zu reduzieren und hat für die Industrieländer Emissions-Reduktionsziele von mindestens 80 bis 95 Prozent genannt. Jedes Land soll so ermutigt werden, seinen Teil zum gemeinsamen Bemühen, den Klimawandel abzumildern, beizutragen. Das Ziel der EU, bis 2050 den Übergang zu einer ressourcen-effizienten auf erneuerbaren Energien basierenden Wirtschaft einzuleiten, wird noch bekräftigt durch die jüngste Veröffentlichung des „Fahrplans für die Umgestaltung der Europäischen Union in eine wettbewerbsfähige CO^2-arme Wirtschaft bis 2050" durch die EU-Kommission am 8. März 2011[7].

Eine sorgfältige Analyse des Dokuments „Polens Energiepolitik bis 2030" bietet die besten Anhaltspunkte dafür, welche Richtung die polnische Regierung einschlägt. Prognosen zufolge wird der Gesamt-Energiebedarf bis 2030 um 29 Prozent steigen, gleichzeitig wird geschätzt, dass der Gesamt-Strombedarf um 55 Prozent steigen wird[8]. Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamt-Energiebedarf soll 2020 mindestens 15 Prozent der Gesamt-Energieproduktion erreichen und bis 2030 auf 16 Prozent ansteigen[9]. Gleichzeitig soll die Energieerzeugung aus Atomkraft im Jahr 2030 10 Prozent des Gesamt-Energiebedarfs decken.

Das bedeutet, dass die fossilen Brennstoffe weiterhin ein wichtiger Bestandteil des polnischen Energiemixes bleiben, und im Jahr 2030 werden voraussichtlich nach wie vor 74 Prozent des Gesamt-Energiebedarfs aus CO^2-intensiven Energiequellen gedeckt. Die Regierung und die in Staatsbesitz befindlichen Energieer-

zeugungs-Unternehmen sind zutiefst davon überzeugt, dass Kohle noch viele Jahre lang als Grundlage der polnischen Energieerzeugung dienen wird, und dass das EU-Klima- und Energiepaket eine Gefahr für die Stabilität des polnischen Energieerzeugungs-Systems ist. Es ist kein Zufall, dass die einzigen beiden Länder, die im Zeitraum 2013 bis 2020 die Zuteilung von kostenlosen CO_2-Emissionszertifikaten beantragen werden, Polen und die tschechische Republik sind.

Es gibt noch eine Reihe anderer Punkte, die bei der Analyse des polnischen Energiemarkts berücksichtigt werden müssen. Polen ist praktisch eine Energie-Insel. Die sogenannten Energiebrücken – die grenzüberschreitenden Stromübertragungsleitungen aus anderen Ländern – sind für einen maximalen Import von 1.800 Megawatt Strom zu einer bestimmten Zeit ausgelegt[10]. In Polen gibt es bisher trotz der Notwendigkeit, die EU-Direktive 2009/32/WE bis Ende 2010 umzusetzen, keine Gesetzgebung zu Erneuerbaren Energien. Das Energieeffizienz-Gesetz, das das polnische Parlament am 15. April[11] verabschiedete, ist eine Umsetzung der EU-Direktive 2006/32/WE und erfüllt lediglich die Minimalbedingungen der EU-Gesetzgebung. Es bietet deshalb weder die nötigen Anreize, noch die Sicherheit, Investitionen in die Energieeffizienz der polnischen Wirtschaft zu fördern, die dreimal mehr Energie benötigt als die energieeffizientesten Länder in der EU, und zweimal mehr als der Durchschnitt der 27 EU-Länder, um dieselbe Menge an Gütern zu produzieren.

Die deutsche Energiepolitik aus polnischer Sicht

Die deutsche Energiepolitik wird in Polen als etwas Surreales, fast Mythisches betrachtet. Für die Umwelt-NRO ist sie ein Heiliger Gral und eines der wichtigsten Beispiele, dass der Weg zu einer ressourceneffizienten, auf erneuerbaren Energien basierenden Zukunft schon geebnet wird, und dass die vierte Weltwirtschaft diesen Weg schon beschreitet, egal wie rau und uneben er im ersten Moment erscheinen mag. Gleichzeitig kämpfen die polnischen Energieunternehmen um Zustimmung in der polnischen Bevölkerung, indem sie der allgemeinen Öffentlichkeit Angst machen, dass bald die Lichter ausgehen werden und dass Stromausfälle drohen, wenn nicht Investitionen in großflächige Infrastruktur wie Atomkraftwerke oder 900 Megawatt-Kohlekraftwerke getätigt werden. Meist wird auf der Energiesicherheit im weitesten Sinne und auf der Gas-Abhängigkeit von Russland herumgeritten, um noch mehr Druck auf potenzielle Gegner und NRO auszuüben, die unterschiedliche Vorstellungen haben, wie das Energie-Szenario für Polen in den kommenden Jahrzehnten aussehen könnte. Was tatsächlich Angst macht, ist die Tatsache, dass es fast keinerlei öffentliche Debatte über die Zukunft des Energiemarkts in Polen gibt, und dass sowohl die etablierten Medien als auch die Regierung das Mantra des Privatsektors nachbeten, dass es nicht möglich ist, eine Wirtschaft auf erneuerbaren Energien aufzubauen, da sie teuer und unberechenbar sind. Die Existenz des Klimawandels wird in weiten Kreisen angezweifelt, und Atomkraft wird als billig und verlässlich angesehen. Schließlich ist es kaum noch möglich, den Umweltminister vom Wirtschaftsminister zu unterscheiden, wenn es um Energiepolitik geht.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die deutsche Debatte nicht so genau verfolgt wird; teilweise wird sie sogar marginalisiert und lächerlich gemacht. Die polnische Regierung bleibt bei ihrer entschlossenen Haltung, das polnische Atomprogramm schnellstmöglich zu entwickeln, und einige politische Kreise zeigen sich irritiert von den Kommentaren Matthias Platzecks vom Bundesstaat Brandenburg oder Richard Mengs aus Berlin, ihre Entscheidung, die Entwicklung der Atomkraft weiterzuverfolgen, noch einmal zu überdenken[12]. Nach Auffassung einiger polnischer Politiker handelt es sich dabei um einen Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, der zu einem gegenteiligen Effekt als dem intendierten führt. Außerdem hat die polnische Regierung in den Tagen und Wochen nach der japanischen Atom-Panne verlautbart, dass es in Polen keine Erdbeben gibt, und dass sie daher keinen Grund sieht, die Entwicklung der Atomkraft in Polen nicht weiterzuverfolgen. Die Medien verhöhnten die Entscheidung, die ältesten Atomkraftwerke in Deutschland vorläufig stillzulegen, als ein Nachgeben gegenüber dem Populismus und den Paniksymptomen. Hinzu kommt, dass Deutschland als treibende Kraft der EU-Klimapolitik betrachtet wird und die EU gleichzeitig notorisch als das Reich des Bösen bezeichnet wird, das Polen auf den Weg eines niedrigen CO_2-Ausstosses zwingt, den sein energieintensiver Industrie- und Energiesektor nicht mitgehen will.

Was für die Unternehmen, einheimische wie ausländische, die in Polen investieren, eine wichtige Rolle spielt, ist der Preis des CO² im EU-Emissionsrechtehandel (EU ETS). Auch wenn die Verbindung zwischen der Entscheidung des deutschen Volks, bis 2021 aus der Atomkraft auszusteigen, und den damit verbundenen Auswirkungen auf den Preis von CO² im Rahmen des EU-Emissionsrechtehandels bisher nicht in großem Stil in den Medien diskutiert wird, werden die künftigen Investitionen im polnischen Energiesektor und die polnische Energiepolitik im Grunde von dieser Entscheidung abhängen.

Als Konsequenz warten die polnische Industrie und Regierung ungewollt im Stillen darauf, was die Zukunft bringen wird. Bedauerlicherweise scheint es in den Köpfen der herrschenden Klasse in Polen keine Alternativen zur Atomkraft und zu fossilen Brennstoffen zu geben.

Kuba Gogolewski

Der Autor ist Energie-Aktivist beim CEE Bankwatch Network und beim Polnischen Grünen Netzwerk.

1 Poland's energy policy until 2030, 10th of November 2009.
2 Age distribution of Poland's power plants by fuel, International Energy Agency, 2010.
3 Polen erzeugte 2009 insgesamt 35 762 Megawattstunden Strom und war Nettoexporteur von Strom.
4 Schätzungen von Professor Krzysztof Żmijewski, Generalsekretär des staatlichen Beratungsgremiums für das Nationale Emissions-Reduktionsprogramm.
5 „Polska 2030", ein Bericht an den polnischen Premierminister, der vom Strategischen Beratungsgremium (Strategic Advisors Body) vorbereitet wurde (Juni 2009).
6 Opus citatum.
7 Fahrplan für die Umgestaltung der Europäischen Union in eine wettbewerbsfähige CO²-arme Wirtschaft bis 2050 (Roadmap for moving to a low-carbon economy in 2050, http://ec.europa.eu/clima/documentation/roadmap/docs/com_2011_112_en.pdf).
8 Ibidem, Appendix 2, p. 11.
9 Ibidem, Appendix 2, p. 12.
10 PSE Operator S.A., http://www.pse-operator.pl/index.php?dzid=89&did=425, recherchiert am 29.05.2011.
11 Energy efficiency bill – Ustawa o efektywności energetycznej (DzU nr 94, poz. 551).
12 http://wyborcza.pl/1,76842,9255561,Brandenburgia_i_Berlin_do_Polski__nie_budujcie_elektrowni.html

„Nicht hier erfunden"

Warum Großbritannien voraussichtlich nicht aus dem praktikablen, bezahlbaren, ethisch korrekten deutschen Vorschlag zum Atomausstieg lernen wird.

Es besteht kein Zweifel daran, dass das deutsche Stromnetz bis 2050 in weiten Teilen CO_2-frei betrieben werden kann. Glaubwürdige Studien haben gezeigt, dass die gesamte Europäische Union und sogar die ganze Welt weitestgehend zu einer Strom-Erzeugung mit geringem CO_2-Ausstoß übergehen kann.

Die European Climate Foundation (ECF) hat vor kurzem ihre Studie „Roadmap 2050" veröffentlicht, in der für die europäische Stromerzeugung vier CO²-freie Szenarien untersucht wurden. Dabei wurde von einer Stromerzeugung mit einem Anteil erneuerbarer Energien von 40 Prozent (die restliche Strommenge würde entweder aus Atomkraft oder durch CCS-Kraftwerke, CO_2-Abscheidung und –Speicherung, gewonnen) bis zu 100 Prozent erneuerbaren Energien ausgegangen. In sämtlichen Szenarien wurden die CO_2-Reduktionsziele erreicht, bei einer gesicherten Energieversorgung und einem geringen bis gar keinem Kostenanstieg. Der WWF veröffentlichte anschließend eine Untersuchung, die nahelegte, dass ein ähnlicher Weg auch weltweit möglich wäre.

Beide Studien bestätigen, dass ein Übergang zu einem geringen CO_2-Ausstoß auch ohne Atomkraft vollkommen machbar ist. Es ist sogar so, dass es dann in mancherlei Hinsicht sogar leichter wird, ein durch ein stark schwankendes, wachsendes Angebot von verschiedenen erneuerbaren Energien gekennzeichnetes Stromnetz ohne Atomkraft zu handhaben, weil die Atomkraft so unflexibel ist. In Großbritannien hat diese Inkompatibilität dazu geführt, dass die Atomkraftbetreiber die Auffassung vertreten, dass Windkraftbetreiber gerichtlich belangt werden sollten, wenn sie zu viel Strom erzeugen!

Andere Studie legen jedoch nahe, dass die Beibehaltung der Atomkraft auf einem relativ niedrigen Niveau die Kosten eines Energieerzeugungs-Mixes mit niedrigem CO²-Ausstoß reduzieren könnte. Das bedeutet praktisch, dass, wenn der Ausstieg aus der Atomkraft vollzogen wird, die CO_2-Abscheidung und -Speicherung bei fossilen Brennstoffen einige Jahrzehnte lang einen wichtigen Beitrag leisten müsste.

Erneuerbare Energien sind bezahlbar

Sogar ein sehr hoher Anteil an erneuerbaren Energien (80 bis 100 Prozent) bis 2050 ist nicht unerschwinglich teuer. Die Investitionskosten sind zwar im Vergleich zu fossilen Brennstoffen hoch, viel geringere Betriebskosten und eine geringere Abhängigkeit von den Preisschwankungen bei Brennstoffen bedeuten jedoch, dass die erneuerbaren Energien immer stärker wettbewerbsfähig werden. Unter diesem Aspekt ist es nicht verwunderlich, dass Photovoltaik nun voraussichtlich vor 2020 in vielen Teilen Europas wettbewerbsfähig wird, und dass in vielen Szenarien Windkraftanlagen auf dem Festland (onshore wind) ausnahmslos die billigste Energiequelle in Großbritannien sein werden. In einem dieser offiziellen Szenarien wurde vermutet, dass die Atomkraft billiger sein könnte, das war jedoch vor Bekanntwerden der zusätzlichen Investitions- und Managementkosten, die nach Fukushima unweigerlich erforderlich sein werden.

Der Schlüssel zu bezahlbarer Stromversorgungssicherheit aus erneuerbaren Energien in Europa ist jedoch die Vernetzung: Wenn Norwegens Wasserkraft, Schottlands Gezeiten- und Windkraftwerke, Spaniens Solarenergie, Österreichs Energie aus Biomasse – und noch weitere, vielleicht in Zukunft Islands geothermische Energie – alle in einem koordinierten Netz miteinander gekoppelt werden, sinken die Kosten für die Bereithaltung von Stromreserven erheblich. Zwei weitere auf dem Vormarsch befindliche Technologien können ebenfalls dazu beitragen und die Preisschwankungen noch reduzieren. Erstens Nachfragemanagement durch die Nutzung interaktiver Stromnetze, durch die viele Formen des Stromverbrauchs möglich sind – wie beispielsweise Aufladevorrichtungen für Elektrofahrzeuge – die je nach Verfügbarkeit von Strom im Netz geregelt werden. Zweitens die Stromspeicherung durch die Anwendung von Technologien wie beispielsweise Pumpspeicherkraftwerke oder Druckluftspeicherung.

Die deutsche Haltung zur Atomkraft ist also völlig vernünftig. Es ist möglich, dass die Geschwindigkeit, mit der Multi-Megawattstunden an erneuerbaren Energien und CO_2-Abscheidung und -Speicherung und Multi-Megawattstunden an verringertem Bedarf im nächsten Jahrzehnt verfügbar sein werden, Anfang der 2020er Jahre, wenn die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen, einige Herausforderungen mit sich bringen wird. Das technische Potential ist aber unzweifelhaft vorhanden, und die erforderlichen Investitionen werden dazu beitragen, Deutschlands Stellung an der Spitze der Rangliste sauberer grüner Technologie-Exporteure zu zementieren.

Lehren für Großbritannien

Lernt denn Großbritannien tatsächlich von Deutschland? Das scheint nicht der Fall zu sein. Im Hinblick auf die Atomkraft wird die deutsche Position als eine Kurzschlussreaktion, als politischer Opportunismus einer Regierung gesehen, die verzweifelt versucht, gegen eine überraschende Zunahme politischer Unterstützung für die Grünen anzukämpfen, was sogar dazu geführt hat, dass die Grünen in Baden-Württemberg die Macht übernehmen konnten. Nach Aussage einiger Kommentatoren betrachtet Großbritannien „das Betreiben von Atomkraftwerken als eine rein rationale Entscheidung, deren Risiko berechnet und tabellarisch dargestellt werden kann. […] Eine reine Angelegenheit der Buchführung", während die Atomkraft in Deutschland als eine gefährliche Technologie betrachtet wird, die eng mit der Produktion von Atomwaffen verknüpft ist, die nicht in die Hände von Regierungen gehören.

Es stimmt, dass die deutsche Bevölkerung auch schon vor Fukushima wesentlich weniger davon überzeugt war, dass Atomkraft eine vernünftige Idee ist. Zwei Drittel bis drei Viertel waren gegen die Laufzeitverlängerung für alte Reaktoren. In Großbritannien dagegen gab es um die Laufzeitverlängerung noch nicht einmal Kontroversen mit Instanzen wie der schottischen Regierung, die gegen neue Atomkraftwerke ist. In einer solchen Situation sind Reaktionen aus der Politik eindeutig wichtig. Großbritannien hat jedoch auch nur langsam aus anderen fortschrittlichen Elementen der deutschen Energiepoli-

tik gelernt – ironischerweise vielleicht auch nicht aus den Maßnahmen, die die Grundlage für den Ausstieg aus der Atomenergie bildeten.

In Deutschland wurden bereits jahrelang erfolgreich Einspeisevergütungen gezahlt, um Kleinunternehmer bei der Erzeugung erneuerbarer Energien zu unterstützen, bevor Großbritannien überhaupt an so eine Möglichkeit dachte. Selbst jetzt, wo es sie auch in Großbritannien gibt, führt das Hin und Her über die Höhe des entsprechenden Budgets zu wesentlich größerer Investitions-Unsicherheit. Deutschland hingegen sorgte jahrelang für ein gleichbleibendes Niveau finanzieller Unterstützung.

In Deutschland wurde auch verhältnismäßig viel in das Nachfragemanagement investiert – insbesondere durch Programme zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Wohngebäuden, die mit zinsgünstigen Darlehen durch die staatlichen Banken unterstützt wurden. Diese und andere Programme zur Energieeffizienz bedeuten, dass die Stromnachfrage bis 2050 voraussichtlich stark sinken wird, selbst bei weitreichender Nutzung von Elektrofahrzeugen und Wärmepumpen. In Großbritannien herrscht eher die gängige Meinung, dass wir uns darauf einstellen müssen, mehr Strom zu erzeugen, um solche technischen Errungenschaften zu betreiben, und gleichzeitig die Nutzung von Gas und Öl einschränken müssen.

Die britische Regierung hat vor kurzem auch eine Green Investment Bank geschaffen, muss ihr jedoch noch Handlungsanweisungen im Hinblick auf das Nachfragemanagement geben. Überhaupt muss sie der Bank erst einmal volle Kreditaufnahmebefugnisse einräumen. Insgesamt betrachtet liegen die deutschen Investitionen in das Nachfragemanagement und in grüne Energien um etwa ein Fünfzigfaches höher als die in Großbritannien selbst mit der Green Investment Bank zu erwartenden Investitionen.

Großbritannien ignoriert nicht nur die Möglichkeit, von Deutschland zu lernen. Der dänische Erfolg mit der Windkraft, der norwegische Ölfonds (Öleinnahmen werden für kommende Generationen investiert) und viele mehr – sie alle haben unter dem Fluch zu leiden, „nicht hier erfunden" zu sein, wenn es um die Energiepolitik geht.

Das Problem existiert nicht in ganz Großbritannien, sondern hat seinen Ursprung in Westminster. In Schottland beispielsweise hat man die Wichtigkeit, in erneuerbare Energien zu investieren, nicht verschlafen. Schottland hat daher inzwischen das ehrgeizige Ziel, bis 2020 100 Prozent seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken. Teilweise ist das ein Ergebnis der erfolgreichen Lobbyarbeit von Umwelt-NRO unter Führung von Friends of the Earth Scotland, und teilweise spiegelt es die politischen Ambitionen der SNP-Regierung in Schottland wider, unabhängig von Großbritannien zu werden. Diese Ambitionen könnten sonst angesichts schwindender Ölreserven in der Nordsee zunichte gemacht werden.

Die britische Politik ist entschlossen, an der Atomkraft festzuhalten

In Westminster jedoch hat sich die derzeitige Regierung liberalisierten Märkten verschrieben, obwohl diese von einigen wenigen etablierten Unternehmen dominiert werden, die von Profiten abhängig sind und immer mehr Energie verkaufen müssen. Die Kombination aus fehlendem Vorstellungsvermögen und dem Pessimismus grüner Meinungsführer wie beispielsweise George Monbiot – einem Atomkraftbefürworter – hat dafür gesorgt, dass der Atomkraft nicht entschlossen der Garaus gemacht wird.

Stattdessen wird die Atomindustrie als Ergebnis der Strommarktreform Subventionen erhalten. Sogar die bereits existierenden Atomkraftwerke dürften durch den Basispreis für den Ausstoß von CO_2 (carbon floor price) unverhoffte Gewinne erzielen. Gleichzeitig hat die Regierung immer noch nicht verlautbaren lassen, wie sie beabsichtigt, Anreize für die Stromerzeugung mit geringerem CO_2-Ausstoß zu schaffen. Es besteht das sehr reelle Risiko, dass sie versuchen wird, einen einzigen Mechanismus zur Unterstützung der Atomenergie und der erneuerbaren Energien zu schaffen. Innerhalb dieses Mechanismus' könnte die Atomindustrie dann sogar noch mehr unternehmen, um die erneuerbaren Energien zu verdrängen, als sie bereits durch die Abschöpfung von Kapitalinvestitionen und technischer Planungskapazität im Energiesektor getan hat.

Die Erzeugung nachhaltiger Energie in Deutschland

Die Katastrophe von Fukushima war deshalb vielleicht eine glückliche Zäsur für Deutschland. Sie hat die Atomkraft sachlich betrachtet nicht gefährlicher gemacht, als sie schon vorher war. Sie wird jedoch die Kosten neuer Entwicklungen erhöhen. Außerdem hat sie dazu geführt, dass die Regierung eine Ethikkommission zur Atomkraft eingerichtet hat und auf diese auch gehört hat. Als Ethikfragen in Großbritannien diskutiert wurden – im Hinblick auf Abfallmanagement, drückte sich das Committee on Radioactive Waste Management eindeutig aus: „die geologische Endlagerung ist die am wenigsten schlimmste Option für schon produzierten Abfall. Abfall gar nicht erst zu erzeugen, ist die ethischste Option." Die Regierung ignorierte diese Aussage einfach und behandelte die Empfehlungen der Komission so, als ob dadurch grünes Licht für neue Reaktoren gegeben würde.

Weshalb es Deutschland tatsächlich möglich ist, aus der Atomkraft auszusteigen, liegt in der Kombination eines guten Fortschritts bei den erneuerbaren Energien und beim Nachfragemanagement mit einem starken, gut vernetzten Stromerzeugungssystem sowie einer engagierten politischen Geschichte im Hinblick auf „grünes Wachstum". Wenn Deutschland jedoch einen übermäßigen Verbrauch fossil erzeugten Stroms – ganz gleich ob aus Deutschland oder aus Polen – kurzfristig vermeiden will, wird es genaue Rechtsvorschriften, wie beispielsweise eine strenge Emissionsnorm, benötigen. Und wenn Deutschland die Nachfrage weiter einschränken und eine nachhaltige Gesellschaft mit geringem CO_2-Ausstoß schaffen will, wird es noch über seine bisherige Geschichte des „grünen Wachstums" hinausgehen und zu einer Geschichte der „Genügsamkeit" übergehen müssen – das bedeutet, für eine gute Lebensqualität bei weniger Materialverbrauch zu sorgen

Duncan McLaren

Der Autor ist freiberuflicher Forscher und Berater im Bereich Energie- und Klimapolitik. Unter anderen ist er Mitglied des Energy Research Partnership der britischen Regierung. Bis März 2011 war er Vorstandsvorsitzender von Friends of the Earth Scotland. Er ist erreichbar unter duncan.p.mclaren@gmail.com und +44-7941 920 469.

Japan: Moralische Kernschmelze und Aufkündigung des Atomkonsenses

In Japan erfolgt derzeit ein radikaler Wandel der Energiepolitik weg von der Atomkraft hin zu den Erneuerbaren Energien. Der „Aufstand der Laien" gegenüber den „Experten der Atomlobby", ausgelöst durch den Fukushima-Supergau, zwingt die politische Klasse in Japan zum Umdenken.

In der diesjährigen April-Ausgabe des Lobbyblattes „JapanContact" kommentierte der altgediente Japan-Lobbyist Ruprecht Vondran die Ereignisse in Fukushima wie folgt:

„Japan ist im Laufe seiner Geschichte durch viele Katastrophen gegangen – Erdbeben,Taifune, Kriege, wirtschaftliche Eruptionen und andere Unglücksfälle haben das Land heimgesucht. Gerade angesichts solcher Herausforderungen haben seine Menschen Widerstandskraft und den Willen bewiesen, Wege nach vorne zu bahnen. [...] Auch angesichts der Explosionen in den Atomanlagen von Fukushima ist es nicht zu einer `moralischen Kernschmelze` in Japan gekommen." Aber Ruprecht Vondran räumte auch ein: „Ein Umdenken ist auch in der [japanischen] Energiepolitik notwendig. Trotz der Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki ist dem Aufbau von Kernkraftwerken kein Diskussionsprozess vorangegangen, wie er in Deutschland stattgefunden hat und die Öffentlichkeit auch weiterhin beschäftigt. Die Akzeptanz der 55 Atomanlagen war bisher in Japan weithin gesichert."

Bestseller-Autor Takashi Hirose: „Zeitbombe Kernreaktor"

Unisono verbreitete die japanische Atomlobby – weltweit unterstützt von allen Atomkraftbefürwortern – bis vor kurzem kaum widersprochen, die offensichtliche Lüge: „Keiner konnte das, was sich in Fukushima ereignete, vorausahnen." In der Ausgabe von Japan aktuell 5 vom Jahre 2007 zeigte Iris Wiecoreck hingegen auf: „Japans Atomkraftpolitik, einer der Eckpfeiler seiner Klimaschutzpolitik, ist in den letzten Jahren immer wieder durch Unfälle und Unregelmäßigkeiten in die Diskussion geraten, auch international. Erneut dazu beigetragen haben die Mitte Juli 2007 durch ein Erdbeben der Stärke 6.8 (!) auf der Richterskala ausgelösten (63) Störfälle im Atomkraft Ashiwazaki-Kariwa in der nordwestlichen Präfektur Niigata.[...] Zu einer schweren Katastrophe kam es nicht, da die für ein starkes Erbeben vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen funktionierten und die zum Zeitpunkt in Betrieb befindlichen Reaktoren sofort abgeschaltet wurden." Wenige Jahre später, 2010, prophezeite der Wissenschaftspublizist Takashiirose in dem Bestseller „Zeitbombe Kernreaktor – Warum sich Japan vor einem großen Erdbeben fürchten sollte" die Wahrscheinlichkeit eines derartigen worst case, wie sich dieser dann tatsächlich in Fukushima ereignete. Und in seinen zahlreichen Medienauftritten nach dem Supergau von Fukushima fragte er immer wieder rhetorisch-sarkastisch, was das alles für Experten bei TEPCO und anderen seien, die dreist behaupteten, so etwas wie in Fukushima habe man nicht voraussehen können?

Hiroshima, Nagasaki, Fukushima: Der Atomkonsens zerbricht

Hiroshima (6. August 1945), Nagasaki (8. August 1945) und letztendlich-Fukushima (11. März 2011) haben also bewirkt, dass endgültig der bislang gültige Glaubenssatz, der Unterscheidung der verdammenswerten militärischen Nutzung der Atomkraft und der segenbringenden Wirkung der „friedlichen" Nutzung der Atomkraft, auch in Japan zerbrochen ist. Die „friedliche Nutzung" der Atomkraft war, vergleichbar zu Deutschland, mit einer der entscheidenden Gründe für den phänomenalen Aufstieg Japans zu einer führenden Hightech-Industrienation. Dennoch gab es in Japan immer ein weit verbreitetes Unbehagen gegenüber der Nutzung der Atomkraft. In einer im Jahre 1999 vom japanischen Premierministeramt groß angelegten Meinungsumfrage sprachen sich 59,1 Prozent der Befragten für eine Förderung der Erneuerbaren Energien (EE) aus. In einer späteren Umfrage von 2006 stieg diese Zustimmung für den Ausbau der EE auf 85 Prozent an. 1996 sowie 2006 sprachen sich zwar über 50 Prozent der Befragten für die weitere Förderung der Atomkraft aus, aber nur knapp ein Viertel hielten die Atomkraft für absolut sicher und ungefährlich. Knapp 66 Prozent gaben an, dass sie wegen möglicher Unfälle ein Unbehagen hinsichtlich der sicheren Nutzung von Atomkraft verspürten. Ohne die beständige und hartnäckige Arbeit der japanischen Graswurzelbewegungen und NGOs im Umwelt- und Energiebereich wäre es allerdings nicht zu diesen bemerkenswerten Umfrageergebnissen gekommen. Bei der unermüdlichen Aufklärungsarbeit in Sachen Atomkraftenergie spielte vor allem das Citizen Nuclear Information Center (CNIC) mit seinen fundierten Analysen eine herausragende Rolle. Und die von den Medien weltweit viel bewunderte Geduld der Japaner, die mit mustergültiger Disziplin die Dreifach-Katastrophe „Erdbeben, Tsunami und Supergau" über sich ergehen lassen, die ist ebenfalls am Ende. Am 10. April 2011 organisierte sich in der Vorstadt Koenji mit circa 15.000, meist jugendlichen, Teilnehmern der „sorohito no ran" (Aufstand der Laien), die in Form eines riesigen Happenings den Ausstieg aus der verhängnisvollen Atomkraftnutzung lauthals einforderten. Der „Aufstand der Laien" signalisierte gegenüber den entzauberten „Experten" der TEPCO-Atomlobby „Wir glauben Euch nichts mehr." Seit diesem Zeitpunkt, nachdem also der allergrößte Schock über die Dreifach-Katastrophe halbwegs verdaut war, beherrscht die Kritik an der bisherigen Atompolitik die öffentliche Diskussion in Japan. Ministerpräsident Naoto Kan verabschiedet sich zunehmend von der bisherigen Atompolitik, die der Atomkraft den absoluten Vorrang vor allen anderen so auch den Erneuerbaren Energien, einräumte. Er kündigte am 10. Mai in einer Pressekonferenz an, dass „Japan nach der Fukushima-Katastrophe seine langfristige

Energiepolitik vollständig neu überdenken muss." So betrachtet nimmt in Japan die Atomkraft – ähnlich wie in Deutschland – die Rolle einer „Brückentechnologie" auf dem Weg in das postatomare Zeitalter ein. Mit vermutlich weitreichenden internationalen Auswirkungen, da Japan und Deutschland wirtschaftlich weltweit ein nicht zu übersehendes Gewicht haben, und gemeinsam eine internationale Vorreiterrolle in der Forcierung der Erneuerbare Energien einnehmen werden.

Energy Rich Japan: 100 Prozent Erneuerbare Energien in Japan sind möglich

Die Neue Zürcher Zeitung vom 10. Mai 2011 berichtete, dass die japanische Regierung vor Fukushima ursprünglich geplant hatte den Anteil der Atomenergie an der im Land produzierten Energie von derzeit 30 Prozent auf 50 Prozent zu steigern. Neben Atomstrom und den Ölimporten sollen jedoch zukünftig die erneuerbaren Energien laut Ministerpräsident Kan die dritte Säule der Energiepolitik werden.

Bei der Umsetzung dieser grundlegend gewendeten Energiepolitik spielt die traditionelle enge Umweltschutz-Kooperation von Japan und Deutschland eine herausragende Rolle. Schließlich hatte die Regierung Kan bislang stets betont, dass an dem Vorrang der Atomkraftnutzung unverändert festgehalten werden müsse. Dies fand den unbedingten Zuspruch des französischen Präsidenten Sarkozy, der unmittelbar nach der Fukushima-Katastrophe nach Japan eilte und betonte, dass Frankreich sich solidarisch an Japans Seite stelle und eine umfassende Bereitstellung von französischem Know How bei Kernkraftwerk-Sicherheitstechnologie offerierte. Beim G8-Gipfel in Deauville in Frankreich unterbreitete jedoch Bundeskanzlerin Merkel, ebenfalls wegen Fukushima erheblich im eigenen Lande unter Druck geraten, gegenüber dem japanischen Ministerpräsidenten Kan den Vorschlag, dass Japan und Deutschland gemeinsam eine Konferenz durchführen sollten, um so auf hochrangiger Ebene die Förderung erneuerbarer Energien sowie der Energieeffizienz zu untersuchen. Kann erklärte gegenüber Merkel, dass dies ein guter Vorschlag sei, der seine volle Unterstützung finde. Allerdings gibt es einen Vorläufer zu dieser deutsch-japanisch Erneuerbaren Energien-Kooperation. Unter Federführung von Harry Lehmann im Jahre 2003, und unterstützt von Greenpeace International sowie von Greenpeace Japan, wurde gemeinsam von unabhängigen deutschen und japanischen Forschungsinstituten (Institute for Sustainable Solutions and Innovations/Aachen, Wuppertal Institut for Climate, Environment and Energy sowie dem Institute Sustainable Policies/Tokio) die Studie „Energy Rich Japan" veröffentlicht. Die Botschaft dieser Studie lautet: „In der "Energy Rich Japan" (ERJ) Studie wurde untersucht, wie der Energiebedarf Japans verringert und durch ein nachhaltiges Energiesystem zu 100 Prozent aus heimischen, erneuerbaren Energien gedeckt werden kann." Und am 25. Mai 2011 legte zudem erstmalig eine der im japanischen Nationalparlament zahlenmäßig schwach vertretenen Parteien, die oppositionelle Sozialdemokratische Partei Japans, angelehnt an die Politik der SPD und der GRÜNEN, ein Atomaustiegsprogramm für Japan vor. Die Zielsetzungen lauten dabei „Kompletter Atomausstieg bis zum Jahre 2020 (!) – Ausschließlicher Einsatz von Erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2050."

Richard Pestemer

Der Autor ist freier Journalist, parteiunabhängiger Kommunalpolitiker und Ortsbürgermeister im Hunsrück und seit über 20 Jahren Deutschlandkorrespondent der japanischen Wochenzeitschrift SHAKAI SHINPO/Parteizeitung der SDPJ (Sozialdemokratische Partei Japans). www.tacheles-regional.de

Die Atomkrise in Japan löst in China Bedenken gegen die Atomkraft aus

Die Atomkrise von Fukushima hat zweifellos enorme Auswirkungen auf China. Da viele Chinesen in Japan leben und arbeiten, haben die chinesische Regierung und sehr viele chinesische Bürger den Lauf der Ereignisse genau verfolgt. Inwieweit die Ereignisse in Fukushima allerdings tatsächlich Einfluss auf die chinesische Atompolitik nehmen können, ist unklar.

Am 16. März berief die chinesische Regierung ein hochrangiges Staatsratstreffen ein, um die japanische Atomkrise zu diskutieren und über Chinas eigene Atomkraft-Planung nachzudenken. Bei dem Treffen traf die Regierung drei wichtige Entscheidungen im Hinblick auf die Atomkraft. Erstens entschied die Regierung, die Planung und den Bau neuer Atomkraftwerke vorerst auszusetzen. Zweitens ordnete sie eine erneute Überprüfung der Sicherheitsrisiken bei Atomkraftwerken an, die derzeit neu gebaut werden. Jegliche Sicherheitsmängel, die aufgedeckt werden, führen dazu, dass der Bau gestoppt wird. Drittens wurde ein Beschluss gefällt, das Management von Sicherheitsaspekten bei Atomkraftwerken zu verbessern, die gegenwärtig in China in Betrieb sind. China wird auch den Prozess der Ausarbeitung von Plänen zur atomaren Sicherheit beschleunigen, und seinen mittel- und langfristigen atomaren Entwicklungsplan anpassen. Alle neuen Atomkraftplanungen werden erst einmal ausgesetzt – das gilt auch für die vorbereitende Arbeit.

Die atomare Krise nimmt Gestalt an

Chinas erstes Atomkraftwerk ging 1991 ans Netz. Die Unfälle in Tschernobyl 1986 und in Three Mile Island 1979 ereigneten sich bevor China seine eigenen Atomkraftwerke in Betrieb nahm. Die Unfälle ereigneten sich außerdem zu einem Zeitpunkt, als China weitestgehend aus der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen war, und als Nachrichten noch nicht so aktuell verbreitet wurden. Seit die Atomindustrie in China Fuß fasste, hat sie daher noch keine Krise mitgemacht, die der chinesischen Öffentlichkeit so lebendig vor

Foto: Blue Dalian

Studenten der chinesischen Universität Dalian machen auf die Gefahren der Atomkraft aufmerksam.

Augen geführt wurde, wie der Unfall in Fukushima.

Reaktionen der chinesischen Regierung

China hat viele eigene soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen zu bewältigen. Nichtsdestotrotz begreift die chinesische Regierung, dass auch Ereignisse außerhalb Chinas, wie beispielsweise der arabische Frühling oder die Atomkrise in Japan wie ein Funken im trockenen Heuhaufen wirken und zu Instabilität in der chinesischen Gesellschaft führen könnten.

Daher versichert die chinesische Regierung der chinesischen Öffentlichkeit immer wieder, dass der Atomunfall in Fukushima aktuell keine Auswirkungen auf China im Hinblick auf radioaktive Strahlung hätte – und dass die chinesischen Atomkraftwerke alle sicher sind und besser betrieben werden als die in Japan.

Die Chancen, den gesamten Sektor herunterzufahren, stehen nicht gut. Bestenfalls würden einige Atomkraftwerke im Landesinneren nicht gebaut, die auch durch die Wasserknappheit bedroht wären. Die jüngste Dürre, die im April und Mai in Südchina auftrat, zeigt, dass der Bau von Atomkraftwerken im Landesinneren ein ziemlich unrealistischer Plan ist. Atomkraftwerke im Landesinnern nutzen im allgemeinen Flusswasser zur Kühlung. In solchen Fällen können atomare Störfälle zu einer Verschmutzung der Wasservorräte der Region führen, in der eine besonders starke Bevölkerungsdichte herrscht.

Hinzu kommt, dass China noch nicht die Kosten für die Stilllegung berücksichtigt hat, da bisher keines ihrer Atomkraftwerke dieses Stadium erreicht hat. Die Befürworter der Atomkraft spielen diese Kosten tendenziell herunter; wenn sie jedoch nicht von Anfang an mit berücksichtigt werden, müssen die Kosten letztlich von der Regierung und damit vom Steuerzahler getragen werden, statt von der Atomindustrie, die am Geschäft mit der Atomkraft verdient.

Die chinesischen Medien in heller Aufregung

Aufgrund der Tatsache, dass es sich um eine Atomkrise in Japan handelt, durften die chinesischen Medien frei darüber berichten. Eine so seltene Gelegenheit der freien Medienberichterstattung über Fragen der Atomkraftnutzung bietet den chinesischen Medien die seltene Chance, Bedenken gegen die Atomkraft und die damit verbundenen Gefahren und Risiken zu äußern. Obwohl einige Kernenergie-Spezialisten, ja sogar die meisten von ihnen, die Nutzung der Atomkraft unterstützen, wurden sie eingeladen, in Fernsehprogrammen Stellung zu nehmen. Ein Resultat daraus ist, dass in der allgemeinen Öffentlichkeit zunehmend Bedenken entstanden sind, die in hohem Maße deutlich machen, dass die Öffentlichkeit die Atomkraft eigentlich lieber nicht nutzen möchte.

Die chinesisch-sprachige Zeitung Southern Metropolitan Daily veröffentlichte auch eine Karte, auf der die Namen und Standorte aller vorgeschlagenen, im Bau befindlichen und zur Zeit betriebenen chinesischen Atomkraftwerke verzeichnet sind. Dies ist die erste öffentlich zugängliche Information über die Atomindustrie und ihre Planungen in China. Das erste Mal kann sich die chinesische Öffentlichkeit über viele der neuen Atomkraftanlagen und ihre Standorte informieren. Diese Enthüllungen werden mit Sicherheit zu einem riesigen Schrei der Entrüstung und zu Widerstand in der Bevölkerung führen.

Auch die Zeitschrift Caijing veröffentlichte eine Sonderausgabe über die Entwicklung der Atomkraft in China und untersuchte die chinesische Atompolitik und die Herausforderungen an das Management. Solche heißen Debatten konnten sich jedoch nicht lange halten, da die chinesische Regierung die Kritik an der chinesischen Atomenergie-Planung, und die Bedenken im Hinblick auf die verschiedenen Atomanlagen in China, schnell unterdrückte.

Die Rivalität zwischen dem Wasserkraft- und dem atomaren Sektor

Die meisten Energieunternehmen sind zwar in Staatsbesitz, Debatten über die Nutzung der Atomkraft gibt es innerhalb der chinesischen Regierung jedoch schon seit langer Zeit. Die Wasserkraft-Lobbyisten und ähnliche haben kritisiert, dass der Atomsektor in China „in eine amerikanische und französische atomare Ausverkaufs-Falle tappt". Sie sind schnell dabei, die Fukushima-Krise als ein neues Argument für mehr staatliche Investitionen in den Wasserkraftsektor und für eine Politik, die die Wasserkraft statt die Atomkraft begünstigt, zu nutzen.

Da die Intensität dieser Kontroverse nach der atomaren Krise in Fukushima eskalierte, vertrat der Wasserkraftsektor die Meinung, dass China über genügend Wasserkraft-Technologie verfügt, um sie anzuwenden, und seine Errungenschaften auch ins Ausland

exportieren könnte Die chinesischen Hydrologen kritisierten offen den atomaren Sektor in China, die Interessen der USA und Frankreichs zu vertreten, und diese westlichen Unternehmen bei ihrem atomaren Ausverkauf zu unterstützen.

Die Atomkraft-Befürworter jedoch stellen die Atomkraft als eine saubere, neue Energie dar, die weniger ökologische Probleme mit sich bringt und bei der nicht in großem Umfang lokale Bevölkerung umgesiedelt werden muss, was bei vielen Staudamm-Projekten zu beobachten war.

Es sind zwar hohe Investitionen beim Bau von Atomkraftwerken erforderlich, die lokalen Behörden sind jedoch eine starke Lobby für ihre Atomkraftprojekte und nutzen oft eine Erpressungstaktik – das heißt, sie fordern mehr finanzielle Mittel, sei es über Bankdarlehen oder Regierungsinvestitionen, indem sie mit dem Verlust der Anfangsinvestitionen drohen; oder sie zwingen die Regierung, ihre atomaren Pläne zu unterstützen, indem sie behaupten, dass sonst potenziell der finanzielle Verlust der im Vorfeld getätigten Investitionen droht.

Reaktionen der chinesischen NRO

Aktivisten der chinesischen Umweltgruppe Green Earth organisierten am 16. März ein Pressegespräch, bei dem auch ein Atomsicherheits-Funktionär, Zhao Yamin, über die atomare Entwicklung in China informierte. Viele Journalisten und Teilnehmer stellten scharf formulierte Fragen zur Atomkraftplanung in China und zu den Sicherheitsmaßnahmen.

Am 25. März veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung ein Seminar in Peking, mit dem Ziel, chinesische Journalisten über Fragen der atomaren Sicherheit zu informieren. Am 26. April, zum 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl, führte eine lokale NRO, Blue Dalian, Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung über die Gefahren der Atomkraft auf verschiedenen Hochschulgeländen in Dalian durch, sowie eine Abendveranstaltung mit brennenden Kerzen, um an die Tragödie zu erinnern. Die Veranstaltungen kamen der Provinzregierung von Liaoning zu Ohren, woraufhin einige studentische Aktivisten von ihren jeweiligen Universitätsverwaltungen über ihre Motivation und ihre sozialen Kontakte befragt wurden.

Civil Exchange, eine Think-Tank-NRO in Hongkong, führt Maßnahmen durch, um die „atomare Alphabetisierung" in Hongkong zu fördern und die Zivilgesellschaft in Hongkong dabei zu unterstützen, Fragen im Zusammenhang mit der Atomkraft zu diskutieren und zu debattieren, da die Atomkraft Teil des derzeitigen Energiemixes in Hongkong ist.

Chinesische Bürger sind auch aktiv geworden und haben sich mit den potenziellen Risiken der im Bau befindlichen und geplanten Atomkraftwerke beschäftigt. So haben beispielsweise Bürger in Dalian entdeckt, dass das Atomkraftwerk in Hongyanhe in der Provinz Liaoning auf der Tan-Lu-Erdbebenfalte gebaut ist. Solche Fakten wurden bisher nicht in offiziellen Dokumenten oder öffentlichen Medien erwähnt.

Was wird als nächstes geschehen?

Es ist unwahrscheinlich, dass China seine Atomkraftstrategie aufgibt. Es könnte jedoch den Bau von Atomkraftwerken im Landesinnern langsamer vorantreiben. Die derzeitige Dürre in Südchina zeigt, dass aufgrund unzureichender Wasservorräte der Bau von Atomkraftwerken im Landesinnern weniger realistisch ist. Die hohe Bevölkerungsdichte ist ein weiterer Faktor, der dagegen spricht.

Die chinesische Regierung hat es auch sehr schnell geschafft, jedes noch so kleine Anzeichen von Widerstand, der zu einer Anti-Atom-Kampagne führen könnte, im Keim zu ersticken. Dies hat sich anhand der Überreaktion auf die Bemühungen der Studenten in Dalian, Bewusstsein im Hinblick auf die Gefahren der Atomkraft zu schaffen, gezeigt.

Da Japan immer noch damit kämpft, seine gegenwärtige atomare Krise zu bewältigen, und über die künftige Atompolitik des Landes diskutiert, werden die Ergebnisse dort unweigerlich Auswirkungen auf Chinas eigene nukleare Planung haben.

Wen Bo

Der Autor ist leitender Wissenschaftler bei Pacific Environment, www.pacificenvironment.org und China-Berater des Global Greengrants Fund www.greengrants.org. Er kann über savechina-seas@163.com kontaktiert werden.

Foto: Blue Dalian

Am 26. April 2011 gedenken Studenten der chinesischen Universität Dalian dem 25. Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyll.

Taiwans große Chance zum Atomausstieg

Katastrophe in Japan ist eine Lehre für Taiwan

Erdbeben sind die Taiwaner eigentlich gewohnt, aber nicht mit den Auswirkungen wie in Fukushima. Erdbeben, Tsunami, und die so starke Zerstörung der Atomreaktoren führten dazu, dass alle Vorstellungen von technischen Sicherheitsgraden überschritten wurden.

Wann die Situation, trotz aller Bemühungen, wieder richtig unter Kontrolle sein wird, weiß Niemand. Die kritische Situation kann durch saisonbedingte Taifuns und immer wieder kommende Nachbeben erschwert werden, wirtschaftliches Disaster und die Angst vor der Strahlung, die zur physischen und psychischen Krankheit wird, wird in den kommenden Jahren in Japan als Alltag sein.

Auch in Taiwan sind die Nachwirkungen des Bebens ein tägliches Thema in den Medien.

Die schon immer von Taiwanern als Vorbild bewunderte japanische Atomindustrie, wird seither von einer neuen Seite betrachtet. Die Vorstellung dass sich in Taiwan eine solche Katastrophe wiederholen könnte, beunruhigt die Bevölkerung.

Die Regierung versucht zwar die möglichen Nachwirkungen für Taiwan durch die Atomkatastrophe zu verharmlosen, aber der Mythos der Atomenergie – billig, sicher, sauber – ist in Frage gestellt worden. Die seit 2001 nahezu stillgelegte Atomdiskussion in Taiwan wird durch die Geschehnisse in Japan nun wieder reaktiviert.

Kritische AKWs in Taiwan

Drei Kernkraftwerke mit sechs Reaktoren sind in Betrieb, das vierte ist im Bau. Dabei liegt Taiwan in einer der am häufigsten von Erdbeben heimgesuchten Regionen der Welt und wird auch von Tsunamis bedroht.

Taiwan hat Glück gehabt, die von der Tsunami-Warnung besonders gefährdeten beiden AKWs 1 (Jin-Shan) und 2 (Kuo-Shen), die auch an der Nordküste liegen, wurden von den Wellen verschont. Trotzdem hat sich die Angst verstärkt, denn die beiden AKWs benutzen auch den gleiche Reaktortyp wie in Fukushima und sie wurden auch in den siebziger Jahren von der gleichen amerikanischen Firma GE gebaut.

Wenige Kilometer entfernt ist das vierte Kraftwerk fast fertig, aber viele Geologen zweifeln an der Sicherheit des Standorts. Durch zunehmend schlechtere Nachrichten über den immer kritischeren Zustand in Fukushima, und durch die von NGOs verbreiteten Informationen aus dem Ausland über wachsende Zweifel an der Atomenergie. Besonders aus Deutschland kommt eine Informationsflut über den Trend gegen die Atomkaft. Dass sich die deutschen Wähler so stark gegen die Atomkraft ausgesprochen haben, dass die Regierung den Atomausstieg beschlossen hat, hat Atomenergiegegner in Taiwan sehr beeindruckt und inspiriert.

Rückblick auf die Anti-Atom Bewegung in Taiwan

Wenn man über die Anti-Atom Bewegung in Taiwan spricht, bezieht man sich eigentlich immer nur auf Atomkraftwerk 4 (Longmen). Seit 1986 kooperiert die Anti-Bewegung mit der taiwanesischen Demokratisierungsbewegung. Die Oppositionspartei DPP hat sogar "Stopp Atomkraftwerk 4" in ihr Parteiprogramm aufgenommen. 2000 kam der Regierungswechsel in Taiwan, der neue Präsident Chen wollte seine Wahlversprechung verwirklichen, und ungeachtet der politischen Friktionen ließ er den "Stopp Bau Atomkraftwerk 4" erklären. Dann

folgte ein heftiger Machtkampf, die damalige Oppositionspartei KMT ließ beim höchsten Gericht den Baustopp für unzulässig erklären. DPP hat bei diesem Machtkampf verloren. Daraufhin blieb AKW 4 im Parlament für lange Zeit ein Tabu. Die Atomgegner haben heftig protestiert und große Demonstrationen durchgeführt, aber die DPP erklärte ihren Anhängern, dass sie eine Minderheit im Parlament seien und versprachen eine "Atomfreie Heimat" ohne konkretes politisches Konzept. Der Konsens lautete: nach AKW4 wird kein neues Atomkraftwerk mehr gebaut werden. Doch sobald die KMT wieder an der Regierung kam, verteidigte sie die Atomkraft sofort mit den Klimaschutzzielen. Trotz der Forderung von Umweltschützern stärker auf Sonnen- und Windenergie zu setzen, erklärte die Regierung sogar die Laufzeit der beiden ältesten Atomkraftwerke, die gleichen Bautyps sind wie in Fukushima, um 20 Jahre zu verlängern.

Die meisten Taiwaner sehen in der Atomenergie vor allem eine billige Stromquelle für die energieintensive Industrie des Landes. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch liegt 50 Prozent höher als in Deutschland. Die Kraftwerke gehören zu dem staatlichen Konzern Taipower, die Regierung hält die Preise künstlich niedrig. Trotz erfolgreicher Beispiele aus Ausland zu erneuerbaren Energien, gilt die Atomenergie hier als unersetzbar.

Allmähliche Wandlung seit dem Fukushima-Disaster

Während die KMT-Regierung einen langsamen Atomausstieg vorschlägt, sind bei der Oppositionspartei DPP die Meinungen gespaltet: Eine Seite ist für den Atomausstieg bis 2025, die andere bezeichnet dies als unrealistisch. Sie vertreten die gleichen Argumente wie KMT, wenn AKW 4 nun schon so viel Geld gekostet hat, gibt es keinen Grund es nicht in Betrieb zu nehmen.

Durch die zunehmend schlimmere Situation in Japan und gleichzeitig immer mehr aufgedeckte Skandale um AKW 4, ist die Regierung gezwungen neue Überlegungen anzustellen. Trotzdem versucht sie so schnell wie möglich den Rest-Etat für Atomkraftwerk 4 durch zu winken. Die NROs versuchen nun dies mit allen Mitteln zu stoppen.

Die weltweit zahlreichen Anti-Atom Kampagnen, und die Argumentationen und sachliche Debatten um den Atomausstieg in Deutschland verbunden mit den Wahlerfolgen der Grünen, haben auch in Taiwan Impulse gesetzt. Die Greenparty Taiwan hat zwar keine Vertreter im Parlament, bemüht sich aber trotzdem intensiv, zusammen mit NROs, um einen schnellen Atomausstieg.

So fordern die Atomgegner von der Regierung die sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke 1, 2 und 3, um deren Sicherheit zu überprüfen, und Baustopp des AKW 4. Dieses soll stattdessen in ein Museum umgewandelt werden. Um den Energiebedarf der Bevölkerung zu decken, soll auf Erneuerbare Energien umgesattelt werden.

Die Gefahren der Atomkraftwerke Taiwans

Wenn in Taiwan eine Katastrophe wie in Fukushima passieren würde, wären innerhalb der 30-Kilometer-Zone von den AKWs 1, 2 und 4 circa fünf Millionen Einwohner betroffen und diese wären viel schwieriger zu evakuieren als in Japan. Die Regierung ist auf eine solche Notwendigkeit auch überhaupt nicht vorbereitet.

Die AKW 1 und 2 sind veraltet und haben des Öfteren technische Pannen, von Fehlern, die durch das Personal verursacht wurden ganz zu verschweigen. Ein ungelöstes Problem ist auch der Atommüll, den keiner haben will. Es findet sich, wie überall in der Welt, kaum eine geeignete Endlagerung.

Das Atomkraftwerk 4 Longmen liegt circa 40 Kilometer von Taipeh entfernt. Das Kraftwerk befindet sich nach zahlreichen Verzögerungen im Bau. Die Inbetriebnahme von Block 1 ist für 2011, die von Block 2 für 2012 geplant.

Aber immernoch zweifeln Geologen an der Sicherheit des Standorts, denn im Meer direkt vor dem AKW liegt ein Vulkan und eine aktive Verwerfung.

Das AKW 4 selbst ist ein fehlerhaftes Bauwerk – geordert wurde es von GE, der vergab den Auftrag weiter an Toshiba, gebaut wurde von verschiedenen Baufirmen.

Inzwischen hat Taipower aber selbst Material und Umfang des AKWs geändert und Aufträge an Baufirmen verteilt, die überhaupt keine Erfahrungen mit dem Bau eines Atomkraftwerks haben.

Im AKW Longmen sind allein 2010 schon sechs Feuermeldungen aufgetreten. Wenn schon richtige Brennstäbe in den Meilern wären, hätte eine Atomkatastrophe passieren können.

Wegen der ständigen Störfälle und Brände an den Stromleitungen hat Taipower Anfang 2011 mitgeteilt, dass das Atomkraftwerk Longmen nicht wie geplant in Betrieb genommen würde, sondern erst Ende 2012. Dies ist nun das fünfte Mal, dass die Inbetriebnahme verschoben wird. GE hat vorgeschlagen, das AKW 4 komplett neu entwerfen und bauen zu lassen, das bedeutet im Klartext, auf das AKW4 zu verzichten und ein neues Atomkraftwerk zu bauen.

Die Kosten des AKWs 4 sollten ursprünglich bei 5,5 Milliarden US Dollar liegen. Mittlerweile werden Endkosten im Bereich von 17 Milliarden US-Dollar erwartet. Die Regierung erzählt gerne, dass Taiwan seine Energie zu 99 Prozent importiert, da die fossilen Energieträger immer knapper und teuer werden, während Uran sicherer bleibe, und vom Standpunkt des Klimaschutzes aus gesehen ist Uran nicht mit schädlichen Emissionen verbunden wäre.

Würde ein Verzicht auf die Atomenergie in Taiwan eine ein Problem für die Energiesicherheit bedeuten?

Nein, denn selbst im Sommer (wegen der Klimaanlagen wird zu dieser Jahreszeit die meiste Energie verbraucht) hatte Taiwan 2010 eine Reservekapazität von 28 Prozent. Die AKWs 1, 2 und 3 verfügen insgesamt nur über 11,6 Prozent Stromerzeugung. Das bedeutet, auch wenn wir sofort alle Atomkraftwerke in Taiwan abschalten würden, hätten wir immer noch genug Reserven!

Wenn wir jetzt auf Atomkraft verzichten, könnten wir den Etat für das AKW 4 in Mittel für erneuerbare Energien umwandeln. Zum Beispiel werden Solarzellen aus Taiwan zu 90 Prozent nach Deutschland exportiert, warum sollte man sie nicht zuerst für Taiwan selber verwenden?

Fenlan Lai

Die Autorin ist Ex -Generalsekretärin und Mitglied der Anti-Atom Abteilung der Greenparty Taiwan.

Aktuell

CSD-19 in New York: Green Economy als Feindbild der G77

Vom 2. bis 13. Mai fand in New York das 19. Treffen der UN Kommission für nachhaltige Entwicklung (UN Commission on Sustainable Development – CSD) statt. Auf konkrete Entscheidungen wartete man allerdings vergebens.

Nach dem berühmten Rio-Gipfel 1992 wurde die UN Commission on Sustainable Development (CSD) als das Gremium gegründet, das den weiteren Rio-Prozess koordinieren und vorantreiben sollte, und vor allem auch die Umsetzung der Rio-Beschlüsse, wie etwa die Agenda 21, begleiten sollte. Immerhin war die Agenda 21 der Kurzbegriff für »Agenda für das 21. Jahrhundert«, also durchaus kein auf Kurzfristigkeit angelegtes Aktionsprogramm.

Wer erwartet hatte, dass die CSD nun auf dem Weg zum Rio+20-Gipfel wegweisende Beschlüsse fassen würde, wurde ein weiteres Mal von diesem Gremium enttäuscht. Allerdings war das Fiasko diesmal so groß, dass manche Beobachter schon von der »letzten Sitzung« der CSD sprechen. Zum zweiten Mal endete sie ohne einen Beschluss. Dies war 2007 beim Thema Energie schon einmal vorgekommen, was damals allerdings an grundsätzlichen Differenzen über das Verhandlungsthema Energie- und Klimapolitik lag. Solche Differenzen über Energiepolitik sind weder ein besonderes Charakteristikum der CSD, noch überhaupt internationaler Verhandlungen, sondern kommen in der Innenpolitik so gut wie jedes halbwegs demokratischen Landes vor. Die CSD 2011 wurde von den G77 allerdings zum Schauplatz von sachfremden Auseinandersetzungen missbraucht – am Ende zerstritt sich die CSD nach einer Nachtsitzung am Morgen des 14. Mai über Formulierungen zu den besetzten palästinensischen Gebieten, die mit der Fragestellung Nachhaltige Entwicklung beziehungsweise Green Economy wahrlich nichts zu tun haben. Soll man eine bereits vor zwei Jahren in der CSD beschlossene Formulierung zur Verurteilung der israelischen Besatzung nehmen, oder die des MDG-Gipfels vom letzten Jahr? Ein absurdes Schauspiel, das nicht in die CSD gehört. Versuche der EU, zu retten was zu retten sein könnte, scheiterten als Saudi-Arabien um 8:31 Uhr die Beschlussfähigkeit feststellen liess: nur noch weniger als die Hälfte der CSD-Mitgliedsländer waren noch vertreten, die Sitzung endete abrupt.

Auf der Tagesordnung standen Nachhaltige Produktions- und Konsummuster, Chemikalienpolitik, Bergbau, Verkehr sowie Abfallpolitik. In den inhaltlichen Details der meisten Themenfelder kamen zwar inhaltlich durchaus Einigungen zustande, allerdings häufig nur unter Bezugnahme auf »agreed language«. Das genau ist natürlich auf Dauer nicht die Funktion einer CSD, nur bereits bestehende Beschlüsse nochmal zu recyceln. Auch auf ein bereits 2002 beim Rio+10-Gipfel in Johannesburg im Grundsatz beschlossenes und bei der UNEP angesiedeltes 10-Jahresprogramm zu Nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern (SCP) konnte man sich inhaltlich einigen – nach einem immerhin neun Jahre dauernden Vorbereitungsprozess (der sogenannte »Marrakesch-Prozess«). Aber alle diese Einigungen sind jetzt »für die Katz«, da nichts formell beschlossen werden konnte.

Vorbereitung auf Rio+20 – Blockade durch G77

Die inhaltliche Vorbereitung des Rio+20-Schwerpunktthemas »Green Economy« verläuft zwar streng genommen in einem separaten Vorbereitungsprozess, aber natürlich verläuft dieser in engem inhaltlichem Kontext zur CSD. Während die USA erfreulich konstruktiv an das Thema herangingen, übte sich die G77 unter der Präsidentschaft Argentiniens und diesmal besonders aktiver Präsenz einer Reihe arabischer Länder (genauer gesagt: Regimes) in reiner Obstruktionspolitik. So hat die G77 beispielsweise Textpassagen zu »green jobs« mit der Begründung blockiert, green jobs seien grundsätzlich schlechter bezahlt und hätten keine soziale Absicherung. Eine Begründung für diese kühne Behauptung wurde nicht gegeben. Angesichts von derart offen zur Schau gestellter Ignoranz griffen sich nicht nur die EU-Delegierten an den Kopf, sondern auch die Vertreter der Gewerkschaften. Selbst dem üblicherweise zur Zurückhaltung verpflichteten UNEP-Vertreter fiel dazu nur noch ein: »rejection

of new ideas is not going to work, it is abdication of leadership«. Den Begriff »green economy« blockierten die G77 nahezu durchgehend mit der Begründung, er sei »nicht definiert«. Auf die Idee, dass die CSD eventuell dafür eingerichtet worden sein könnte, nicht nur alte Texte zu recyceln sondern die Definition für solche neuen Begriffe zu liefern, kamen die G77 nicht. Auch die vom CSD-Vorsitzenden, dem rumänischen Umweltminister Borbely, angebotene Kompromissformel »transition to a cleaner and more resource-efficient economy« lehnten die G77 brüsk ab – dies sei nämlich auch »nicht definiert«. Das Highlight war dann die flammende Rede des Ölexporteurs Venezuela – green economy sei nämlich green capitalism und müsse schon deswegen abgelehnt werden. Gegen Erdöl-Kapitalismus hatte Venezuela selbstverständlich nichts einzuwenden.

Green Economy: Initiativen von Entwicklungs- und Schwellenländern

In der Realität sind die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer längst viel weiter als ihre ignoranten UN-Diplomaten. In der Diskussion über Verkehrspolitik trug beispielsweise der Vertreter Indiens mit viel verlogenem Pathos vor, dass die Entwicklungsländer leider viel zu arm seien, ihre Verkehrspolitik »more sustainable« zu machen und das alles nur gehe, wenn »der Norden« (???) dafür mehr Geld auf den Tisch lege. Dass ausgerechnet in Delhi auf Druck von Umwelt-NGOs bereits vor zehn Jahren die stinkenden Diesel-Busse und Lastwagen aus der Stadt verbannt wurden und durch saubere gasbetriebene Fahrzeuge ersetzt wurden, scheint ihm entgangen zu sein. Dass die USA in derselben Diskussion wieder mal »global leadership« für sich reklamierten, weil New York jetzt Busspuren und Radwege und sogar einige Fußgängerzonen einführt, verursacht zwar bei europäischen Teilnehmern durchaus Heiterkeit – damit demonstrierten die USA zwar Ignoranz, aber es war im Gegensatz zu Indiens Redebeitrag immerhin konstruktive Ignoranz.

In der Debatte um Sustainable Consumption war Eco-Labelling natürlich auch ein absolutes Feindbild der G77. Das sei alles verkappter Protektionismus. Parallel fand dann ein Side-Event statt, in dem das von der Afrikanischen Union vorangetriebene (und vom BMU geförderte) afrikanische Eco-Label vorgestellt wurde. Die afrikanischen Vertreter stellten die Marktchancen durch entsprechend gelabelte Produkte heraus, und betonten, auch afrikanische Verbraucher würden das positiv annehmen. Wahrscheinlich haben Afrikas UN-G77-Diplomaten auch diese Entwicklung verschlafen.

Anfang dieses Jahres haben 26 asiatische Akademien der Wissenschaften ein »grünes« Wirtschaftsprogramm mit dem Titel »Nachhaltiges Asien« veröffentlicht. In diesem Zukunftskonzept für die Region wird die These vertreten, dass das »Asiatische Entwicklungsmodell« bisher zwar äußerst erfolgreich war, aber ökonomisch und ökologisch an Grenzen stoße. Die Vorteile im Vergleich zu den alten Industrieländern – niedrige Löhne und billige Rohstoffe – gingen verloren. Das auf Rohstoffeinsatz aufgebaute Wachstumsmodell stoße auf erhebliche »Umwelt- und Ressourcenprobleme«. Asiens Exporte seien auch mit »grünen Handelsbarrieren« in den entwickelten Industrieländern konfrontiert.

In der Überwindung dieser Probleme sehen die 26 Akademien nun eine entscheidende wirtschaftliche Chance und fordern: »Asien muss neue Triebkräfte entwickeln […] und sein Entwicklungsmodell ändern, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.« In fast wörtlicher Übereinstimmung mit dem EU-Programm „Europe 2020“ wird ein „neues Entwicklungsmodell“ entworfen, »das grün, kohlenstoffarm, intelligent, innovativ, kooperativ und inklusiv« ist. Umweltschutz wird nicht mehr nur als Kostenfaktor abgetan. Staatliche Umweltregulierungen hätten vielmehr »einen starken Einfluss auf grüne Innovationen«. Verglichen mit soviel Weitblick muten die UN-Diplomaten dieser Länder wie museale Relikte aus dem letzten Jahrhundert an.

Kaum noch vertreten waren bei dieser CSD die sogenannten »Major Groups«, also die nichtstaatlichen Vertreter. Denen wollten die G77 auch mal wieder weitgehend das Rederecht streichen, was am Widerstand der EU scheiterte. Aber die einst vielgerühmten »multi-stakeholder dialogues« der CSD fanden dennoch nicht statt, weil die Regierungen nämlich auf die Redebeiträge der major groups nicht eingingen.

Wie geht es weiter?

Es ist richtig, dass die Welt noch nie im Konsens verändert wurde. Wahrscheinlich ist es das Grundproblem der CSD und der Vereinten Nationen überhaupt, dass sie durch das Konsensprinzip jederzeit in Geiselhaft für politische Kindergartenspielchen genommen werden können. Besonders unrühmlich tun sich nach dem Ende der Bush-Administration die G77 hervor. Die ganze Konstruktion G77 ist ohnehin längst ein Anachronismus und wird wahrscheinlich außerhalb des Dunstkreises der New Yorker UN-Diplomaten auch in den wichtigeren Schwellenländern kaum noch ernstgenommen. Auch für die NGOs wird es Zeit, ihre geradezu reflexartigen Beißhemmungen gegenüber der G77 aufzugeben.

Wenn dann ausgerechnet massenmorderfahrene Regimes wie Syrien und Sudan sich als Champions der armen, unterdrückten Palästinenser aufspielen und der Rest der G77 sich für derartige Spielchen hergibt, kann man nur noch an der Politikfähigkeit dieses Zusammenschlusses zweifeln. Weil der Rest der Welt aber in der Realität sich nicht wirklich von Regimes wie Syrien, Sudan oder Venezuela aufhalten lässt, tragen solche Spielchen der G77 nur dazu bei, die Vereinten Nationen immer weiter zu marginalisieren und »Global Governance« entweder außerhalb der UN stattfinden – oder ganz ausfallen zu lassen. Die institutionelle Reform der UN-Umweltinstitutionen und die Aufwertung von UNEP stehen zwar in Rio neben der Diskussion um die »Green Economy« auf der Tagesordnung. Aber selbst wenn es dort gelingen sollte, strukturelle Verbesserungen zu beschließen, wird dies nur zu inhaltlichen Fortschritten führen, wenn es gleichzeitig gelingt, aus diesen Gremien die UN-Diplomaten und Außenministerien der G77 so weit wie möglich fernzuhalten und dafür zu sorgen, dass dort Umweltministerien Platz nehmen.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Wiese in einem Naturschutzgebiet der Schwäbischen Alb.

Wenig ambitioniert und trotzdem gefährdet:

Die neue europäischen Biodiversitätsstrategie braucht Unterstützung

Die im Mai vorgelegte EU-Biodiversitätsstrategie soll den Verlust der biologischen Vielfalt in Europa innerhalb der nächsten zehn Jahre eindämmen. Obwohl sie nur unverbindliche Ziele und Maßnahmen enthält, ist ihre Übernahme durch den EU-Ministerrat unsicher. Auch die konsequente Reform der europäischen Agrar- und Fischereipolitik ist für ihren Erfolg notwendig.

Am 3. Mai hat EU-Umweltkommissar Janez Potocnik die lang erwartete neue EU-Biodiversitätsstrategie[1] der Öffentlichkeit vorgestellt, mit der sie ihr im März 2010 beschlossenes neues Hauptziel erreichen will, den Verlust der biologischen Vielfalt und der Ökosystemdienstleistungen in Europa bis 2020 aufzuhalten und weitestmöglich umzukehren und sich auch weltweit noch mehr für die Eindämmung des Biodiversitätsverlusts einzusetzen. Die Strategie ist das zentrale Werkzeug der EU zur Umsetzung des im vergangenen Oktober beschlossenen strategischen Plans der UN-Biodiversitätskonvention (CBD). Sie setzt den Fokus auf sechs Ziele, die bis 2020 erreicht werden sollen (siehe Kasten). Ihnen sind insgesamt 20 konkrete Maßnahmen zugeordnet.

Licht und Schatten

Die Verabschiedung einer europäischen Strategie ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Erhaltung der Biodiversität. Die sechs Ziele sind gut aufeinander abgestimmt und decken die wichtigsten Handlungsfelder ab. Dem Naturschutzziel (Ziel 1) stehen in den

Zielen 3 und 4 drei Nutzungen gegenüber, deren Intensivierung sich maßgeblich auf die Biodiversität auswirkt: 80 Prozent der Fläche der EU werden land- oder forstwirtschaftlich genutzt, und Überfischung ist das Hauptproblem für den marinen Artenschutz. Diese müssen an das übergeordnete Ziel – die Erhaltung der Biodiversität – angepasst werden. Die Wiederherstellung zerstörter Ökosysteme (Ziel 2) und die Anerkennung der Verantwortung Europas für die weltweite Biodiversität (Ziel 6) sind wichtige Schritte nach vorn. Zu den geplanten Maßnahmen gehören die Ökologisierung der Agrarpolitik und die Reform der Fischereipolitik, die Aufstellung von Managementplänen für alle Natura-2000-Gebiete und eine Finanzierung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.

In wichtigen Punkten enttäuscht die Strategie jedoch: Die Agrarlobby hat beim Landwirtschaftsziel (Ziel 3a) erfolgreich ein quantitatives Ziel verhindert. Europäische Naturschutzverbände fordern einen Anteil von drei Vierteln der Landwirtschaftsfläche für Biodiversitätsfördermaßnahmen. Die Anwendung des Naturschutzziels (Ziel 1) auf den Agrarbereich bedeutet, dass sich gemessen am Status quo[2] auch 2020 nur 14 Prozent der dortigen Lebensräume und 4,5 Prozent der Arten[3] in einem günstigen Zustand befinden müssen. Auch insgesamt sollen laut Ziel 1 im Jahr 2020 nur 34 Prozent aller Lebensräume und 25,5 Prozent aller Arten in einem günstigen Erhaltungszustand sein. Beim Forstwirtschaftsziel (Ziel 3b), das wegen der mangelnden Rechtshoheit der EU nicht auf Privatwald anwendbar ist, wird vor allem auf Fördermaßnahmen im Rahmen des wenig präzisen Konzepts „nachhaltige Forstwirtschaft" gesetzt. Eine Ausweitung nicht genutzter Waldflächen („Wildnis"), die derzeit europaweit etwa ein Prozent ausmachen, ist nicht vorgesehen. Enttäuschend ist auch das globale Ziel 6, das lediglich den Beschluss vom März 2010 wiederholt, den EU-Beitrag zur Eindämmung des weltweiten Biodiversitätsverlusts zu erhöhen. Auch wenn die Maßnahmen viele heiße Eisen aufgreifen, wie die systematische Berücksichtigung der Biodiversität in der Handelspolitik oder eine bessere Finanzierung der weltweiten Biodiversität, fehlt eine Messlatte, wohin die EU gelangen möchte, wie etwa eine Halbierung des globalen Fußabdrucks.

Noch viel zu tun

Die Strategie muss nun Ende Juni von den EU-Umweltministern sowie den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat in ihren Ratsschlussfolgerungen bestätigt werden, ebenso vom EU-Parlament. Diese haben dabei die Möglichkeit, Punkte zu betonen und Defizite auszubügeln. Doch ob sie dies tun werden, ist noch offen – so schwach das Landwirtschaftsziel auch ist, einigen Ländern und der Agrarlobby passt es nicht, dass Land- und Forstwirtschaft überhaupt mehr für die Biodiversität tun sollen. Es kann sogar sein, dass sie ganz die Annahme der Strategie verweigern.

Neben der Akzeptanz durch die Mitgliedsstaaten kommt der ökologischen Reform der Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik große Bedeutung für den Erfolg der Biodiversitätsstrategie zu, ebenso der Umsetzung der in den 20 Maßnahmen dargestellten finanziellen und wirtschaftlichen Reformen. Nur wenn alle diese Schritte vollzogen werden, hat die EU-Strategie eine Chance, zu einer „Lebensversicherung" (EU-Kommission) zu werden und den Verlust der biologischen Vielfalt tatsächlich zu beenden.

Friedrich Wulf

Der Autor ist beim Schweizer Naturschutzverband Pro Natura in Basel und bei Friends of the Earth Europe für internationale Biodiversitätspolitik zuständig und koordiniert die AG Biodiversität des Forums Umwelt und Entwicklung.

1 Lebensversicherung und Naturkapital: Eine Biodiversitätsstrategie der EU für das Jahr 2020. www.kurzlink.de/com-2011-244
2 EU 2010 biodiversity baseline, Grafiken 3.3. und 3.4. www.kurzlink.de/2010-biodivbaseline
3 Damit sind in diesem Artikel jene von gemeinschaftlichem Interesse gemeint, also FFH-Arten und -Lebensraumtypen sowie die Vogelarten der EU-Vogelschutzrichtlinie.

Die Ziele der neuen EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020

1. Naturschutz: Keine Verschlechterung des Zustands von Arten und Lebensraumtypen. Im Vergleich zum Status quo sollen 100 Prozent mehr Lebensraumtypen und 50 Prozent mehr Arten einen verbesserten Zustand aufweisen; die Hälfte der Vogelarten soll einen sicheren oder verbesserten Erhaltungszustand aufweisen.
2. Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemdienstleistungen: Dies soll durch die Einrichtung einer „grünen Infrastruktur" und die Wiederherstellung von mindestens 15 Prozent der degradierten Ökosysteme erfolgen.
3. Verankerung in anderen EU -Politikbereichen:
   a) Landwirtschaft: Maximierung der Landwirtschaftsflächen, die durch biodiversitätsbezogene Finanzmittel der Gemeinsamen Agrarpolitik gefördert werden. Das soll eine messbare Verbesserung bei den von der Landwirtschaft abhängigen oder beeinflussten Arten und Lebensräumen sowie Ökosystemdienstleistungen bewirken.
   b) Forstwirtschaft: In allen Wäldern der öffentlichen Hand und in allen Wäldern über einer von den Mitgliedstaaten zu definierenden Größe, die Mittel aus der EU-Regionalförderung erhalten, werden Managementpläne oder vergleichbare Instrumente im Rahmen der nachhaltigen Forstbewirtschaftung erstellt.
4. Fischerei: Bis 2015 soll die europäische Fischerei den maximal nachhaltig zu erwirtschaftenden Ertrag (Maximum Sustainable Yield, MSY) einhalten. Durch Fischereimanagement soll eine Alters- und Größenstruktur der Populationen erreicht werden, die einen gesunden Bestand widerspiegelt. Erreichung eines guten Umweltzustands bis 2020, wie in der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie vorgesehen.
5. Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten: Invasive gebietsfremde Arten und ihre Ausbreitungswege sind bekannt und Prioritäten gesetzt, die Ausbreitung der wichtigsten ist unter Kontrolle, und die Ausbreitungswege werden kontrolliert, um die Ausbreitung neuer invasiver Arten zu verhindern.
6. Beitrag gegen den globalen Biodiversitätsrückgang: Die EU erhöht ihren Beitrag zur Eindämmung des weltweiten Biodiversitätsverlusts.

Die Doha-Runde der WTO zwischen Abbruch und Minimallösung

Nachdem der jüngste Versuch die seit Jahren festgefahrene Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) zum Abschluss zu bringen, gescheitert ist, versucht ihr Generaldirektor Pascal Lamy einen Plan B für die Ministerkonferenz im kommenden Dezember.

Damit gesteht die WTO nun ein, was sich bereits seit längerem, spätestens nach Ostern, deutlich abzeichnete: Der 2010 ausgerufene letzte Countdown für den Abschluss der seit 2006 festgefahrenen Doha-Runde der WTO muss schon nach wenigen Monaten erfolglos abgebrochen werden. In den drei wichtigsten Verhandlungsfeldern – dem Marktzugang für Industriegüter (im WTO-Jargon: NAMA für Non-agricultural market access), Dienstleistungen und Landwirtschaft – gab es bis zum festgelegten Termin an Ostern keine Annäherung, so dass man nur feststellen konnte, dass die Differenzen vor allem bei NAMA derzeit nicht überbrückt werden können.

Streit um Industriezölle als Auslöser

Größter Streitpunkt waren Forderungen der EU und vor allem der USA, dass Länder wie China, Indien und Brasilien, die sie als direkte Konkurrenten ansehen, einen "echten" Beitrag zur globalen Handelsliberalisierung leisten sollten. Daher müssten sie für ihre Marktöffnung bei NAMA nicht nur die sogenannte "Schweizer Formel" anwenden, nach der hohe Zölle stärker reduziert werden als niedrige, und faktisch eine Obergrenze für alle Zölle eingeführt wird. Zusätzlich sollten sie, so die EU und die USA, in bestimmten Sektoren die Zölle noch stärker senken. Dies ist in der Erklärung der Ministerkonferenz von Hongkong 2005 vorgesehen, soll allerdings freiwillig sein. Die USA machen es gleichwohl zur Bedingung für einen Abschluss der Runde. Die großen Schwellenländer betonen dagegen, dass freiwillige Initiativen eben das sein sollten: Freiwillig – und somit eben nicht Voraussetzung für eine Einigung. Auch der noch nach Ostern präsentierte neue Vorschlag der EU für die sektorale Marktöffnung konnte die Differenzen nicht überbrücken. Der Konflikt um NAMA löste das Scheitern aus – nach Ansicht vieler Beobachter sind die Gegensätze bei Landwirtschaft und Dienstleistungen aber nicht geringer.

Ein "Paket" für die ärmsten Länder als Plan B

Nach einer kurzen Schockphase begann Lamy, einen Plan B zu entwickeln. Die "großen Themen" wie Marktzugang für Güter und Dienstleistungen, Agrarsubventionen und Schutz geistiger Eigentumsrechte sollen Lamy zufolge zunächst einmal vertagt werden. Die Ministerkonferenz im Dezember diesen Jahres soll aber zumindest noch einige Beschlüsse fassen, die den Entwicklungsanspruch der Runde reflektieren und speziell den am wenigsten entwickelten Ländern, den LDC (Least Developed Countries), zugutekommen sollen. Lamy nennt:

- den zoll- und quotenfreien Zugang zu den Gütermärkten aller Industriestaaten,
- den bevorzugten Zugang zu den Dienstleistungsmärkten der Industrieländer, und
- "einen Schritt vorwärts bei Baumwolle" also dem Abbau handelsverzerrender Subventionen in diesem Sektor, von dem einige afrikanische LDC stark abhängig sind.

Ergänzend sollen Themen identifiziert werden, zu denen schon weitgehende Einigkeit besteht, und die eine deutliche Entwicklungskomponente enthalten. Lamy will erst nach weiteren Konsultationen konkrete Vorschläge für ein solches "LDC-plus"-Paket machen.

Die WTO-Mitgliedstaaten unterstützen den Plan Lamys, jedenfalls im Prinzip. So halten die EU, Australien und andere Industriestaaten das geplante neue Abkommen zu administrativen Handelserleichterungen für entscheidungsreif – viele Entwicklungsländer tun sich damit noch sehr schwer. Über weitere "schwierige" Themen ist die EU bereit zu verhandeln, will dann aber Gegenleistungen, und betont, dass die Einigung schwierig werden könnte. Dies bezieht sich vermutlich auf die Zusage, alle Exportsubventionen abzuschaffen, wenn auch vergleichbare Maßnahmen wie verbilligte Exportkredite, beendet werden. Australien sieht dieses Thema weniger "schwierig" und fordert, es als „plus"-Thema zu behandeln.

Die USA stellen auch den Konsens über das LDC-Paket in Frage. Über Baumwollsubventionen können sie nur im Rahmen eines umfassenden Agrarabkommens entscheiden. Der zoll- und quotenfreie Marktzugang für alle LDC führe dazu, dass afrikanische Länder ihre derzeit auf dem US-Markt bestehenden Zollvorteile verlieren. Andererseits bestehen die USA darauf, durch ein neues Abkommen die Fischereisubventionen zu begrenzen, da diese zur massiven Überfischung der Weltmeere beitragen. Dies ist umweltpolitisch sinnvoll, macht den Abschluss der Runde aber nicht wahrscheinlicher, da sich Länder wie Japan und Südkorea weiter gegen ein effektives Abkommen sperren.

Die Erfolgsaussichten für Lamys Plan B sind also nicht unbedingt hoch. Ironischerweise käme ein Abschluss der Runde, der sich auf ein „LDC-plus"-Paket mit richtigen Elementen wie dem Ende der Export- und dem Abbau von Fischereisubventionen, dem Anspruch einer Entwicklungsagenda so nahe wie bislang noch kein Kompromissvorschlag während der Verhandlungen.

Tobias Reichert und Michael Frein

Tobias Reichert ist Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch. Michael Frein ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung und Referent für Welthandel und Umwelt beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED). Beide sind Mitglieder der AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung.

Förderhinweis: Dieses Projekt wurde gefördert vom Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.

Bonner Klimaverhandlungen müssen Dynamik auf dem Weg nach Durban bringen

Zwischenverhandlungen fanden vom 6. bis 17. Juni in Bonn statt

Die Klimawissenschaft macht derzeit immer deutlicher, wie sehr die Welt derzeit auf ein Disaster zusteuert, bei einem möglichen Temperaturanstieg von vier oder mehr Grad Celsius in diesem Jahrhundert. Vor dem Hintergrund dieser globalen Warnsignale fanden die Klimaverhandlungen in Bonn statt.

Jüngste wissenschaftliche Untersuchungen weisen auf Besorgnis erregende Entwicklungen hin, zum Beispiel die zweite extreme Dürre im Amazonasgebiet innerhalb weniger Jahre, die zu einer großen Freisetzung von Kohlenstoff geführt hat, oder beschleunigte Schmelzprozesse im Grönlandeis.[1] Darüber hinaus schockierte die Internationale Energieagentur Ende Mai mit der Nachricht, dass noch nie in einem Jahr so viel CO_2 ausgestoßen wurde wie im Jahr 2010.2 Das Zeitfenster, die Welt noch auf einen Pfad zu steuern, der es erlauben würde, den globalen Temperaturanstieg auf so weit wie möglich unter 2°C zu begrenzen, wie politisch vereinbart, und damit in großem Maßstab katastrophale Konsequenzen des Klimawandels abzuwenden, wird immer kleiner.

Verhandlungsrunde in Bonn

So setzten diese Warnsignale den Rahmen für die UN-Klimaverhandlungen, die vom 6. bis zum 17. Juni in Bonn stattfanden (zum Zeitpunkt der Drucklegung waren diese noch nicht beendet). Die Bonner Verhandlungen waren die erste richtige inhaltliche Verhandlungsrunde nach dem Klimagipfel von Cancún. Zwar gab es bereits Anfang April eine Verhandlungsrunde in Bangkok, bei der es aber nahezu ausschließlich um die Ausgestaltung der Verhandlungsagenda dieses Jahres. Insbesondere ging es um die Frage, ob die Umsetzung der Cancún-Beschlüsse im engeren Sinne der alleinige Verhandlungsgegenstand sein sollte, oder welche Rolle nicht gelöste Großbaustellen wie zum Beispiel die Zukunft des Kyoto-Protokolls spielen sollten.

Vorbereitung von Entscheidungen für COP17 in Durban

Die Verhandlungen in Bonn zeichnen sich durch eine extrem umfangreiche Verhandlungsagenda aus. Durch die Entscheidungen von Cancún sind eine Reihe von Prozessen angestoßen worden, zum Teil mit dem konkreten Ziel, bis zum Klimagipfel in Durban entsprechende Entscheidungsvorlagen zu verhandeln.

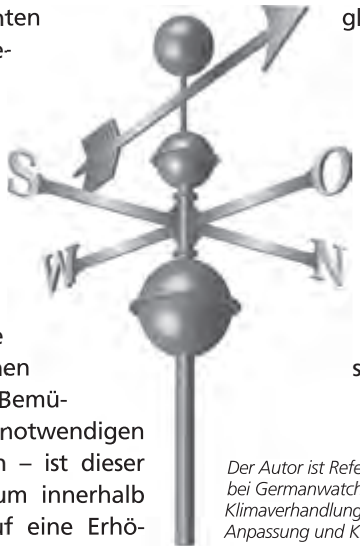
Dazu gehören für den Bereich der Anpassung, die Ausgestaltung des in Cancún beschlossenen Anpassungskomitees unter der Konvention, das für eine größere Kohärenz der Auseinandersetzung mit der Anpassung an die Klimafolgen sorgen soll, und die Modalitäten der Unterstützung insbesondere der Least Developed Countries bei der Entwicklung mittel- und langfristiger nationaler Anpassungsplanungen. Der in Cancún beschlossene Technologiemechanismus muss weiter ausgearbeitet werden, insbesondere auch die Funktionen und Modalitäten des damit verbundenen Technologie-Exekutivkomitees. Zudem war in Cancún das Ziel beschlossen worden, für den Bereich REDD+ bis Durban Finanzierungsoptionen zu beschließen.

Von besonderer Bedeutung auf der Emissionsminderungsseite sind die Verhandlungen zu einem globalen langfristigen Klimaschutzziel und den Zeitrahmen für ein globales „peaking", also ab wann die Emissionen global zurückgehen sollen, und wie man dort hinkommt. Zudem werden mit den Verhandlungen über die Modalitäten des sogenannten Reviews die Weichen gestellt, im Zeitraum 2013 bis 2015 den Stand der Umsetzung der Cancún-Beschlüsse, und ihrer Angemessenheit in Bezug auf die globalen Ziele zu überprüfen. Wenngleich die Ergebnisse bereits heute abzusehen sind – dass nämlich die Bemühungen weit hinter der notwendigen Ambition zurückbleiben – ist dieser Prozess doch zentral, um innerhalb des UNFCCC-Prozess auf eine Erhöhung der Ambition hinzuwirken. Neben diesen Themen gibt es noch weitere Verhandlungsbaustellen. Es ist auch zu erwarten, dass die Großthemen der unsicheren Zukunft des Kyoto-Protokolls und der Klimafinanzierung auch in Bonn eine zentrale Rolle einnehmen werden.

Weitere Schritte bis Durban

Im Herbst wird es noch eine weitere Verhandlungsrunde vor Durban geben, deren konkretes Datum und Ort noch nicht festgelegt sind. Auch wenn es wichtig ist, dass hier in Bonn bereits möglichst große Fortschritte bei den verschiedenen Einzelbaustellen erreicht werden, wird es dann besser abzuschätzen sein, welche Entscheidungen man in Durban wirklich erwarten kann und wie inhaltlich produktiv diese dann sein werden. Im weiteren Verlauf des Jahres wird auch eine Rolle spielen, welche Impulse durch andere Prozesse kommen. Für den Bereich Klimafinanzierung, insbesondere die Einführung innovativer Finanzierungsquellen, liegen derzeit die größten Hoffnungen im G20-Prozess. Die 30 Prozent-Debatte in der EU ist ein weiterer wichtiger Aspekt.

Klar ist, dass es auf der operativen Ebene wichtig ist, die Beschlüsse von Cancún nun zu operationalisieren, um die konkrete institutionelle und finanzielle Unterstützung für die Entwicklungsländer im UNFCCC-Rahmen zu verstärken, selbst wenn es keine oder nur geringe Fortschritte bei den Großbaustellen wie Kyoto, globale langfristige Ziele und mehr Klimaschutzambition in den Industrieländern gibt. Doch ohne letztere gleicht der Kampf der Weltgemeinschaft gegen den Klimawandel dem Versuch einer Schnecke, vor einem Wirbelsturm davonzulaufen.



Sven Harmeling

Der Autor ist Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch und verfolgt seit Jahren die Klimaverhandlungen, insbesondere in den Bereichen Anpassung und Klimafinanzierung.

Foto: Gunnar Boye Olesen

IRENA-Mitarbeiter bei der ersten Vollversammlung in Abu Dhabi.

IRENA - Die neue Weltorganisation für Erneuerbare Energien nimmt Gestalt an

Seit der Gründungsversammlung in Bonn im Januar 2009 hat IRENA immer mehr an Popularität gewonnen: 149 Länder haben die Satzung unterzeichnet, davon haben 69 sie ratifiziert und sind daher offizielle Mitglieder. Vom 4. bis 5. April fand die erste Vollversammlung der Mitgliedstaaten der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (International Renewable Energy Agency, IRENA) statt. Dort wurden Entscheidungen über den Sitz der Organisation, ihren Generalsekretär und ihr erstes Arbeitsprogramm getroffen.

Wie bereits erwartet, wurde Abu Dhabi (in den Vereinigten Arabischen Emiraten) Gastgeberland für den Hauptsitz der Organisation. Die Zentrale wird durch ein zusätzliches technisches Zentrum unterstützt, das im September dieses Jahres in Bonn eröffnet wird. Auf das ursprünglich geplante Verbindungsbüro in Wien wird zumindest zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet. Generalsekretär von IRENA wurde Adnin Amin, ein UN-Diplomat kenianischer Herkunft.

Der am intensivsten diskutierte Tagesordnungspunkt der Vollversammlung war die Wahl eines aus 21 Ländern bestehenden IRENA-Rats. Deutschland, Dänemark, Spanien, Polen und Frankreich wurden für eine zweijährige Amtsperiode gewählt, während sich Luxemburg und Schweden im ersten Zwei-Jahreszeitraum einen Sitz teilen.

IRENA kann mit dem Arbeitsprogramm beginnen

IRENA kann jetzt ihre Arbeit aufnehmen und die Länder der Welt bei einer verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien unterstützen. Das auf der Vollversammlung verabschiedete Arbeitsprogramm ist sehr ambitioniert. Geplant sind unter anderem „Wissensmanagement und Zusammenarbeit im Technologiebereich", mit einer globalen Systematisierung des Wissens über erneuerbare Energien und Plattformen für Experten.

Die internationale Organisation für Erneuerbare Energien, IRENA, hat es sich zum Ziel gesetzt Erneuerbare Energien weltweit nachhaltig zu fördern und zu nutzen. IRENA versteht sich als Plattform, die Staaten berät und unterstützt und sich mit bestehenden Organisationen, die zu erneuerbaren Energien arbeiten vernetzt. Sie wurde 2009 gegründet und mittlerweile haben 149 Staaten das Gründungsstatut unterzeichnet.

„Dienstleistungen zur Politikberatung und zum Aufbau von Kapazitäten" unter besonderer Berücksichtigung politischer Maßnahmen, die zu Fortschritten im Bereich der erneuerbaren Energien führen und regionale, strategische Analysen für die verschiedenen Regionen der Welt, sowie ein Instrumentarium für Innovationen.

Derzeit arbeiten etwa 40 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei IRENA, von denen viele nur befristete Arbeitsverträge haben. Das Personal in Abu Dhabi soll auf etwa 80 Mitarbeiter aufgestockt werden, mit weiteren 10 bis 15 Personen im technischen Zentrum in Bonn. Mit einer solchen Verstärkung des Mitarbeiterstabs wird IRENA in der Lage sein, nach den Vorbereitungsarbeiten nun mit der eigentlichen Arbeit zu beginnen.

Die NRO sollten sich stärker beteiligen

Auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien 2004 in Bonn gab es eine starke NRO-Beteiligung. Die NRO zeigten jedoch nur mäßiges Interesse an der Entwicklung von IRENA. Auf der ersten Vollversammlung, die immerhin ein historisches Ereignis ist, waren nur Greenpeace und INFORSE vertreten. Der einzige NRO-Beitrag war eine kurze Stellungnahme von mir gegen Ende des Spitzentreffens. Sowohl Greenpeace als auch INFORSE erhielten auf der Versammlung Beobachterstatus. Einige Industrieverbände waren aktiver als die NRO, so zum Beispiel der Weltverband Windenergie (World Wind Energy Association, WWEA).

Es ist zu hoffen, dass die NRO in den nächsten Phasen von IRENA aktiver in Erscheinung treten. Es ist wichtig, dass die Belange der NRO bei der Arbeit von IRENA berücksichtigt werden und dass die nationalen NRO beteiligt werden, wenn IRENA nationale Empfehlungen und Konzepte erarbeitet. IRENA muss die umweltverträglichen erneuerbaren Energien unterstützen und gleichzeitig Bedenken gegen nicht-nachhaltige Lösungen, wie zum Beispiel große Teile der flüssigen Biotreibstoff-Produktion und viele große Staudammprojekte, erheben.

Die nächste Vollversammlung wird im Januar 2012 in Abu Dhabi stattfinden, parallel zum großen Weltenergiegipfel (World Future Energy Summit) in Abu Dhabi. Für die Teilnahme ist die vorherige Registrierung und die Zuerkennung des Beobachterstatus' erforderlich. Eine andere Möglichkeit besteht darin, über direkten Kontakt zum IRENA-Personal Kontakte zu knüpfen.

Gunnar Boye Olesen

Der Autor ist Koordinator von INFORSE, International Network for Sustainable Energy, einem Netzwerk von 180 NRO, die zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz arbeiten.

Weitere Informationen zu IRENA auf www.irena.org

Chronologie der Gründung von IRENA

Vor 2002:	Auf der UN-Konferenz über erneuerbare Energien im Jahr 1981 wurde die Gründung einer internationalen Organisation für erneuerbare Energien vorgeschlagen. Die USA und andere Länder legten jedoch bei der Vorbereitung der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 ihr Veto dagegen ein.
2002:	Gegen Ende der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2002 in Südafrika lud Deutschland (Bundeskanzler Schröder) zu einer internationalen Konferenz über erneuerbare Energien ein.
2004:	Die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien wird in Bonn organisiert. In der Folge werden Hermann Scheer und ein deutsches Diplomatenteam damit beauftragt, um Unterstützung für IRENA zu werben.
2008	Eine ausreichende Anzahl von Ländern unterstützt die Durchführung des ersten Treffens eines Vorbereitungskomitees für IRENA im April in Berlin.
Januar 2009:	Gründungstreffen von IRENA, 75 Länder unterzeichnen die Satzung.
Juni 2009:	Nach starken diplomatischen Bemühungen seitens Abu Dhabis schlagen die Länder auf dem zweiten Vorbereitungstreffen Abu Dhabi als Sitz von IRENA und als Generalsekretärin die Französin Helene Pelosse vor. Deutschland wird Gastland für ein technisches Zentrum in Bonn, das von Deutschland finanziert wird. Mit der Einrichtung des Hauptsitzes wird begonnen.
Juli 2010:	25 Länder haben die Satzung ratifiziert, und die erste Vollversammlung kann einberufen werden, um IRENA förmlich als internationale Organisation zu etablieren.
November 2010:	Nach Helene Pelosse wird der kenianische UN-Diplomat Adnan Amin IRENA-Generalsekretär
2011:	Erste Vollversammlung, 4.–5. April.

Deregulierung des Saatgutrechts der EU – für die Industrie oder für die Biologische Vielfalt?

Den Saatgutmarkt in der Europäischen Union betreffen Dutzende von Richtlinien; ein wichtiges Ziel war bisher der Verbraucherschutz – gemeint sind die Landwirte. "Better regulation" soll den Durchblick schaffen und entbürokratisieren. Wer profitiert?

Ein erster Entwurf der Kommission liegt nun für das Saatgutverkehrsrecht vor. 2009 hatte eine der Saatgutindustrie nahestehende Consultingfirma eine Evaluierung durchgeführt. Schon da war klar: Die europäische Saatgutindustrie stellt weitreichende Forderungen nach Erleichterungen bei den Prüfverfahren für den Sortenschutz. Fünf der zehn weltgrößten Firmen (darunter die Bayer AG und die KWS) sitzen in der EU, ihre Marktmacht wächst. Anders als die nordamerikanischen Unternehmen (zum Beispiel Monsanto) treiben sie wohl mehr Lizenzgebühren über Sortenschutzrechte als über Patente ein. Ihnen sind die beiden getrennten, aber in Teilen ähnlichen, Prüfverfahren für Marktzulassung und Sortenschutz ein Dorn im Auge. Verschiedene Optionen in einem Vorschlag der EU-Kommission entwerfen Varianten, bei denen die Verfahren zusammengelegt und teilweise von der Industrie, nicht mehr durch Behörden, durchgeführt werden sollen..

Züchtung samenfester Sorten für den Bioanbau

Im Biosektor wächst seit kurzem die Züchtung von dafür geeigneten Sorten; man möchte wieder mehr samenfeste (nicht hybridisierte) Sorten auf den Markt bringen. Vor diesem Hintergrund gibt es auch Forderungen nach Abschaffung beziehungsweise Begrenzung des Sortenschutzes. Für den Biomarkt müssen außerdem die engen Anforderungen an Homogenität und Stabilität gelockert werden, denn im Bioanbau ist eine breitere genetische Vielfalt innerhalb einer Sorte essentiell, selbst wenn ein Teil des Biogemüse-Anbaues auf konventionellen Sorten beruht. Die Pflanzen müssen sich ohne Chemie an unterschiedliche Böden, Wasserversorgung, Schädlings- oder Krankheitsdruck anpassen können.

Die Erhalterinitiativen lehnen die für die Sortenvielfalt erst kürzlich neu eingeführte Bürokratie ab. Für sie ist eine Zulassung für jede einzelne Sorte, die meist nur kleine Märkte bedienen würde, absurd. Selbst wenn die Gebühren niedrig und Verfahren vereinfacht sind, kostet der Bürokratieaufwand enorm viel Zeit, die wiederum von der Erhaltung abgeht. Für Ackerkulturen gibt es außerdem Mengenbeschränkungen – eine Garantie für die Saatgutindustrie auf einen 90 prozentigen Marktanteil. Inakzeptabel sind auch die Regelungen, jede Sorte einer Ursprungsregion zuzuordnen, und sie über viele Jahre „stabil" zu erhalten. Sorten müssen sich anpassen und dementsprechend verändern, und die große Mehrheit der landwirtschaftlichen Arten und Sorten sind über viele menschliche Besiedelungsgebiete verteilt worden, seit der Mensch Ackerbau betreibt.

Die Erhalterorganisationen und ihre Mitglieder, die die größte Sortenvielfalt verbreiten, wollen ihr Saatgut nicht nur gegen Spende abgeben, sondern auch verkaufen können. Sowohl über Internet als auch auf Märkten und Tauschbörsen geben sie ihre Sorten direkt an die Anbauer weiter. Die verschiedenen EU-Richtlinien, die den Saatgutverkehr regeln, definieren als „Inverkehrbringen" die Abgabe von Saatgut zu kommerziellen Zwecken. Im Umkehrschluss müsste ein Abgeben, auch ein Verkaufen für den rein privaten Anbau, erlaubt sein. Diese Richtlinien wurden jedoch in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich und oft nicht eindeutig umgesetzt, so dass viele von einer rechtlichen Grauzone gesprochen haben.

Eine Erleichterung beim Sortenschutz muss klipp und klar abgelehnt werden. Vor allem die Namen alter Sorten dürfen nicht Gegenstand geistiger Eigentumsrechte werden. Wer eine alte Sorte auch nur zur Zulassung bringt, sollte dies nur mit der Einschränkung auf die Linie tun dürfen, zum Beispiel Tomate Ochsenherz, Linie „Name des Unternehmens", damit auch andere Züchter die Sorte nach ihrer Vorstellung entwickeln können.

EU-Saatgutrecht muss Umweltaspekte stärker berücksichtigen

Ein reformiertes EU-Saatgutrecht müsste, wenn biologische Vielfalt wirklich gefördert werden soll, neue Elemente enthalten. Als Verbraucher, die geschützt werden sollen, dürfen nicht länger die konventionellen Landwirte bevorzugt werden. Neben den Pflanzengesundheitsaspekten müssten Umweltaspekte viel stärker zum Tragen kommen. Saatgut für den konventionellen Anbau ist oft abhängig von Chemieeinsatz – darauf haben die fünf Chemiegiganten, denen die Hälfte der weltgrößten zehn Saatgutunternehmen gehört, seit Jahrzehnten hingearbeitet. Nicht nur Pflanzengesundheit und Verbraucherschutz, sondern auch der Schutz der Umwelt vor solchen Sorten müsste gewährleistet werden. Auch gentechnisch veränderte Organismen würden sich dann leichter aus der EU heraushalten lassen.

Kürzlich wurde eine europäische Koordination von Erhalterorganisationen beschlossen; Sie treffen sich seit einigen Jahren regelmäßig als „Let's liberate diversity" auf europäischer Ebene.

Susanne Gura

Die Autorin ist Erste Vorsitzende des Vereins zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt und im Vorstand des Dachverbands Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt.

Themen & AGs

Energieholz – eine Therapie gegen den Klimawandel?

Die Debatte um den Einsatz von Bioenergie geht weiter. Noch lassen sich die ersten Erfahrungen mit der Zertifizierung von Biokraftstoffen schwer einschätzen, zumal in Europa bislang nur ein kleiner Bruchteil davon die verbesserungswürdigen Kriterien erfüllen muss.

Immerhin bemühen sich nun auch Unternehmen aus dem Nahrungsmittelsektor um die Beschaffung nachhaltigerer Rohstoffe (vor allem Palmöl), so dass bald für ein weiteres großes Verwendungsgebiet gewisse Nachhaltigkeitskriterien gelten dürften. Ob sich dadurch Schäden an Umwelt und soziale Verwerfungen entscheidend eindämmen lassen, bleibt abzuwarten.

Nachhaltigkeitskriterien für feste Biomasse?

Mit den Gesetzen zu Biokraftstoffquoten und Erneuerbaren Energien (EEG) hat der Gesetzgeber die Möglichkeit, Vorschriften über die Qualität und Herstellungsweise von Bioenergieträgern zu erlassen. Der Geltungsbereich der Nachhaltigkeitsverordnungen auf europäischer und deutscher Ebene beschränkt sich bisher aber nur auf flüssige Biomasse, die ja am schärfsten kritisiert wird (Palmöl, Ethanol). Bei der festen Biomasse sind solche Kriterien noch nicht vorgeschrieben, obwohl diese in viel größeren Mengen zur Energieerzeugung beitragen als Biokraftstoffe. Darum wird zurzeit in Europa darüber diskutiert, ob auch für feste Biomasse Nachhaltigkeitskriterien eingeführt werden sollen.

Es sprechen einige Gründe dafür, die Holzverbrennung stärker zu reglementieren. Schon heute wird in Deutschland ein Viertel des gesamten Holzaufkommens direkt verheizt genutzt, und fast noch einmal so viel wird nach Gebrauch energetisch genutzt (Altholz, Verarbeitungsreste und andere). Der absehbare Holzmangel bringt nicht nur andere Holzverwender in Nöte, sondern sorgt auch für weiteren Druck auf die Wälder. Schon seit Jahren steigt der Holzeinschlag in Deutschland und die Importe dürften ebenfalls zunehmen, was wiederum den Raubbau in Wäldern anderer Regionen fördern wird. Nachhaltig ist das nicht. Ein weiteres Argument, Nachhaltigkeitskriterien für den Energieholzeinsatz einzuführen, könnte der Nationale Aktionsplan für Erneuerbare Energien sein, in dem auch Ausbauziele für feste Biomasse vorgegeben werden. Und dann ist da noch der Klimaschutzbeitrag von Energieholz, über den es sich trefflich streiten lässt, denn im Vergleich zu vielen stofflichen Nutzungspfaden schneidet es schlechter ab. Bau- und Möbelholz lassen sich ja recyceln und am Ende ihrer Gebrauchszeit energetisch nutzen („Kaskadennutzung").

Frischholz als „Reststoff"

Für einen Teil der Energieholznutzung gelten übrigens heute schon die Kriterien der Nachhaltigkeitsverordnung Biomassestrom. In Deutschland haben sechs Zellstofffabriken einen Anspruch für eine Vergütung ihrer Stromeinspeisung nach dem EEG. Darunter auch das größte deutsche Biomassekraftwerk, die ZS Stendal, die in ihrem Werk bei Arneburg jährlich drei Millionen Festmeter Holz zu Zellstoff verarbeitet[1]. Ein Kubikmeter Holz besteht ja nur zur Hälfte aus Zellstofffasern, die nicht nur dem Holz seine Zugfestigkeit verleihen, sondern auch für die Papiereigenschaften wichtig sind. Die andere Hälfte besteht vor allem aus Lignin (Holzstoff), das wie eine Art Füllstoff und Kleber wirkt, bei der Papierherstellung aber unerwünscht ist, weil es das Papier vergilben lässt („holzfreies Papier" ist ja nur holzstofffreies Papier). Das Lignin wird verbrannt. Die Wärme und ein Teil des erzeugten Stroms werden für die Energieversorgung der Zellstofffabrik genutzt. Der andere Teil wird ins Netz eingespeist und dies wird nach dem EEG vergütet. Weil das Lignin nach der Trennung vom Zellstoff als sogenannte Ablauge oder Schwarzlauge vorliegt und – das ist der entscheidende Punkt – beim Eintritt in die Brennkammer flüssig ist, müssen die Kriterien der Nachhaltigkeitsverordnung für Biomassestrom erfüllt sein. Das Problem ist aber, dass diese Ablauge im Sinne der BioSt-NachV als Reststoff aus der Zellstoffherstellung gilt und demnach im Vorfeld keine Emissionen verursacht. Dabei ist es unerheblich, woher das Holz stammt und auf welche Weise es erzeugt wurde.

Kriterien der Nachhaltigkeitsverordnungen für Holz geeignet?

Die Europäische Kommission spricht sich zurzeit noch gegen verbindliche Kriterien aus und empfiehlt den Mitgliedsstaaten, eigene Nachhaltigkeitsregelungen vor allem für Importe zu entwickeln. Ende 2011 soll dann darüber berichtet werden, ob diese die Nachhaltigkeit ausreichend sicherstellen, und ob dadurch das Erreichen der Ausbauziele und der Handel behindert werden.

Da liegt es nahe, die bereits vorhandenen Nachhaltigkeitsverordnungen als Grundlage für die Kriterien bei der festen Biomasse heranzuziehen. Treibhausgaseinsparungen gegenüber einem fossilen Energiemix sollten mindestens 70 Prozent betragen. Dies ist bei flüssigen Biokraftstoffen ab dem Jahre 2018 sowieso vorgeschrieben und die meisten Anlagen werden ohnehin länger laufen. Schutzgebiete, Feuchtgebiete und andere kohlenstoffreiche Flächen wären auch ausgeschlossen. Problematisch würde es aber werden, wenn bei der Forstwirtschaft analog zur Cross Compliance im Agrarsektor nur die Einhaltung der vorhandenen Gesetze ausreichen würde, damit das so erzeugte Holz als nachhaltig und damit unbedenklich gilt. Denn es gibt in Europa keine einheitlichen Waldbewirtschaftungsstandards, und die aktuelle Forstpraxis verhindert ja nicht, dass etwa die Biodiversität weiter gefährdet wird. Und in Deutschland wehren sich Waldbesitzer und Forstwirtschaftsverbände

Foto: Burkhard Vogel / BUND Thüringen

Biotopbäume sind Mangelware im Wald und tabu!

seit Jahren gegen die Festschreibung einer guten Fachlichen Praxis. Ohnehin ist das hier Ländersache, und so lassen sich die Standards auch innerhalb Deutschlands weder vergleichen, noch ist ihre Umsetzung streng vorgeschrieben. Wäre es so, wäre die Forstzertifizierung nach PEFC völlig überflüssig, denn hier wird kaum mehr als die Einhaltung der geltenden Regeln bescheinigt.

Energieholz – nachwachsender Rohstoff mit begrenztem Potential

In Deutschland hat das EEG dafür gesorgt, dass der Anteil von Holz an der Energieversorgung deutlich angestiegen ist. So wurden Biomasseheizkraftwerke mit öffentlichen Mitteln gefördert und der Kauf von Holzöfen subventioniert, so dass sich inzwischen eine ganze Branche darauf spezialisieren und daran wachsen konnte. Im Bereich Energieholznutzung (Waldrestholz, Sägenebenprodukte, Altholz und anderen) ist die Höhe der installierten elektrischen Leistung zwischen 2000 und 2009 um das Zehnfache auf 1.210 MWel gestiegen. Größere Anlagen werden kaum noch gebaut, zumal der Altholzmarkt bereits leergefegt ist. Darum soll die Verbrennung von Altholz nicht mehr gefördert werden. Holz ist inzwischen so knapp, dass für 2020 allein in Deutschland ein jährlicher Mangel von mehr als 30 Millionen Kubikmetern erwartet wird (in Europa soll diese „Deckungslücke" bei über 400 Millionen Kubikmeter liegen). Um Holzsortimente, die jahrzehntelang im Wald bleiben mussten, weil sich die Aufarbeitung und Transport nicht lohnten, konkurrieren heute Spanplattenhersteller, Papierfabrikanten und Biomassekraftwerke. Und weil es sich lohnt, wird immer mehr Holz aus dem Wald geholt. Sogar Äste, Reisig, Blätter und Wurzelstöcke und leider auch hohle Bäume dürfen vielerorts nicht mehr im Wald verrotten. Dort aber könnten sie zahllosen Arten als Nahrungsgrundlage und Lebensraum dienen und den Boden fruchtbar und durchlässig erhalten.

Marktwirtschaft? Angebot und Nachfrage?

Mit der geplanten EEG Novelle soll die Stromerzeugung von Waldfrischholz zwar etwas abgesenkt werden, doch für größere Anlagen ist sogar eine höhere Vergütung für sogenanntes Waldrestholz geplant. Zwar sollen Äste und Reisig unter Sieben Zentimeter Durchmesser davon ausgenommen werden, um diese nährstoffreichen Pflanzenteile im Wald zu belassen. Doch in der Praxis findet man die Sortimente gemischt in großen Reisigbündeln vor. So beklagt etwa die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher die einseitige Förderung der energetischen Holznutzung, die bestehende Nutzungskonkurrenzen verschärft. Begrüßt wird die Abschaffung der Vergütung von Altholz, abgelehnt wird die Vergütung von Stromerzeugung aus Wald- und Waldrestholz.[2] Die Bundestagsfraktionen der Grünen und der SPD sprechen sich im Wesentlichen auch dafür aus, die Vergütung wenigstens deutlich zu verringern.

Nicht nur aus Umweltsicht ist es schwer zu verstehen, warum man den Verbrauch eines knappen Gutes mit Steuergeldern fördern sollte. Auch die viel beschworene Kaskadennutzung wird Makulatur, wenn so viel Holz verbrannt wird. Unseren Wäldern würden höhere Holzvorräte gut tun, viel Biomasse wird für den Schutz der Biodiversität und für die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit benötigt. Die Ausweitung der Schutzgebiete im Wald auf 5 Prozent der Fläche wird ebenfalls eine leichte Verknappung des Holzangebotes bewirken. Wenn wir stattdessen nicht Wälder in Skandinavien, Nordamerika und in anderen Regionen plündern wollen, bleibt nur eine Möglichkeit: Energie sparen, Papier sparen, Rohstoffverbrauch reduzieren und den nachwachsenden Rohstoff nur dann verbrennen, wenn es keine bessere Verwertungsmöglichkeit gibt. Und für die Hölzer, die verbrannt werden, müssen europaweite, einheitliche und verbindliche Nachhaltigkeitsstandards geschaffen werden, damit aus der Energiewende nicht ein neues Umweltdesaster wird.

László Maraz

Der Autor ist Koordinator der AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung und war Koordinator der Plattform nachhaltige Biomasse.

1 *http://www.zellstoff-stendal.de/NumbersAndFacts.aspx*
2 *http://www.rohholzverbraucher.de/sites/aktuelles_aktuelle_nachrichten.php?id=292*

Was unterscheidet eine Green Economy von einer Green-washed-Economy?

Das Forum Umwelt und Entwicklung stellt sein neues Projekt „Auf dem Weg nach Rio+20: eine zivilgesellschaftliche Begleitung mit besonderem Schwerpunkt auf Green Economy, Low Carbon Economy und biologische Vielfalt" vor.

Der für 2012 geplante Rio-Nachfolgegipfel UNCSD (United Nations Conference on Sustainable Development), häufig auch als Rio+20-Gipfel bekannt, wird nach Rio 1992, New York 1997 und Johannesburg 2002 zum vierten Mal Staats- und Regierungschefs zu einem Nachhaltigkeits-Gipfel versammeln. Die in Rio 1992 beschlossene »Agenda für das 21. Jahrhundert«, kurz Agenda 21, ist trotz zahlreicher Teilfortschritte zum Großteil ein unerfülltes Versprechen der Regierungen geblieben. Auch wenn eine neuerliche Überprüfung der Umsetzung der Agenda 21 sowie auch des »Johannesburg Plan of Implementation« von 2002 sicherlich ein wichtiges Ergebnis des Gipfels wäre – die dringend erforderliche neue Dynamik, die für eine tatsächliche Umsetzung nachhaltiger Entwicklung notwendig ist, lässt sich so nicht erzeugen. Es ist daher zu begrüßen, dass die Vereinten Nationen beschlossen haben, die UNCSD unter das zentrale Thema »Green Economy« zu stellen. Das Festhalten an überholten, nicht nachhaltigen Wirtschaftskonzepten wird immer wieder als zentrale Ursache dafür kritisiert, dass Nachhaltige Entwicklung in Reden und Beschlüssen zwar gefordert, aber in der Praxis entwicklungs- und umweltpolitische Fragen das Nachsehen haben.

Aus zivilgesellschaftlicher Sicht ist es daher von zentraler Bedeutung, sich dem Thema Green Economy schon im Vorfeld der Konferenz anzunehmen, klare Anforderungen an eine wirklich nachhaltige Wirtschaftsweise zu definieren und zukunftsfähige wirtschaftspolitische Konzepte zu stärken. Zur Zeit ist die Green Economy als Leitmotiv der Rio+20-Konferenz nur ein je nach Interessenslage definierter Begriff und die Gefahr besteht, dass eine Green-washed Economy beschlossen wird, die alten Wein in neuen Schläuchen verkauft.

Jenseits auch eines „grünen" Wachstums?

Eine Green Economy wird über das traditionelle, auch eines „grünen" Wachstumsparadigma hinausweisen müssen. Im Zeitalter von zunehmender Rohstoffkonkurrenz und beginnenden Klimawandels kann Wohlstand nicht daran gemessen werden, immer mehr zu verbrauchen, sondern daran, mit immer weniger Rohstoffen und Energie einen auskömmlichen Wohlstand für möglichst viele Menschen, nicht nur in Deutschland, sicherstellen zu können. Ein Paradigmenwechsel in Richtung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Sozial- und Wirtschaftsordnung ist heute nicht mehr nur eine abstrakte Notwendigkeit, die in der Tagespolitik keine Rolle spielt, sondern muss konkret angegangen werden. Sollen die Treibhausgasemissionen bis 2050 tatsächlich um über 90 Prozent gesenkt werden, wird dies weitreichende Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft haben. Mit einer linearen Fortsetzung der bisherigen Politik wird dieses Ziel nicht erreicht werden. Akzeptanz für die dafür notwendigen Veränderungen und sich daraus ergebenden Umbrüche braucht eine breite politische und gesellschaftliche Debatte in Deutschland. Der Rio+20-Gipfel und der Weg dahin ist ein wichtiger Meilenstein zu einer Nachhaltigen Entwicklung, den wir mit unserem Projekt begleiten werden.

Strategien zur konkreten Umsetzung erforderlich

Aufgabe des Projekts ist es, im Dialog den zivilgesellschaftlichen Diskurs in Deutschland über die Wege zu einer »Green Economy« voranzutreiben. Besonderer Focus soll dabei einerseits auf die Positionsbestimmung einer »Low Carbon Economy« gelegt werden und andererseits auf die Rolle des Schutzes und der nachhaltigen Nutzung der Biodiversität in einer Green / Low Carbon Economy. Low Carbon Economy (LCE) ist heute ebenso wie »Green Economy« nur ein unbestimmter Begriff, den es politisch zu definieren gilt. Das Projekt will versuchen, genauere Begriffsbestimmungen aus Sicht deutscher NGOs für »Low Carbon Economy« und »Green Economy« zu erreichen. Dazu wird es eine Reihe von interdisziplinären Workshops geben. Durch einen breiter angelegten Kongress am Ende des Jahres und einen Beitrag zum McPlanet-Kongress werden die Debatten weitergeführt und verankert. Das Projekt will einen Beitrag leisten, damit als Resultat der Rio-Konferenz nicht nur abstrakte langfristige Zielsetzungen beschlossen werden, sondern auch Strategien und kurzfristige Schritte dorthin auf die Tagesordnung kommen.

Konkrete Daten zum Vormerken (vorläufige Arbeitstitel):

28. Juni 2011 in Berlin,
Workshop: „Energiewende jetzt. Low Carbon Economy ist möglich"

15. September 2011 in Berlin,
Workshop: „Wie viel (Green) Economy verträgt die Biosphäre?"

20. Oktober 2011 in Berlin,
Workshop: „Weichenstellungen für eine ressourcenschonende, kohlenstoffarme und armutsorientierte Entwicklungszusammenarbeit"

9. November 2011 in Berlin,
Workshop: „Was kann Landwirtschaft zur Green Economy beitragen?"

Kathrin Blaufuss und Claudia Kabel

Die Autorinnen koordinieren das Projekt „Auf dem Weg nach Rio+20: eine zivilgesellschaftliche Begleitung mit besonderem Schwerpunkt auf Green Economy, Low Carbon Economy und biologische Vielfalt" beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Müllkippe Meer

Wie Plastik unsere Ozeane verschmutzt

Plastikabfall ist zu einer ernsten Gefahr für die Meere geworden. Riesige Müllstrudel treiben durch die Ozeane. Zahllose Meerestiere verfangen sich in alten Netzen oder Leinen, fressen Plastik, ersticken daran oder verhungern mit vollem Magen. Und längst fluten mikroskopisch kleine Plastikpartikel das endlose marine Nahrungsnetz. Ertrinkt unser blauer Planet bald in einem Meer aus Müll?

Foto: NABU / N. Schmell

NABU-Reinigungsaktion Fehmarn 2010: Im Naturschutzgebiet „Krummsteert" sammelten 27 Aktive 270 kg Müll, ein Viertel davon Plastik.

Nach Schätzungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) landen jedes Jahr mehr als 6,4 Millionen Tonnen Müll im Meer, bis zu 80 Prozent stammen von Land[1]. Abfälle aus der Seeschifffahrt und Fischerei führen dazu, dass wir selbst in den entlegensten Meeresregionen die Überreste unserer Zivilisation finden. Hydrografische Wirbel konzentrieren die Abfälle in riesigen Müllstrudeln. Deren bekanntester Vertreter, der „Global Pacific Garbage Patch" im Nordpazifik hat inzwischen die Größe Mitteleuropas erreicht. Dabei ist das, was wir sehen, nur die Spitze des Eisbergs. 70 Prozent der Abfälle sammeln sich am Meeresboden, nur 15 Prozent treiben an der Wasseroberfläche und 15 Prozent werden irgendwann an die Küsten gespült.

Plastik und seine tödlichen Folgen

Die Auswirkungen von Plastik auf die Meeresumwelt sind dramatisch. Über 260 marine Arten sind betroffen. Delfine und Fische verfangen sich in alten Netzen und ersticken jämmerlich. Seevögel und Schildkröten verwechseln Plastik mit ihrer natürlichen Nahrung, verhungern mit vollem Magen oder sterben an inneren Verletzungen. Kunststoff hat im Meer eine Haltbarkeit von bis zu 450 Jahren, nur langsam wird es durch Sonne, Salzwasser und Reibung zersetzt. Fische und Filtrierer wie Muscheln oder Korallen reichern die mikroskopisch kleinen Plastikpartikel im Verdauungssystem oder Körpergewebe an. Partikel mit der gefährlichen Eigenschaft, im Wasser gelöste Umweltgifte wie DDT oberflächlich anzureichern. Noch viel zu wenig wissen wir über die Wege des Mikroplastiks in dem endlos verzweigten marinen Nahrungsnetz. Und nur vermuten lässt sich, ob auch der Fisch auf unserem Teller längst ein Fisch aus Plastik ist.

Auch die Nord- und Ostsee sind betroffen

Wer denkt, dass Müll im Meer ein weit entferntes Problem ist, der irrt. Auch vor unserer Haustür, in der Nord- und Ostsee schreitet die Vermüllung unaufhaltsam voran. Geschätzte 20.000 Tonnen Abfälle landen jedes Jahr allein in der Nordsee. Und würden den Kommunen und Gemeinden nicht Millionen Euro in die regelmäßige Reinigung unserer Urlaubsstrände stecken, wäre unser Badeurlaub auf Sylt oder Fehmarn ein wahrhaft schmutziges Vergnügen.

Licht am Horizont?

Im Jahr 2008 hat Europa die EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie verabschiedet, die Umweltsäule der zukünftigen Meerespolitik[2]. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten Maßnahmen zu ergreifen, damit Abfälle im Meer bis 2020 „keine schädlichen Auswirkungen auf die Küsten- und Meeresumwelt" haben. Priorität hat jetzt die Entwicklung eines standardisierten Monitorings. Aber auch erste Maßnahmen, wie ein EU-weites Verbot von Plastiktüten, werden offen diskutiert.

Bereits seit Jahren befassen sich die Vereinten Nationen mit der Problematik. Im Frühjahr 2011 trafen sich auf ihre Einladung über 400 Teilnehmer zur „5th International Marine Debris Conference"[3] auf Hawaii. In Vorträgen und Workshops wurden wissenschaftliche Erkenntnisse und regionale Initiativen diskutiert. Und auch aus der Kunststoffindustrie kam das überfällige Signal, sich der Produzentenverantwortung stärker zu stellen. Mit der „Honolulu-Strategie" forderten die Teilnehmer der einwöchigen Konferenz eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und präsentierten den Entwurf einer globalen Strategie, um die Vermüllung der Ozeane bis 2030 zu stoppen.

Der Kampf gegen die Müllkippe Meer erfordert ein breites gesellschaftliches Engagement von Politik, Wissenschaft und Industrie, aber auch von gesellschaftlichen Verbänden und jedem Einzelnen. Denn offensichtlich ist: Beim Thema Müll im Meer fängt Meeresschutz zu Hause an, beim eigenen Konsumverhalten und einer effektiven Mülltrennung.

Der NABU hat 2010 das Projekt „Meere ohne Plastik" gestartet. Mit Informationsveranstaltungen, Reinigungs- und Monitoring-Aktionen kämpft er gegen die Müllflut in den Meeren. Im Zentrum steht die erstmalige Umsetzung einer „Fishing for Litter"-Initiative in Deutschland. Fischer an der deutschen Ostseeküste bringen Abfälle, die sich in Ihren Netzen verfangen, mit in den Hafen, wo eine umweltgerechte und kostenlose Abfallentsorgung bereit steht4.

Kim Cornelius Detloff

Der Autor ist Referent für Meeresschutz beim Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

1 *http://www.unep.org/regionalseas/marinelitter/publications/docs/anl_oview.pdf*
2 *http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:164:0019:0040:de:PDF*
3 *http://marinedebris.noaa.gov/projects/intlmdconf.html*
4 *www.NABU.de/plastikmuell*

REDDplus – Wie weiter nach Cancún?

REDDplus - Wald-Klimamechanismus als letzte Chance für die tropischen Wälder?

Im idyllisch gelegenen Bonn-Bad Godesberg, mit Blick auf den Rhein, trafen sich vom 31. Mai bis 1. Juni Vertreter deutscher Nichtregierungsorganisationen (NROs) aus den Bereichen Klima-, Biodiversitäts- und Waldschutz sowie Menschenrechte, um über den Stand der Debatte und die wichtigsten Anforderungen an den Klimaschutz-Mechanismus Reducing Emissions from Deforestation and Degradation (REDDplus) zu diskutieren.

Foto: Christian Schwarzer

NRO-Vertreter diskutieren auf dem REDDplus-Workshop in Bonn.

REDDplus beschreibt einen internationalen Mechanismus zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldschädigung in Entwicklungsländern unter der Klimarahmenkonvention. Durch REDDplus-Vorhaben soll dazu beigetragen werden, einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten, um die globale Erwärmung so weit wie möglich unterhalb der allgemein angenommenen kritischen Grenze von 2°C zu halten. REDDplus ist ein wichtiges Vorhaben, da Entwaldung in Entwicklungsländern für rund 20 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Neben ihrer Fähigkeit, Kohlenstoff zu speichern und somit der Erderwärmung entgegenzuwirken, spielen Waldökosysteme auch eine wichtige Rolle für weitere klimatische Prozesse (zum Beispiel Pufferung von Extremtemperaturen oder Recycling von Niederschlägen). Waldökosysteme sind zudem oft Orte großer Artenvielfalt, und beherbergen einen großen Anteil genetischer Ressourcen auf der Erde.

Auf der Klimarahmenkonvention in Cancún im Dezember 2010 wurde erstmals ein Maßnahmenpaket zum Regenwaldschutz in Entwicklungsländern geschlossen1, das sowohl Anreize, als auch Verpflichtungen für Industrie- und Entwicklungsländer umfasst. Die Entscheidung zu REDDplus formuliert das Ziel, die Entwaldungsrate und den Verlust der Kohlenstoffvorräte in Wäldern schrittweise zu stoppen und rückgängig zu machen. Der Text enthält unter anderem auch Schutzbestimmungen (sogenannte safeguards) für den Erhalt und die Förderung der Biodiversität, und die Berücksichtigung der Rechte indigener Völker und waldabhängiger Kommunen bei der Umsetzung von REDDplus-Aktivitäten.

NRO-Tagung: Stand der Verhandlungen und NRO-Positionierung

Nichtsdestotrotz bietet der Entscheidungstext von Cancún auch noch eine Reihe von Möglichkeiten zur Konkretisierung und Entwicklung von quantitativen Kriterien, die die Effektivität des REDDplus-Mechanismus für den Klima- und Biodiversitätsschutz sicherstellen. Diesbezüglich wurden Arbeitsaufträge an die Arbeitsgruppen der Klimarahmenkonvention erteilt, sich im Jahr 2011 unter anderem mit der Ausgestaltung von Informationssystemen zu Schutzbestimmungen (safeguards) und von Modalitäten und Richtlinien für nationale REDDplus-Strategien und Referenzlevel (reference levels) zu befassen sowie langfristige Finanzierungsoptionen für REDDplus-Vorhaben zu erkunden.

Die Tagung der NROs griff die drei Themenschwerpunkte der internationalen Agenda auf, und vertiefte sie am ersten Tag durch unterstützende Vorträge von Experten aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der Universität Freiburg und des Max-Planck-Instituts Jena.

Am zweiten Tag fanden sich die teilnehmenden NROs zu drei Arbeitsgruppen zu den Themen Schutzbestimmungen für Biodiversität und Menschenrechte, Finanzierung sowie Referenzlevel zusammen. Anhand der Leitfragen „Was wollen und fordern wir?“ und „Was sind Ausschlusskriterien?“ haben die NROs sich vorgenommen, das Positionspapier zu REDD aus dem Jahr 2009 zu überarbeiten, sowie Forderungen an die Verhandlungen unter der UNFCCC in diesem Jahr zu formulieren. In diesem Rahmen diskutierte die erste Arbeitsgruppe wie die Geldflüsse der zugesagten Finanzmittel für REDDplus ausgestaltet werden müssen, damit diese auch bei denjenigen ankommen, die am verwundbarsten auf Entwaldung reagieren – nämlich lokale Waldkommunen, Kleinbauern und Indigene. Die Gruppe mahnte an, dass finanzielle Anreize für REDDplus so ausgestaltet werden müssen, dass Industrieemissionen weiterhin und in Zukunft dras-

tisch reduziert werden. Die zweite Arbeitsgruppe befasste sich mit der Frage, wie die durch die Cancún-Entscheidung ausgewiesenen globalen Schutzbestimmungen für Biodiversität und Menschenrechte auf nationaler Ebene überprüfbar umgesetzt werden müssen. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass die frühzeitige Einbindung und Informierung der lokalen Waldbevölkerung Eckpfeiler eines effektiven Waldschutzes sind, dessen Nichteinhaltung in der Vergangenheit zu teilweise signifikanten Menschenrechtsverletzungen geführt hat. Unter Bezugnahme auf Biodiversität, betonten die Teilnehmer, dass der Schutz von Naturwäldern unter REDD Priorität haben muss und Gefahren wie die Umwandlung von (modifizierten) Naturwäldern in Monokulturen oder andere artenarme Landnutzungen verhindert werden muss.

Der Frage, wie Referenzwerte für Entwaldung beziehungsweise Emissionen aus Entwaldung gesetzt werden müssen, damit diese für alle Länder ambitionierte Ziele setzen, um die Entwaldungsrate zu reduzieren, und gleichzeitig REDD-Gelder zu erhalten, hat sich die dritte Gruppe angenommen. Kritisch wurde unter anderem diskutiert, wie Länder, die eine niedrige Entwaldungsrate in der Vergangenheit, aber ein hohes Vorkommen an Waldbeständen aufweisen, für dessen Erhalt belohnt werden können und inwiefern Referenzwerte diese Umstände berücksichtigen können und müssen.

Die nächsten Schritte

In den kommenden Wochen wird jetzt unter Einbindung aller beteiligten NROs, die Position aktualisiert sowie die Forderungen beziehungsweise Empfehlungen an den REDDplus-Prozess unter der UN-Klimarahmenkonvention 2011 formuliert.

Kristin Gerber, Hermine Kleymann

Kristin Gerber ist Referentin für Wald- und Klimaschutz (REDDplus) bei Germanwatch in Berlin. Hermine Kleymann arbeitet als Referentin für REDD-Politik für den WWF Deutschland in Berlin.

UN-Women – ein frauenpolitischer Neuanfang bei den UN

Seit dem 1. Januar 2011 hat die UNO eine neue Tochterorganisation: „UN Women". Mit der früheren chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet als Direktorin besteht Hoffnung, dass die Frauen- und Geschlechterpolitik bei den UN durch die neue Organisation wieder die Bedeutung und Aufmerksamkeit gewinnt, die sie in den letzten Jahren verloren hat.

Lange schon herrschte in der internationalen Zivilgesellschaft, aber auch bei den Vereinten Nationen selbst, Unzufriedenheit über die geringe Durchsetzungskraft und Unterfinanzierung der alten Architektur für Geschlechtergleichheit (GEAR) bei den UN. Sie bestand aus vier separaten Institutionen: UNIFEM, dem Entwicklungsfonds für Frauen, der Abteilung für Frauenförderung beim UN-Sekretariat (DAW), dem Büro der Sonderberaterin für Genderfragen und Frauen-Empowerment (OSAGI) und dem Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstitut für Frauenförderung (INSTRAW). Mehr als 400 NGOs und Frauennetzwerke forderten in einer jahrelangen GEAR-Kampagne die Zusammenlegung der vier Einzelorganisationen, um Kräfte zu bündeln und Synergien zu erzeugen.

Im Juli 2010 bestätigte die UN-Generalversammlung die Gründung von „UN Women" als Teil der UN-Reform, die eine größere Kohärenz innerhalb der UNO herstellen soll. Für die Übergangsphase steht der neuen Organisation ein Budget von 51 Millionen US Dollar zur Verfügung. Ob sie danach – wie von UN-Chef Ban Ki-Moon vorgeschlagen – jährlich 500 Millionen Dollar erhalten wird, ist ungewiss. Das wäre mehr als das doppelte Budget der früheren vier UN-Gender-Organisationen, aber nicht einmal zwei Prozent des jährlichen UN-Haushalts von 27 Milliarden Dollar. Die NGO-GEAR-Kampagne hatte eine Milliarde US-Dollar für die Aufbauphase gefordert, um eine funktionsfähige Ausstattung zu gewährleisten. Die Organisation soll in sechs regionalen UN-Zentren und in 80 Staaten die bestehenden UNIFEM-Stellen übernehmen, und dort mit 760 UN-MitarbeiterInnen und weiteren 600 lokalen Kräften arbeiten.

„UN Women" handelt zweigleisig:

Zum einen soll sie auf der normativen Ebene die Formulierung von Geschlechterpolitik bei den UN unterstützen, und das Ziel der Geschlechtergleichheit in allen Abteilungen des UN-Systems im Menschenrechtsrahmen absichern. Zum anderen soll sie auf der operativen Ebene einzelnen Staaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Umsetzung von Gleichstellung mit Expertise und Ressourcen helfen. Dazu stehen zwei Finanzierungstöpfe bereit: der Fonds für Geschlechtergleichheit, der dem wirtschaftlichen Empowerment und der politischen Partizipation von Frauen gewidmet ist, und der UN Treuhandfonds zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen.

Aktionsplan vorgestellt

Mit der ehemaligen chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet steht eine hochkalibrige und respektierte Politikerin an der Spitze der Organisation. Engagiert stellte sie im Januar einen Aktionsplan mit fünf Prioritäten für Frauen vor: 1) Ausdehnung der Teilhabe und Führungsrollen, 2) ein Ende der Gewalt gegen Frauen, 3) Beteiligung an Konfliktlösung, 4) Stärkung des ökonomischen Empowerments, und 5) Geschlechtergleichheit in Planung und Budgets. Bachelet weiß, dass Frauenpolitik kein Deckchensticken ist und reist derzeit um die Welt, um freiwillige Beiträge für „UN Women" locker zu machen. Dabei greift sie nicht nur ein breites Spektrum von Themen auf, von sozialer Sicherheit für MigrantInnen über Frauen in Businesszirkeln bis zu Gewalt gegen Frauen, sondern geht

auch auf zivilgesellschaftliche Kräfte zu, auf Frauen-NGOs ebenso wie Unternehmerinnen.

Wie weit Bachelet mit ihrem „Allesneu"-Schwung und ihrer politischen Professionalität in den vermachteten UN-Strukturen kommt, bleibt abzuwarten. Zu Beginn war deutlich spürbar, dass die Weltbank „UN Women" ihren Stempel aufdrücken will. Bachelet forderte wirtschaftliches Empowerment von Frauen mit einem marktliberalen und effizienzorientierten Tenor ganz im Sinne der Weltbank: „Mehr Frauen sind gut fürs Geschäft" und „Gleichheit bedeutet Business". Der Rechtsansatz schien dabei ebenso zu kurz zu kommen wie die angekündigte zivilgesellschaftliche Beteiligung an den strategischen Planungen von „UN Women". Schon im März schien die Organisation voll in die Mühlen der UN-Arbeit geraten zu sein: statt kontinuierlicher Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen gab es plötzlich kaum Zeit für Konsultationen und Inputs von NGOs. Und an Mitteln fehlt es sowieso überall.

Für Frauennetzwerke heißt das, dass es viel zu tun gibt, damit sich die Hoffnung auf einen geschlechterpolitischen Neuanfang bei den UN erfüllt.

Christa Wichterich

Die Autorin ist Soziologin und freiberufliche Publizistin. Sie ist Mitglied der AG Frauen des Forums Umwelt und Entwicklung.

Aus den Kinderschuhen: 20 Jahre Globale Umweltfazilität

Ist die GEF eine Erfolgsgeschichte?

Die Globale Umweltfazilität feiert 2011 ihren 20. Geburtstag. Ein Anlass, zu gratulieren und Bilanz zu einem oft kritisierten multilateralen Finanzierungsinstrument für den globalen Umweltschutz zu ziehen.

Die GEF (Global Environment Facility) wurde 1991 als Pilotprogramm eingerichtet und war eine Reaktion auf die gestiegenen Umweltzerstörungen Ende des 20. Jahrhunderts. Auf der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 beschloss die Staatengemeinschaft die Konvention zur biologischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD) und die Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Die GEF sollte als Finanzierungsmechanismus für diese globalen Abkommen dienen. Zehn Jahre später ergänzte man die Stockholm Konvention (Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants) und die UN-Wüstenkonvention (UN Convention to Combat Desertification – UNCCD).

Eine Restrukturierung der GEF fand 1994 statt, indem man die bis heute gültigen Entscheidungs- und Organisationsstrukturen sowie Finanzierungs- und Verwaltungsprozeduren festlegte, um die GEF als Finanzierungsmechanismus für die UN-Konventionen einsetzen zu können. Damit wurde auch die Einbindung von Entwicklungsländern in die Entscheidungen über die GEF-Politik und in die Umsetzung von GEF-Projekten gestärkt. In der GEF sind 182 Staaten mit unterschiedlichen Funktionen vertreten, unter anderen Geberländer, wie die USA, Japan, Deutschland und andere europäische Staaten, sowie Schwellen- und Entwicklungsländer als Empfänger.

Die GEF ist eine „Facility", die zur Projektumsetzung mit aktuell zehn Agenturen arbeitet, vom UN-Entwicklungshilfeprogramm (UNDP) bis zur Asiatischen Entwicklungsbank.

Was hat die GEF erreicht?

Die GEF ist der größte Finanztopf für globale Umweltprojekte und hat bis 2010 rund 9,2 Milliarden US Dollar investiert und rund 40 Milliarden US Dollar mobilisiert! In mehr als 165 Entwicklungs- und Schwellenländern wurden 2.700 Projekte umgesetzt. Mit dem „Small Grants Programme (SGP)"

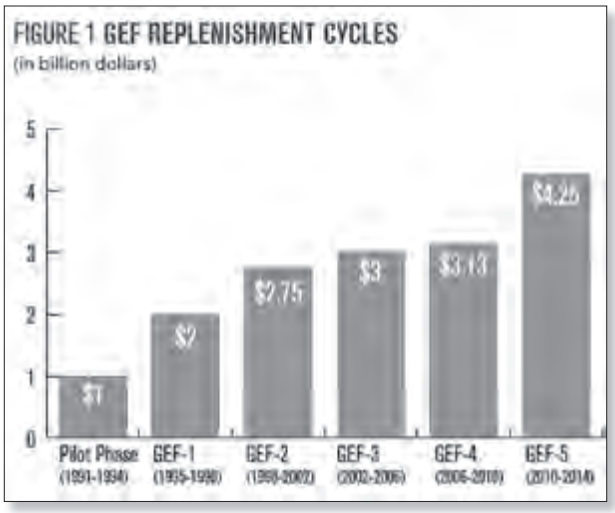


Abbildung 1: Finanzmittelausstattung der GEF-Zyklen; (aus GEF 2011: The A to Z of the GEF; http://www.thegef.org)

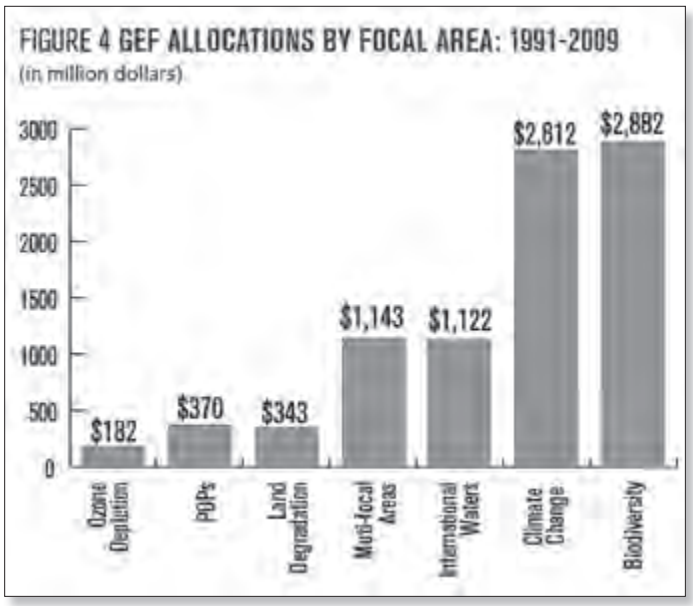


Abbildung 2: Investitionen in thematische Schwerpunkte (aus GEF 2011: The A to Z of the GEF; www.thegef.org)

Foto: Monique Barbut, GEF CEO, Mitte, auf dem CSO Workshop 2011, Faizal Parish, Koordinator GEF NGO Network, rechts, William Ehlers vom GEF Sekretariat, links

wurden 13.000 Projekte von NGOs und lokalen Organisationen mit 304 Millionen US Dollar unterstützt.

Die Geberländer haben ihre Beiträge von einer Milliarde auf inzwischen 4,25 Milliarden US Dollar gesteigert und in 20 Jahren rund 16 Milliarden US Dollar bereitgestellt. In jedem GEF-Zyklus werden thematische Schwerpunktstrategien festgelegt und mit Budgets unterlegt. Die GEF investierte bislang zu je einem Drittel in Projekte zur Erhaltung der Biodiversität und zur Vermeidung des Klimawandels. In GEF-5 wurde als neuer Schwerpunkt „nachhaltige Waldbewirtschaftung/REDD+" aufgenommen.

Fazit: Ist die GEF eine Erfolgsgeschichte?

In der Nabelschau kann der GEF gratuliert werden: Sie hat Schlimmeres verhindert! Die GEF wurde zudem in den vergangenen fünf Jahren unter Leitung von Monique Barbut auf Reformkurs gebracht, indem zum Beispiel der Projektzyklus gestrafft, die Transparenz in der Geldzuweisung an Länder erhöht, die Anzahl der Projektagenturen vergrößert und die Beteiligung der Zivilgesellschaft gestärkt wurde. Die Kinderkrankheiten sind auskuriert und der GEF stehen neue Herausforderungen bevor: Beispielsweise der Fond für das Nagoya-Protokolls zu Access and Benefit Sharing (ABS) und die Verwendung der anvisierten Milliarden für den Klimaschutz.

Die GEF als multilateraler Fonds kann nicht alleine die Aufgabe bewältigen, die globale Umwelt zu retten. Die EU hat von 2007 bis 2009 weitere 1,8 Milliarden US Dollar an bilateraler Hilfe für die Biodiversität ausgegeben. Weltweit werden schätzungsweise knapp 40 Milliarden US Dollar jährlich für Naturschutz investiert. Demgegenüber wird beispielsweise jährlich mehr als das zehnfache, rund 500 Milliarden US Dollar, an umweltschädlichen Subventionen ausgegeben!

Diese und andere Schieflagen bei den weltweiten Finanzströmen müssen beseitigt werden, um die natürlichen Lebensgrundlagen wiederherzustellen und die Ökosysteme vor dem Kollaps zu bewahren. Erst dann können die GEF-Gelder nicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein bleiben.

Günter Mitlacher

Der Autor ist Leiter Biologische Vielfalt bei WWF Deutschland und im Auftrag des Forums Umwelt und Entwicklung Repräsentant für Europa im GEF NGO Network.

Mit schlechtem Beispiel voran

Vom Versuch der Annex 1 Staaten , ihre Emissionen aus Land- und Forstwirtschaft möglichst klein zu rechnen

Wenn in den Klimaverhandlungen von LULUCF (Land Use, Land-Use Change and Forestry) die Rede ist, geht es um die Freisetzung oder Bindung von Klimagasen bei Veränderungen der Landnutzung in den Industrieländern. Deren Versuche, ihre Waldwirtschaft als möglichst große CO2-Senke darzustellen, fordert Entwicklungsländer geradezu dazu auf, bei der Berechnung von verringerter Entwaldung im Rahmen des REDD-Mechanismus nach ähnlichen Schlupflöchern zu suchen.

Werden Moore trocken gelegt, Wiesen in Ackerland umgewandelt oder Wälder abgeholzt, wird CO_2 freigesetzt. Gebunden wird es dagegen, wenn neue Wälder entstehen oder weniger Holz eingeschlagen wird als nachwächst.

Bisher ist es den Annex 1 Staaten weitgehend freigestellt, welche dieser Landnutzungsveränderungen sie in ihre Klimabilanzen einbeziehen. Verbindlich ist im Rahmen des Kyoto Protokoll allein die Nennung von Zahlen für Entwaldung und Aufforstung. Und selbst die sind kaum vergleichbar, da die UNFCCC-Definition von Wäldern es den Staaten freistellt, einen Mindestkronendeckungsgrad zwischen 10 und 30 Prozent als Berichtsgrundlage zu wählen. Diese Definition erlaubt es, aus einem Naturwald die Hälfte aller Bäume zu entnehmen oder ihn in eine Plantage zur Produktion von Biomasse umzuwandeln, ohne dass die damit verbundenen CO_2-Emissionen in die nationale Bilanz einbezogen werden müssten.

Nur wenn ein Staat sich entscheidet, auch über den Bereich „Forest Management" zu berichten, müsste er diese Verluste genau berechnen. Verständlich also, dass sich nur solche Länder für diese Option entschieden haben, die einen Zuwachs an Biomasse in ihren Wäldern erwarten. Denn den können sie sich als Emissionsminderung gutschreiben.

Hieran scheint sich auch in Zukunft wenig zu ändern. Eines der wenigen konkreten Ergebnisse der Klimaverhandlungen in Cancun war die Entscheidung, die bisherigen Definitionen und Verfahrensweisen bei LULUCF auch weiterhin anzuwenden.

Ein Schlupfloch für Holzfäller

Einer der wichtigsten offenen Punkte der bisherigen Verhandlungen ist die Frage nach dem Referenzwert für die Berechnung von Emissionen aus dem Bereich der Waldwirtschaft. Dies ist von besonderer Bedeutung, denn die Entscheidung darüber, ob die Emissionen gestiegen oder gesunken sind, hängt ausschließlich von dem Ausgangsniveau ab.

Die meisten Industrieländer wollen hier nicht einen historischen Durchschnittswert zu Grunde legen, der sich etwa aus den Emissionen der Jahre 1990 bis 2008 ergibt, sondern einen deutlich höheren Referenzwert, der eine in den kommenden Jahren steigende Holznutzung bereits einrechnet.

Im Mittel der Jahre 1990 bis 2008 wurden in den Wäldern aller Annex 1 Staaten etwa 950.000 Kt CO2-Äquivalent gespeichert. Der Durchschnitt der bisher vorgeschlagenen Referenzwerte liegt aber bei nur bei etwa der Hälfte. Für die Berechnung der Emissionen in einer kommenden Verpflichtungsperiode hätte das gravierende Auswirkungen:

Würde alles bleiben wie bisher und die Wälder der Annex 1 Staaten in gleichem Maße eine Senke für Klimagase bleiben, könnten sie sich trotzdem die Differenz zum Referenzwert als Emissionsminderung gutschreiben und gegen Emissionen in anderen Bereichen verrechnen.

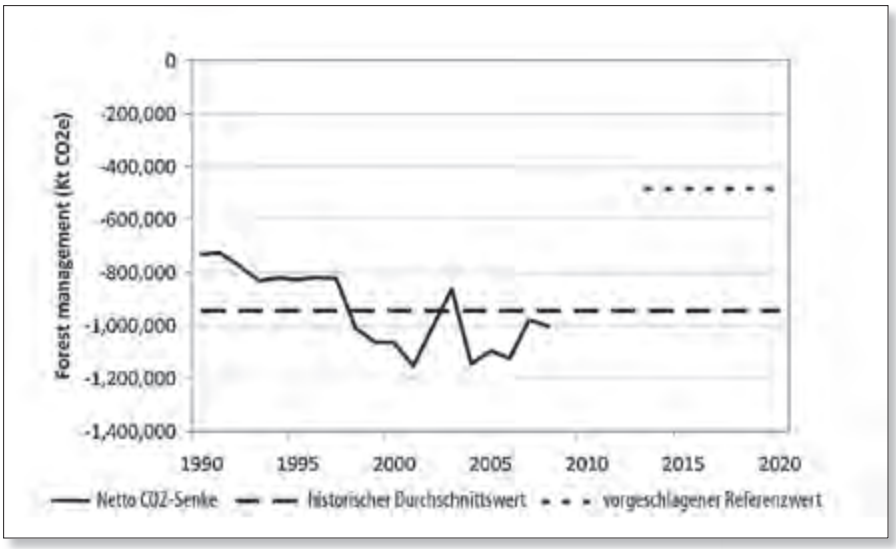
Würde der Holzeinschlag in den kommenden Jahren deutlich ansteigen, so bliebe die Senkenwirkung der Wälder voraussichtlich immer noch größer als der Referenzwert. Es gäbe dann zwar kaum noch eine Gutschrift, aber rechnerisch auch keine zusätzlichen Emissionen, die die Erreichung der bislang wenig ambitionierten Reduktionsziele gefährden könnten.

Auch ist die Frage noch offen, ob für die Anrechnung der Emissionen bzw. der Minderung, die sich aus der gewählten Berechnungsmethode ergibt, eine Begrenzung (cap) definiert wird.

Wird dieses Schlupfloch nicht gestopft, steht zu befürchten, dass die ohnehin zu niedrigen Minderungsziele der meisten Annex 1 Staaten allenfalls auf dem Papier erreicht werden.

Bilanzbeschönigung: Waldbrände nein, Holzprodukte ja

Relativ weit vorangeschritten sind dagegen die Verhandlungen über einen Mechanismus, der es Ländern erlauben soll, solche Emissionen he-



CO2-Speicherung durch die Wälder aller Annex 1 Staaten

Quelle: CAN 2010.

raus zu rechnen, die auf Naturkatastrophen zurückzuführen sind. Ob ein beispielsweise durch Blitzschlag verursachter Waldbrand aber nur deshalb katastrophale Ausmaße annimmt, weil er sich in degradierten Wäldern wesentlich schneller ausbreitet als in Naturwäldern, wird wohl nicht berücksichtigt.

Vieles deutet darauf hin, dass in Zukunft auch das in Holzprodukten gespeicherte CO_2 in die Berechnungen einfließen soll. Bislang wurde das eingeschlagene Holz im gleichen Jahr „abgeschrieben", das heißt als CO_2-Emission verbucht. Nun sollen für eine noch zu definierende Zahl von Holzprodukten Halbwertszeiten errechnet werden, um verarbeitetes Holz als weitere Senke anrechnen zu können.

Sicherlich ist es richtig, dass das in einem Dachstuhl verbaute Holz wesentlich länger CO_2 speichert als etwa Papier. Doch ob es nach einem oder erst nach 100 Jahren wieder freigesetzt wird, ist unter Klimagesichtspunkten irrelevant. Vor diesem Hintergrund ist es ein kaum vertretbarer bürokratischer Aufwand, wenn in Zukunft jedes Jahr der Bestand von einigen hundert Kategorien von Holzprodukten mengenmäßig erfasst werden muss. Außerdem herrscht noch Uneinigkeit über das richtige Berechnungsmodell. Derzeit werden fünf Bilanzierungsmethoden diskutiert, deren Ergebnisse bis zu einer Zehnerpotenz voneinander abweichen.

Wenig Hoffnung also, dass in Kürze ein robustes und verlässliches Modell für die Berechnung von Emissionen aus dem Waldsektor entsteht. Vieles deutet aber darauf hin, dass die Erfassung von Emissionen aus dem Bereich Forest Management für die Annex 1 Staaten in Zukunft verpflichtend wird. Gleichzeitig wird immer häufiger diskutiert, ob die für die Industrieländer entwickelten Ansätze im Rahmen von REDD auch für den Rest der Welt gelten sollen. Die Signalwirkung, die von Staaten und Interessenverbänden ausgeht, die um jedes Schlupfloch kämpfen, ist jedenfalls alles andere als positiv.

Wolfgang Kuhlmann

Der Autor ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA).

Alternativer Energiegipfel der Klima-Allianz

Zäsur für die Energiepolitik – Bewertung und Perspektiven der Stromkonzerne in Deutschland

Auf Einladung der Klima-Allianz diskutierten Mitte Mai Vertreter der Energiewirtschaft, der Umweltverbände und der Politik, welche konkreten ökonomischen Auswirkungen ein Wandel zu immer mehr erneuerbaren Energien für den deutschen Energiemarkt hat. Etwa 100 Teilnehmer kamen zu dem Alternativen Energiegipfel nach Berlin.

„Ich kann mir einen Energiemarkt ohne Brennstoffpreise ehrlich gesagt gar nicht vorstellen." So brachte Uwe Knickrehm, Senior Manager Wirtschaft und Politik bei EnBW eine der aktuell zentralen Konfliktlinien in der Energiewirtschaft plakativ auf den Punkt: denn je mehr Anteile die erneuerbaren Energien erlangen, desto stärker gerät das Business-Modell, bei dem mit der Energiegewinnung aus Kohle, Gas und Uran bislang Geld verdient wurde, unter Druck.

Dass die großen Stromkonzerne mit ihrem atomar-fossilen Kraftwerkspark denkbar schlecht aufgestellt sind und dafür auch an den Aktienmärkten abgestraft werden, zeigte Christopher Kuplent, Research Analyst bei Merrill Lynch. So haben zum Beispiel die Aktienkurse von E.ON und RWE seit Fukushima drei bis fünf Prozent an Wert verloren. „Längerfristig mehr und schnellerer Wettbewerb aus erneuerbaren Energien bedeutet Marktanteilsverluste für konventionelle Kraftwerke", so Kuplent. Der Markt werde für die Auslaufmodelle Kernenergie und Kohlekraft deshalb keine ausreichenden Renditen mehr anbieten können. „Ich sehe die Zukunft der Energieversorger als Systemdienstleister."

Aufgrund des gestiegenen Wettbewerbs und der hohen Planungsunsicherheit für konventionelle Kraftwerke würden laut Kuplent notwendige Investitionen in effiziente Gaskraftwerke, die für eine Energiewende Richtung 100 Prozent Erneuerbare gebraucht würden, derzeit nicht getätigt. Kuplent warf deshalb die Frage nach gezielten Anreizen für Kraftwerksneubauten auf. Derartige „Capacity Payments" gäbe es bereits heute in England und Russland.

Energiewende oder Business-as-usual?

Warum die großen Stromkonzerne nicht schon früher in erneuerbare Energien investiert haben, blieb weitgehend unbeantwortet. „Wir haben spät angefangen, aber es ist noch nicht zu spät", sagte Andreas Brabeck, Abteilungsleiter bei RWE. Er versprach, dass sich der Essener Konzern zukünftig stärker im Bereich der Offshore-Windenergie engagieren werde, um den eigenen Kraftwerkspark klimafreundlicher zu machen. „Wir müssen im Bereich Strom und Wärme bis 2050 CO_2-neutral sein", erklärte Brabeck.

Sebastian Sladek, Geschäftsführer von EWS Schönau, bezweifelte, ob bei einem Festhalten an einer zentralisierten Energieversorgung die Energiewende überhaupt zu schaffen sei. „Je dezentraler wir sind, desto effizienter können wir sein", sagte Sladek. Er stellte auch die von der Deutschen Energie-Agentur (dena) geforderten 3.600 Kilometer Netzausbau in Frage. „Dezentrale Lösungen mit einer hohen Bürgerbeteiligung erhöhen die Akzeptanz der erneuerbaren Energien und ähnliche Modelle sollte man sich auch für den Netzausbau überlegen", lautete seine Forderung. „Dezentralisierung heißt Demokratisierung und das sollte auch im Interesse der Politik sein."

Dass die dena-Zahlen auch von der Politik keineswegs als feste Größe angesehen werden sollten, forderte selbst Andreas Jung, Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung der CDU/CSU.

v.l.n.r. Andreas Jung (CDU), Sebastian Sladek (EWS Schönau), Uwe Knickrehm (EnBW), Dagmar Dehmer (Der Tagesspiegel), Andreas Brabeck (RWE), Christopher Kuplent (Merrill Lynch).

Laut Jung lägen sogar innerhalb der Agentur noch andere Zahlen zum Netzausbau auf dem Tisch.

Beim Thema Energiesubventionen plädierte Dr. Harry Lehmann vom Umweltbundesamt (UBA) dafür, nicht einseitig die Förderungen für Sonne, Wind und Bioenergie zu beleuchten. Nach Berechnungen des UBA erhalte das „atomar-fossile System" derzeit immer noch 25 Milliarden Euro jährlich an staatlichen Subventionen.

Erneuerbare Energien: mehr Kosten oder mehr Nutzen?

Die bisherigen Kosten-Nutzen-Analysen für die Erneuerbaren kommen fast alle zu dem Ergebnis, dass es Netto positive Effekte gäbe, betonte Dr. Bernd Hirschl, Leiter Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz beim Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Das Problem: einige positive Effekte der Erneuerbaren wie der Merit-Order-Effekt an der Strombörse oder die vermiedenen Energieimporte lassen sich derzeit nicht bilanzieren und tauchen deshalb in volkswirtschaftlichen Untersuchungen nicht auf. Das IÖW hat deshalb die lokale Wertschöpfung der Erneuerbaren (bestehend aus Gewinnen, Steuereinnahmen und Einkommen) näher untersucht und kam zu dem Ergebnis: Zwei Drittel der positiven Effekte geht auf das Konto von Dienstleistungen und Investitionen. Das heißt: auch ohne eine Produktion vor Ort kann eine lokale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien stattfinden.

Dr. Eberhard von Rottenburg, Abteilung Energie und Rohstoffe des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), erklärte, dass es innerhalb des BDI bereits Spannungen gäbe zwischen Mitglieds-Unternehmen, die vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren und jenen, die sich als Opfer steigender Energiekosten sehen. Branchen wie der Maschinenbau und die Glasindustrie gehörten laut des BDI-Experten zu den Gewinnern, die energieintensiven Unternehmen würden jedoch zusätzlich belastet. Dass die Erneuerbaren bei weiter steigenden Preisen für fossile Energien schon sehr bald wettbewerbsfähig sein werden, wollte er jedoch nicht glauben. „Es gibt einfach zu viele Studien und alle behaupten irgendwie etwas Anderes", so von Rottenburg.

Von Henner Weithöner

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin. Als Experte für die Themen Energie- und Klimapolitik begleitet er die Pressearbeit der Klima-Allianz.

„Angela wir müssen reden!"

Die Kampagne „Meine Landwirtschaft" und ihre Sternfahrt nach Berlin

Die Kampagne „Meine Landwirtschaft" findet immer mehr Zuspruch aus bäuerlichen, kirchlichen sowie umwelt- und entwicklungspolitischen Kreisen und Stiftungen. Mittlerweile haben sich bereits 36 Organisationen zusammengefunden, um eine ökologischere und sozialere Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik, die 2013 beschlossen werden soll, zu fördern und zu fordern.

Die Kampagne basiert hierbei auf verschiedenen Elementen, um einerseits interessierte BürgerInnen über die Reform und ihre Auswirkungen auf die Agrarstrukturen aufzuklären, andererseits aber auch den deutschen EU-ParlamentarierInnen, die zum ersten Mal neben dem Agrarrat ihren Einfluss gelten machen können, die Chance eines Systemwechsels in der Landwirtschaftspolitik vor Augen zu führen.

Meine Landwirtschaft – Unsere Wahl

An der von der Kampagne gestarteten Abstimmungsaktion „Meine Landwirtschaft – Unsere Wahl" haben sich mittlerweile eine fünfstellige Anzahl Interessierter beteiligt. Ziel der Aktion ist es, den Bürgern symbolisch die freie Wahl zu überlassen, wofür sie ihre tatsächlich pro Kopf verwendeten circa 100 Euro Agrarsubventionen pro Jahr investiert sehen möchten.

Eine erste Auswertung, die im Sommer der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, stellt bereits jetzt schon das Mißverhältnis zwischen den realpolitischen Verteilungen innerhalb der einzelnen Agrarsektoren und den Wünschen der deutschen Wähler dar.

Plakataktion zur EU-Agrarreform

Im Laufe des Herbstes sollen in den 99 Städten, in denen die deutschen EU-Parlamentarier ihre Wahlkreise

haben, Großplakate der Kampagne aufgestellt werden, vor denen lokale Bauern eben diese politischen Vertreter zu einer Aktion einladen, um über die EU-Agrarpolitik zu debattieren. Die Abgeordneten sollen auf diese Art und Weise vor Publikum Stellung beziehen und die Relevanz des Themas auch für längerfristigen politischen Erfolg vor Augen geführt bekommen.

Der „Die Zukunftswerkstatt Bauernhof" – Bauer hält Hof

Nach einem erfolgreichen Sommer mit Sternfahrt und Plakataktion will die Kampagne den Winter nutzen, um dezentral auf Höfen in Deutschland Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen zu realisieren. Hiermit soll einerseits für die Anliegen der Kampagne geworben werden. Andererseits soll aber auch Aufmerksamkeit für die existentiellen Probleme vieler Bauern in Deutschland, aber auch in Entwicklungsländern erzeugt werden. Auch hierzu werden Politiker eingeladen, die direkt auf den Höfen Stellung beziehen, und so von den Schwierigkeiten der Bauern aus erster Hand erfahren.

Bauern Sternfahrt nach Berlin

Die Zielsetzungen der Kampagne müssen den politisch Verantwortlichen natürlich auch erst einmal bekannt sein. Um der Kanzlerin ihre Forderungen in einem persönlichen Gespräch zu überbringen organisierte „Meine Landwirtschaft" deshalb eine Sternfahrt mit insgesamt vier Routen, die sich am 29. Mai in Bewegung gesetzt hat – aus allen Himmelsrichtungen rollten seit diesem Tag Traktoren mit dem Ziel „Berlin-Kanzleramt" durch die Republik. Die Sternfahrt machte Zwischenstopps an einigen „Denkmälern einer sich industrialisierenden Landwirtschaft", wie beispielsweise dem sich in Planung befindenden Hähnchenschlachthof im niedersächsischen Wietze (432 000 Hühnchen am Tag), Europas größtem Schlachthof für Schweine in Weißenfels bei Leipzig (geplante Erweiterung auf 20 000 Schweine am Tag). Die Kampagne war aber auch unterwegs, um beim Bauerntag des Niedersächsischen Landvolkverbands in Cloppenburg, beim Evangelischen Kirchentag in Dresden und vielen weiteren Veranstaltungen in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik zu werben.

Am 9. Juni kamen alle Routen vor dem Kanzleramt zusammen, um unter dem Motto „Angela wir müssen reden" gemeinsam mit der Bundeskanzlerin zu frühstücken. Frau Dr. Merkel sagte leider ihre Teilnahme ab, doch eine Delegation junger Bäuerinnen und Bauern übergaben die Forderungen der Kampagne „Meine Landwirtschaft" und wurden zu einem Gespräch am 24. Juni im Kanzleramt eingeladen.

Harry Hoffmann und Jochen Fritz

Die Autoren koordinieren die Kampagne „Meine Landwirtschaft – Unsere Wahl" beim Forum Umwelt und Entwicklung. www.meine-landwirtschaft.de

Global Youth for Biodiversity Organisation (GYBO)

Weltweite Vernetzung Jugendlicher und Förderung des Engagements für biologische Vielfalt

GYBO steht für Global Youth for Biodiversity Organisation und ist ein neugegründetes, weltweit einmaliges Netzwerk in dem sich Jugendorganisationen und Einzelpersonen aus allen Weltregionen mit dem Ziel zusammengeschlossen haben den rapide voranschreitenden Verlust an biologischer Vielfalt gemeinsam aufzuhalten sowie die Jugendpartizipation im CBD-Prozess zu stärken.

Das Kernanliegen von GYBO ist es Jugendorganisationen und Einzelpersonen global miteinander zu vernetzen, indem es eine interaktive Plattform anbietet, über die Wissen, Projektideen und Erfahrungen zum Schutz der Biodiversität ausgetauscht werden können. Dieses Angebot richtet sich sowohl an Jugendorganisationen, die sich schon im Bereich Biodiversität engagieren, als auch an Einzelpersonen die auf der Suche nach Engagementmöglichkeiten sind. Hierdurch soll der Einsatz von Jugendlichen für den Erhalt der biologischen Vielfalt unterstützt und ein Beitrag zur Verbesserung des öffentlichen Bewusstseins für den Wert der Biodiversität geleistet werden.

GYBO ist zudem die internationale Koordinationsplattform für Jugendpartizipation im CBD-Prozess. Das Jugendnetzwerk setzt sich für eine stärke Berücksichtigung der Interessen und Positionen von jungen Menschen in den Verhandlungen unter der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) sowie eine Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche an den Vertragsstaatenkonferenzen (COPs) der CBD ein.

Jugendpartizipation im CBD-Prozess und auf der COP10

Der Wunsch ein globales Jugendbiodiversitätsnetzwerk aufzubauen bestand schon seit längerem. Er wurde spätestens seit der, von der Naturschutzjugend (NAJU) organisierten, internationalen Jugendkonferenz „Biodiversity on the Edge", die vom 13. bis 19. Mai 2008 im Vorfeld der CBD COP9 in Bonn stattfand und quasi den Startschuss für Jugendpartizipation im CBD-Prozess darstellt, immer wieder von Jugendvertretern geäußert. Zuletzt wurde diese Idee auf der European Youth Perspective Conference on Biodiversity (YouPEC 2010), die im Juli vergangenen Jahres mit rund 150 Jugendlichen in Belgien veranstaltet wurde, sowie Ende August 2010 auf der International Youth Conference on Biodiversity in Nagoya, Japan, diskutiert. Auf letzterer Konferenz gründete sich schließlich eine kleine Arbeitsgruppe, die ein erstes Konzept für eine Global Youth Biodiversity Organisation entwickelte.

Als im Oktober 2010 dann die CBD COP10 in Nagoya tagte, waren unter den rund 14.000 Teilnehmern auch knapp 100 Jugenddelegierte aus 31 verschiedenen Ländern. Die Kerngruppe der Jugenddelegierten, die während der kompletten zwei Wochen an den Verhandlungen teilnahm, bestand aus etwa 30 bis 40 Personen. Als einziger Jugendvertreter aus Deutschland nahm der Autor dieses Textes, als Mitglied der NGO-Delegation des Forums Umwelt und Entwicklung für die NAJU, an den Verhandlungen teil.

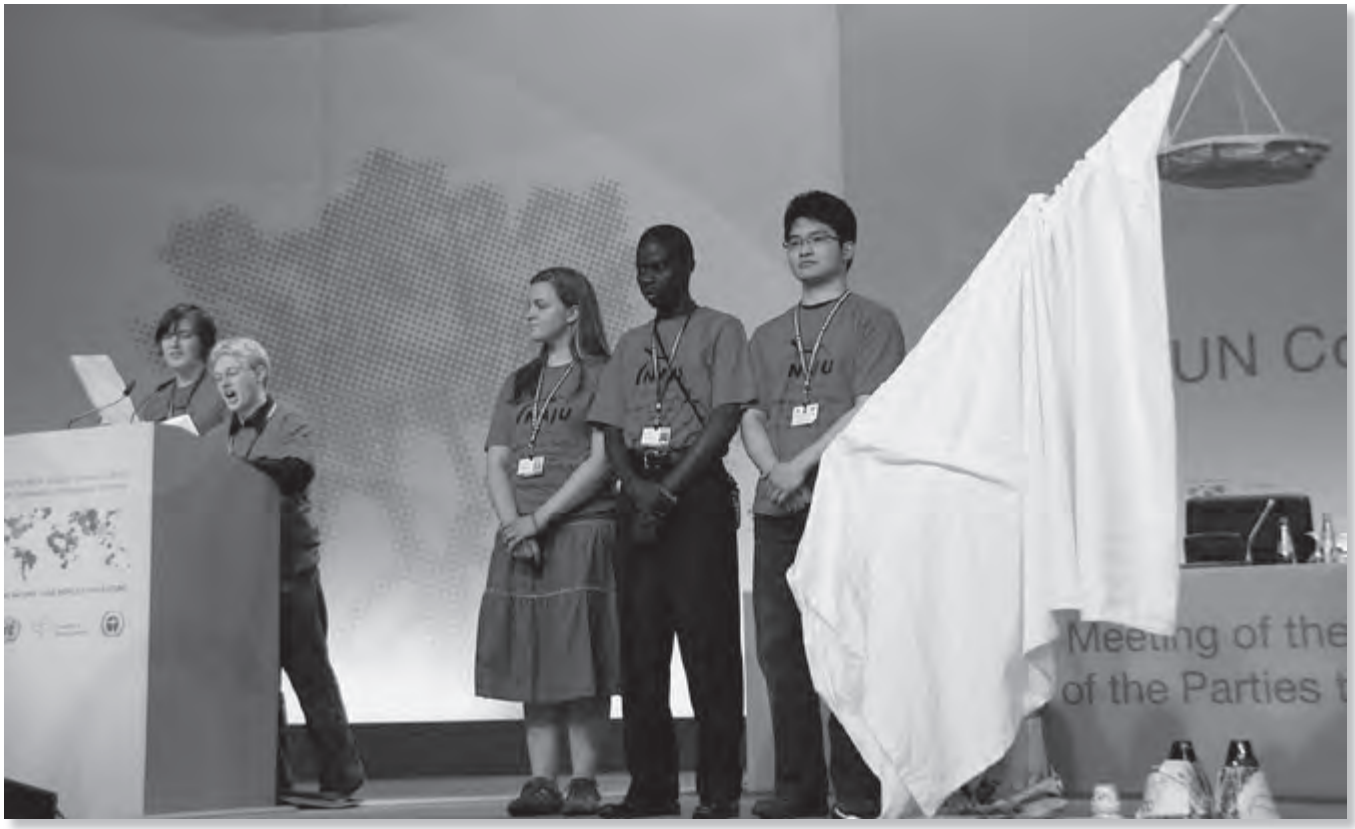


Foto: IISD (International Institute for Sustainable Development)

Jugenddeklaration der Biodiversity on the Edge Konferenz bei der CBD COP9, 2008 in Bonn..

Im Vergleich zu anderen UN-Prozessen, wie etwa dem UN-Klimaprozess (UNFCCC), ist die Jugendbeteiligung im CBD-Prozess damit aber immer noch sehr schwach ausgeprägt. So nahmen am UN-Klimagipfel in Kopenhagen rund 1.500 Jugendliche teil und auch an der COP16 in Cancún (Dezember 2010) beteiligten sich rund 500 Jugendliche.

Während der zweiwöchigen Verhandlungen in Nagoya brachten sich die Jugendlichen auf vielfältige und kreative Weise in die Verhandlungen ein. Am Ende gelang den Jugenddelegierten in einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein besonderer Coup: Sie schafften es, den CBD Generalsekretär Ahmed Djoghlaf davon zu überzeugen einen Youth Focal Point im CBD Sekretariat einzurichten und die Jugend als offizielle Stakeholder Group auf den CBD COPs anzuerkennen. Außerdem drückte das CBD Sekretariat seine Bereitschaft aus, die Gründung von GYBO tatkräftig zu unterstützen.

Struktur des Netzwerkes

GYBO bietet Jugendorganisationen und Einzelaktivsten die Möglichkeit sich mit Jugendlichen aus der ganzen Welt auszutauschen und dabei aktiv an der Gestaltung des Netzwerkes mitzuarbeiten. In Arbeitsgruppen können einzelne Aspekte der Biodiversität diskutiert und an der Erarbeitung von Positionspapieren mitgewirkt werden. Die einzelnen Arbeitsgruppen beschäftigen sich sowohl mit politischen als auch wissenschaftlichen Fragestellungen. So gibt es zum Bespiel Arbeitsgruppen zum ökonomischen Wert der Biodiversität, Gerechter Vorteilsausgleich und dem Zugang zu genetischen Ressourcen (Access and Benefit sharing), Schutzgebieten, Klimawandel und Biodiversität als auch zu ganz praktischen Fragen wie Kommunikationsstrukturen, Aktions- und Kampagnenplanung und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Um GYBO möglichst schnell zu operationalisieren wurde noch auf der COP10 ein GYBO-Koordinationsteam gegründet. Dieses Koordinationsteam setzt sich aus 16 Mitgliedern aus zwölf Ländern zusammen, die alle fünf Kontinente repräsentieren. Zu den Aufgaben des Koordinationsteam gehört unter anderem die Entwicklung der Organisationsstrukturen, die Kontaktaufnahme mit Jugendorganisationen, der Aufbau einer Website sowie der Kontakt mit dem CBD Sekretariat. Die interne Abstimmung läuft hauptsächlich über eine E-Mail Liste, zusätzlich finden alle vier Wochen Teaminterne Telefonkonferenzen und circa alle acht Wochen Telefonkonferenzen mit dem CBD Sekretariat statt.

Eine offizielle GYBO-Website ist momentan im Aufbau und wird voraussichtlich Ende Juni unter der url www.gybo.org online gehen.

Der NAJU Bundesverband hat sich entschlossen aktiv beim Aufbau von GYBO mitzuwirken und für 2011 die "Organisationspatenschaft" übernommen. In dieser Funktion organisiert die NAJU zurzeit ein Kick-off Treffen, welches Mitte 2012 in Berlin stattfinden soll. Hier werden rund 50 Vertreter von Jugendumweltorganisationen aus der ganzen Welt zusammenkommen und über die finale Struktur, Finanzierung und Aufgaben von GYBO zu beraten sowie den 1. GYBO-Vorstand zu wählen. Unter anderem ist geplant auf dem Kick-off Treffen einen Aktionsplan für mehr Jugendpartizipation im CBD-Prozess zu verabschieden. Zusammen mit einer indischen GYBO-Partnerorganisation soll außerdem die Beteiligung von jungen Menschen an der CBD COP11 geplant werden.

Christian Schwarzer

Der Autor engagiert sich ehrenamtlich bei der NAJU und ist Bundesbeauftragter für Klima- und Biodiversitätspolitik. Er kann bei Fragen oder Anregungen gerne unter christian.schwarzer@gmail.com kontaktiert werden.

Ländliche Entwicklung neu gedacht?

Ein Kommentar zur neuen Strategie zur ländlichen Entwicklung des BMZ

Im März veröffentlichte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sein neues Strategiepapier zur ländlichen Entwicklung. Unter der Überschrift „Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung" sortiert sich das Ministerium neu im Kontext der „globalen Wiederentdeckung der Landwirtschaft".

Hervorzuheben ist besonders, dass dieser Bereich zu einem Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden soll. Der große Wurf ist indes ausgeblieben, da verpasst wurde eine klare Prioritätensetzung in diesem Bereich für die eigene Entwicklungszusammenarbeit zu verankern.

Ländliche Entwicklung als Schlüsselbereich…

Positiv zu bewerten ist das deutliche Bekenntnis, ländliche Entwicklung zu einem Schlüsselbereich der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen. Die deutsche und internationale Zivilgesellschaft – FIAN inklusive – hat sich seit vielen Jahren für diesen Fokus eingesetzt. Auch für die Bundesregierung ist damit der ländliche Raum ein „Schlüsselraum" für die Armuts- und Hungerbekämpfung, da hier nachgewiesenermaßen die die direktesten Effekte erzieht werden (S. 7). Daran soll die Arbeit des BMZ in Zukunft gemessen werden.

…Landwirtschaft aber nicht.

Allerdings wird in der Strategie explizit hervorgehoben, dass der Landwirtschaft darin keine herausragende Rolle angedacht werden soll. Im Gegenteil wird von der Gefahr der „Überbetonung" des tertiären Sektors gesprochen (S. 10). Angesichts der Tatsche, dass der Großteil der Hungernden weltweit von der Landwirtschaft leben eine fragwürdige Einschränkung. Zudem bezieht sich gerade der anfangs erwähnte Zusammenhang zwischen ländlicher Entwicklung und Hungerbekämpfung in erster Linie auf die Landwirtschaft.

Fokus auf KleinbäuerInnen…

Die neue Strategie hebt die Förderung von KleinbäuerInnen an einigen Stellen hervor (S. 9, 10, 17). Dies wird als Kern für eine wirtschaftliche Entwicklung, welche Armut mindert und Ernährung sichert, gesehen. Die Stärkung der lokalen Märkte wird dabei als „Ausgangspunkt" hervorgehoben und der Marktzugang für diese Gruppen betont.

…nicht aber auf deren Strategien.

Dabei wiederholt sich ein Verständnis, das auch auf internationaler Ebene Gang und Gäbe ist. Kleinbauernförderung wird mittlerweile gerne betont. Gänzlich ignoriert wird dabei, welche Politiken und Konzepte die Zielgruppen selbst, deren Organisationen und Bewegungen einfordern. Explizit fehlen die zielgenaue Förderung der kleinbäuerlichen Produktion (unter anderem Schulungen, lokale Forschung, kapitalextensive Produktionsmethoden, umverteilende Agrarreformen), Schutzmechanismen gegen deren Verdrängung (beispielsweise im Kontext der Handelspolitik) und der Verweise auf das Konzept der Ernährungssouveränität (Demokratisierung des Ernährungssystems). Dieses Ausklammern widerspricht dem Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe" (S. 5). Auch aus menschenrechtlicher Perspektive muss eine effektive Mitbestimmung der marginalisierten Gruppen im Zentrum stehen.

Im Gegenteil, die Aufgabe der Subsistenzwirtschaft wird als „entscheidender Schritt" bewertet (S. 10). Dabei ist es gerade die Teilsubsistenz – und diese Unterscheidung ist höchst relevant und realitätsnah – die für viele Familien die zentrale Säule der Ernährungssicherung darstellt und in Zeiten der Not das Recht auf Nahrung sichert. Diese ideologisch überladene Schlussfolgerung relativiert den Fokus auf KleinbäuerInnen deutlich.

Einbahnstraße Verantwortung

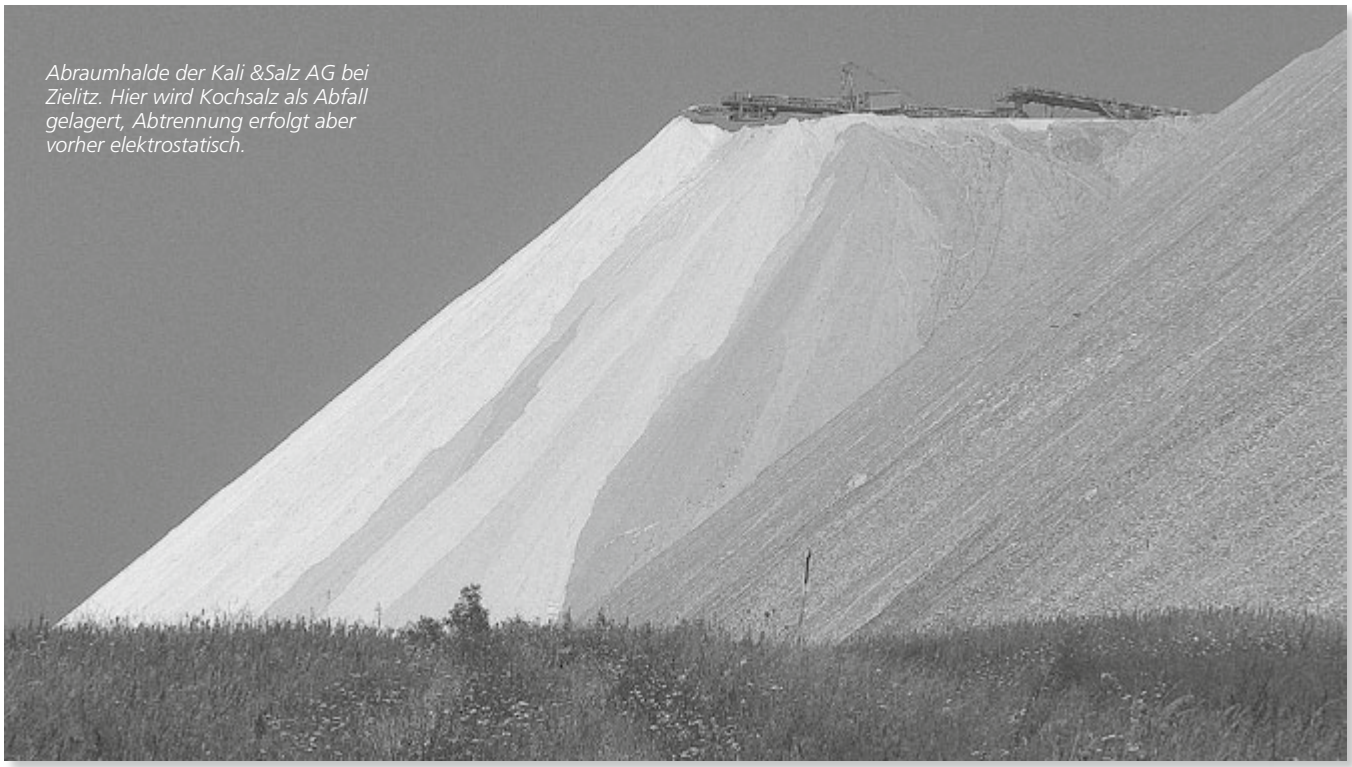
Menschenrechte, Transparenz, Verantwortung und Rechenschaftspflicht werden reichlich über den nationalen Regierungen ausgeschüttet. Die Bevölkerung wird als Rechtsträger anerkannt – ein wichtiger Schritt weg vom Bild der Almosenempfänger. Gleichzeitig wird hartnäckig betont, dass die internationale Staatengemeinschaft und Geberländer wie Deutschland keine Mitverantwortung gegenüber diesen Rechtsträgern tragen. Im Gegenteil, es wird eine „Ersatzvornahme" der Entwicklungszusammenarbeit befürchtet (S. 6). Dabei schreibt der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte diese Mitverantwortung den Geberländern ins Stammbuch. Auch die FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung (Leitlinie 19) heben diese Mitverantwortung hervor.

Ob die neue Strategie ihren eigenen Ansprüchen eines „rahmensetzenden Charakters" gerecht wird, muss bezweifelt werden. Grundsätzlich schafft die Strategie es nicht, klare Prioritäten zu setzen. Eine Konkretisierung – so wurde versprochen – wird dann in den Konzepten zu den Teilbereichen der ländlichen Entwicklung folgen. Das Konzept zur Landwirtschaft beispielsweise soll in den nächsten Monaten erarbeitet werden. Bleibt abzuwarten welche Prioritäten dann aus dem breiten Bündel der Strategie zur ländlichen Entwicklung herausgepickt werden.

Das Strategiepapier steht auf der Website des BMZ www.bmz.de/de/publikationen zum Download bereit.

Roman Herre

Der Autor ist FIAN-Referent für Agrarreform und Agrarhandel und Sprecher der AG Landwirtschaft und Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung.



Abraumhalde der Kali &Salz AG bei Zielitz. Hier wird Kochsalz als Abfall gelagert, Abtrennung erfolgt aber vorher elektrostatisch.

Foto: László Maraz

Ansätze zu einer nachhaltigen Gestaltung der Handelspolitik jenseits der WTO

Neues vom Projekt Handel - Klima - Umwelt von Forum Umwelt und Entwicklung, PowerShift und Germanwatch.

In der nationalen und internationalen Politik zu Handel, Umwelt und Klimaschutz sind in den letzten Jahren zahlreiche neue Herausforderungen entstanden. Mit dem Scheitern eines globalen Klimaregimes nach dem Vorbild des Kyoto-Protokolls in Kopenhagen 2009 und dem nun auch quasi-offiziellen Ende der Doha-Runde der WTO ist die bisher vorherrschende Form des Multilateralismus an seine Grenzen gestoßen.

Gleichzeitig treten viele Probleme immer deutlicher zu Tage. Die internationalen Märkte für Energie, mineralische und agrarische Rohstoffe werden zunehmend von Knappheit geprägt. Neben den Industriestaaten mit ihrem kaum gebremsten Ressourcenhunger treten vor allem rasant wachsende asiatische Schwellen- und Entwicklungsländer als große Nachfrager auf. Gleichzeitig erfordert der Umbau der Energieversorgung in Deutschland und anderswo neue, oft knappe und teure Rohstoffe. Die Importe landwirtschaftlicher Rohstoffe steigen nicht nur wegen der zunehmenden Nutzung der Agrarenergie, sondern auch wegen des steigenden Futtermittelbedarfs in der intensiven Tierhaltung, die absolut sehr viel mehr Ressourcen beansprucht als der Energiesektor.

Unzureichende Handels- und Investitionspolitik

Die deutsche und europäische Handels- und Investitionspolitik haben auf diese Herausforderungen noch keine befriedigenden Antworten entwickeln können. Im Vordergrund steht das Ziel, die Rohstoffversorgung für die Industrie zu sichern. Als Mechanismus für die Verteilung der knappen Rohstoffe auf konkurrierende Nutzungen ist nur der möglichst freie Welthandel vorgesehen. Die Umwelt- und Klimawirkungen der Rohstoffgewinnung werden bestenfalls als Randaspekte genannt.

Gleichzeitig soll vor allem in Deutschland die starke Orientierung auf Export beibehalten werden. Technologien für erneuerbare Energien gelten als besonders vielversprechend. Im Agrarsektor will Deutschland von der wachsenden weltweite Nachfrage nach Fleisch und Milch profitieren.

Neue Formen von Umwelt- und Klimaschutz in der Handelspolitik

Im zum Großteil vom Umweltbundesamt finanzierte Projekt "Klima- und Nachhaltigkeit in der deutschen und internationalen Handelspolitik" sollen Informationen über die ökologischen und sozialen Auswirkungen deutscher Importe und Exporte zusammengefasst und bewertet werden. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Technologien für erneuerbare Energien und der Landwirtschaft. Erste Studien, die sich mit der Importseite befassen, werden gerade fertig gestellt. Daraus sollen auch im Dialog mit der Wirtschaft neue Ansätze für die nachhaltige Gestaltung der deutschen und europäischen Handelspolitik in diesen Sektoren entwickelt werden. Eine besondere Herausforderung besteht dabei darin, einen internationalen politischen Rahmen für entsprechende Initiativen zu skizzieren.

Tobias Reichert

Der Autor ist Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch.

Förderhinweis: Dieses Projekt wurde gefördert vom Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.

Publikationen / Filme

Zur Lage der Welt 2011: Hunger im Überfluss

Neue Strategien gegen Unterernährung und Armut. Die landwirtschaftliche Entwicklung steht am Scheideweg: Beinahe ein halbes Jahrhundert nach der Grünen Revolution leidet ein großer Teil der menschlichen Weltfamilie immer noch chronisch Hunger. Gleichzeitig befinden sich Investitionen in die landwirtschaftliche Entwicklung auf einem historischen Tiefstand.

Im Juli 2009 erhielt das Worldwatch Institute (WWI) einen Zuschuss der Bill und Melinda Gates Stiftung zur Förderung eines zweijährigen Projektes: Es sollte agrarwissenschaftliche Innovationen zur Ernährung der Menschen und des Planeten Erde erfassen und bewerten.

Das Projekt gipfelt in dem mittlerweile 27sten Band der renommierten Serie „State of the World" (dt.: Zur Lage der Welt). Das Buch stellt politischen Entscheidern, Landwirten und Kreditgebern praktische und nachhaltige Lösungen vor, um Hunger und Armut auf der Welt zu verringern.

Herausgeber ist das Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch.

Bezug:
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8
10117 Berlin
www.boell.de; info@boell.de
oder im Buchhandel
288 Seiten, oekom verlag
München, 2011
ISBN-13: 978-3-86581-241-4
Preis: 19.95 €

Anpassung an den Klimawandel – regional umsetzen!

Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe – Wie und unter welchen Voraussetzungen kann eine Anpassung an den Klimawandel gelingen? Viele Staaten tragen gegenwärtig den Wissensstand zu Klimafolgen und Anpassungsoptionen zusammen und erarbeiten auf verschiedenen Ebenen Anpassungsstrategien an klimatische Veränderungen. Auch im deutschsprachigen Raum widmen sich Wissenschaftler und Praktiker in zahlreichen transdisziplinären Forschungsprojekten dieser Fragestellung. Im vorliegenden Buch werden Ergebnisse ausgewählter Forschungsprojekte präsentiert, die sich mit der Initiierung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen auf regionaler oder kommunaler Ebene befassen. In einer begrifflichen Einführung wird der Ansatz einer Climate Adaptation Governance vorgestellt. Damit möchten die Herausgeber Frank Buchholz, Birte Frommer, Hans Reiner Böhm einen Diskussionsbeitrag für die regionale Umsetzung des „Aktionsplans Anpassung" leisten, welcher die „Deutsche Anpassungsstrategie" konkretisieren und im Sommer 2011 erscheinen wird. Anhand verschiedener Fallbeispiele werden Wege zur Umsetzung von lokalen und regionalen Anpassungsmaßnahmen aufgezeigt und offene Fragen der Anpassung an den Klimawandel thematisiert.

Bezug:
Im Buchhandel, ISBN-13:
978-3-86581-261-2
Preis: 39.90 €, 272 Seiten

Investieren in Waldklimaprojekte

Die „Leitlinien für Unternehmen und private Investoren" sind Orientierungshilfe für Unternehmen und Investoren und zeigen in ünersichtlicher, gut anwendbarer Form auf, wie die Risiken bei der Auswahl von Waldprojekten zum Klimaschutz minimiert und Zusatznutzen maximiert werden können. Der Schutz der biologischen Vielfalt und die Wahrung der Interessen der lokalen Bevölkerungen in Waldklimaprojekten muss unbedingt sicher gestellt sein. Zudem ist es wichtig zu betonen, dass die freiwillige Unterstützung von Waldklimaprojekten immer im Kontext eines verantwortungsvollen Umgangs mit den eigenen Treibhausgasemissionen steht. Sowohl Unternehmen als auch Individuen sollten nach der Maxime handeln, zunächst eigene Emissionen zu vermeiden oder zu vermindern. Zur Kompensation von Emissionen, die (noch) nicht einzusparen sind, können Waldklimaprojekte unterstützt werden.

Die Leitlinien wurden auf der Grundlage eines Expertenworkshops mit verschiedenen Akteuren aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entwickelt. Neben dem Expertenworkshop diente die Analyse eines Projektbeispiels in Paraguay als Hintergrund für die Erarbeitung der Leitlinien.

Bezug:
Die Publikation kann im Internet unter www.oroverde.de/projekte-national/wald-und-klima.html oder http://www.globalnature.org/waldklima heruntergeladen werden.

Film „Die Nordsee von oben"

Ein neuer Kinofilm zeigt die deutsche Nordseeküste ausschließlich aus der Vogelperspektive. „Die Nordsee von oben" bietet beeindruckende Luftaufnahmen vom Weltnaturerbe Wattenmeer, den Inseln und Halligen und vom Land hinter dem Deich. Erstmals wurde dafür in Deutschland ein Hubschrauber mit der weltbesten Spionagekamera eingesetzt. Die filmische Reise beginnt in Ostfriesland entlang der Küste, die Elbe flussaufwärts bis Hamburg und hoch zu den nordfriesischen Inseln und Halligen bis nach Sylt. Bislang haben nur internationale Produktionen wie „Die Erde von Oben" oder „Home" ausschließlich Bilder aus der Vogelperspektive gezeigt. „Die Nordsee von oben" ist der erste deutsche Kinofilm, der sich das traut. Silke Schranz und Christian Wüstenberg wollen mit diesem Film zeigen, dass das Wattenmeer als Weltnaturerbe der UNESCO zu Recht auf

einer Stufe mit dem Grand Canyon, der Serengeti oder den Galápagos-Inseln steht. Dennoch entlarven die Bilder auch einzelne Punkte in der weiten Landschaft, die für die einmalige Natur im Nationalpark Störungen verursachen, wie die Ölförderung, der Schiffsverkehr oder die Zerschneidung von Landschaften. Der Film läuft ab dem 09. Juni regulär im Programm von über 100 Kinos.

Weitere Informationen: comfilm.de
Silke Schranz und Christian Wüstenberg GbR
Turmstrasse 15
60385 Frankfurt
www.die-nordsee-von-oben.de; E-Mail.: info(at)comfilm.de

Entwicklungsfinanzierung: alte Versprechen und neue Wege

Rechtsverbindliche Mechanismen zur Durchsetzung des 0,7 Prozentziels und die Erschließung neuer innovativer Finanzierungsquellen sind dringend erforderlich um die globalen Entwicklungsziele zu erreichen. Dies geht aus dem Hintergrundpapier „Entwicklungsfinanzierung: alte Versprechen und neue Wege" hervor, das das VENRO-Projekt „Perspektive 2015" im Mai veröffentlicht hat. Angesichts stagnierender Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit bei gleichzeitig dringend erforderlichen globalen Entwicklungsanstrengungen seien politischer Wille und konkrete Schritte notwendig, um die Lücke in der Entwicklungs- und Klimafinanzierung zu schließen. Das Hintergrundpapier skizziert die Möglichkeiten und Grenzen der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung (ODA) und bewertet bestehende und neue Finanzierungsinstrumente, wie beispielsweise eine Abgabe auf Flugtickets und die Finanztransaktionssteuer aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Damit bietet das Papier einen Überblick über den aktuellen Stand der entwicklungspolitischen Diskussion zum Thema Entwicklungsfinanzierung und zeigt zudem auf, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind, damit innovative Finanzierungsinstrumente tatsächlich in den Dienst von Entwicklung gestellt werden können.

Bezug:
VENRO
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228 94677-0
Email: sekretariat@venro.org
www.venro.org

Darf´s ein bisschen mehr sein?

„Von der Wachstumsgesellschaft und der Frage nach Ihrer Überwindung" handelt die neue Broschüre von EED und Brot für die Welt. In Beiträgen von Autorinnen und Autoren aus Süd und Nord spiegelt sie den aktuellen Stand der Wachstumskritik und der Debatte um die Postwachstumsgesellschaft wider.

Im Anschluss an die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" will die Broschüre informieren, zum Stöbern einladen und eine Herausforderung sein zum Nach-, Mit- und Querdenken.

Bezug:
Evangelischer Entwicklungsdienst, eed
Ulrich-von-Hassell-Straße 76
53123 Bonn
www.eed.de; eed@eed.de

FIAN Studie: German Investment Funds involved in Land Grabbing

Das Phänomen Land Grabbing wird aktuell viel diskutiert. Erste Bemühungen, diesen Run auf Ackerland zu erklären, bezogen sich stark auf die Aktivitäten arabischer und asiatischer Regierungen mit wenig fruchtbarem Ackerland und knappen Wasserressourcen. Im Verlauf der letzten beiden Jahre zeigte sich jedoch, dass weitere Akteure wenigstens genauso bedeutend für diese Entwicklung sind. Insbesondere der Finanzsektor wurde als Akteur übersehen. 2010 wiesen dann einige Institutionen wie die Weltbank oder die OECD auf die bedeutende Rolle des Sektors hin.

Die vorliegende Studie versucht, dem Puzzle ein weiteres Stück hinzuzufügen, indem sie die Rolle des deutschen Privatsektors beleuchtet. Dies ist besonders interessant, da bis zu diesem Zeitpunkt nur wenige Fälle dokumentiert wurden, in denen der deutsche Privatsektor in den globalen Ausverkauf von Land involviert ist. Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass sich dieses Bild ändert, insbesondere wenn man Anlagefonds in die Betrachtung mit einbezieht. Ob nun direkt (siehe Kapitel 4.2) oder indirekt (durch Anteil an Firmen, die Land im großen Stil akquirieren), der deutsche Privatsektor muss als Teil dieses Phänomens gesehen werden.

Diese Fonds und Anlagemöglichkeiten werden dann der deutschen Öffentlichkeit angeboten, ohne dass wirklich klar ist, was diese Investitionen für die lokale Bevölkerung vor Ort, im globalen Süden, bedeutet. Es ist sogar möglich, dass selbst die Anbieter dieser Fonds nicht genau wissen, was ihre Investitionen vor Ort anrichten. Es ist zwingend notwendig, dass sich Anleger informiert entscheiden können über die Art und mögliche negative Effekte ihrer Geldanlagen. In diesem Sinne soll die Studie einen Beitrag zu einer breiteren Information deutscher Klein- und Großanleger leisten.

Bezug:
Download unter http://www.fian.de/online/index.php?option=com_remository&Itemid=160&func=startdown&id=406
Oder direkt bei FIAN:
FIAN Deutschland e.V.
Briedeler Straße 13
50969 Köln
Email: fian@fian.de

Veranstaltungen / Termine

MEER oder weniger? Tagung

19.–20. August 2011
BallinStadt
(Auswanderungshallen)

Über die „Benutzung" eines Gemeingutes – Blaue Träume und graue Wirklichkeiten.

Die norddeutschen Landestiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung in Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wollen im Verbund mit Wissenschaft und Meeresschutzorganisationen auf „Das Drama der Meere" aufmerksam machen und mit dieser Tagung versuchen, Kräfte zu bündeln. Viele prominente, engagierte und kenntnisreiche ReferentInnen werden den Tagungsteilnehmenden zur Verfügung stehen. Meere bedecken die Erde zu über 70% und machen sie damit zum blauen Planeten. Die Katastrophen im Golf von Mexiko und vor Fukushima zeigen eindringlich, wie abhängig unser Leben vom Meer ist. Auch wirtschaftlich: Der Weltmarktumsatz der maritimen Branchen wird auf ca. 1.200 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Über die Bedeutung der Meere als Sauerstoffproduzent (ca. 70% des Sauerstoffs wird von der Meeresflora produziert), für die weltweite Ernährung (zur Zeit noch 95 Millionen Tonnen Fisch jährlich), und für das Klima (die Weltmeere gehören neben den Wäldern und Mooren zu den effektivsten Kohlendioxid-Senken) wissen nur die allerwenigsten Bescheid. Das Meer ist ein schützenswertes Gemeingut, das keine Lobby hat: Die Vereinten Nationen warnen vor dem Aussterben der kommerziell befischten Fischbestände innerhalb der nächsten 40 Jahre. Das Meer dient als Müllkippe für Plastik und schädliche Einleitungen durch Industrie und Landwirtschaft, es findet bis in die Tiefe eine rücksichtslose Rohstoffausbeutung statt, die den Ressourcenhunger der Menschheit stillen soll. Daher müssen endlich wirksame, international anerkannte Schutzgebiete ausgeschrieben sowie geschützt und kontrolliert werden.

Informationen:
Heinrich-Böll-Stiftung Bremen
www.boell-bremen.de

Wie viel (Green) Economy verträgt die Biosphäre? Workshop

15. September 2011
Berlin

Auch einer nachhaltigen Nutzung von Natur sind irgendwann Grenzen gesetzt. Selbst die Green Economy muss respektieren, dass die Ressourcen aus den Wäldern, Meeren und anderen Ökosystemen endlich sind. Konflikte um Schutz, Nutzung und Übernutzung sind daher abzusehen. Der Workshop wird Rahmen des Projekts „Auf dem Weg nach Rio+20" des Forums Umwelt und Entwicklung veranstaltet. Er hat zum Ziel eine politische Einschätzung zu ermöglichen, wo die größten Konfliktpotenziale und Restriktionen liegen und wo die Grenzen auch einer hocheffizienten Green Economy Industriegesellschaft liegen.

Weitere Informationen:
Kathrin Blaufuss:
k.blaufuss@forumue.de
Claudia Kabel: c.kabel@forumue.de
Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstr 19-20
10117 Berlin
Tel: +49 (0)30 / 6781775 74

Klima bewegen. Jetzt. Aktion

24. September 2011
Deutschlandweit

Moving Planet ist das Motto des diesjährigen Klima-Aktionstages am 24.9.2011 und steht für eine weltweite Kundgebung, die Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel fordert. Die klima-allianz deutschland koordiniert die Aktivitäten in Deutschland. Deutschlandweit, beispielsweise in Berlin, Hamburg, Kiel, Köln, München und Frankfurt gibt es am 24. September bunte Aktionen für ein neues Zeitalter ohne fossile Energieträger. Auf der Aktionswebsite www.klima-bewegen.de können sich alle klima-engagierten Gruppen und Verbände mit einer eigenen Aktion eintragen oder Tipps und Anregungen für Aktionen finden.

Weitere Informationen:
www.klima-bewegen.de

Konzert für Amazonien

Termine der Tournee vom 23. September bis 9. Oktober 2011

Das neue Programm von Grupo Sal „Konzert für Amazonien" berührt alle Sinne. Moderne

lateinamerikanische Musik, Texte, indigene Rituale, und Live-Malerei zeigen den Regenwald aus verschiedensten Perspektiven. Im Mittelpunkt steht dabei die außergewöhnliche Begegnung mit Abadio Green, dem führenden Vertreter des indigenen Volkes der Tule.

Bei einer „Begegnung der Kulturen" trifft Abadio Green Thomas Brose vom Klima-Bündnis.

Mit hinreißenden Bildern und Formenspielen, die vor den Augen des Publikums auf dem

Lichtprojektor gemalt und gleichzeitig projiziert werden, schafft der Lichtkünstler Mehrdad Zaeri. eine ganz eigene und sehr bewegende Interpretation der Thematik. Grupo Sal, sechs Musiker aus Argentinien, Chile, Portugal und Deutschland, mischt zeitgenössische Musikelemente mit traditioneller Folklore. Kulturenübergreifend kreiert die Gruppe damit seit fast 30 Jahren Musik, die Spaß macht und zum Nachdenken anregt.

Die Tournee wird durchgeführt in Zusammenarbeit mit dem Klimabündnis www.klimabuendnis.org und der OIA (Organisation der indigenen Völker Antioquias - Kolumbien) www.oia.org.co

Weitere Informationen:
www.grupo-sal.de

Innovation by co-operation

Ist der Titel der Konferenz, die den Auftakt der Innovation Managementschool bildet. Sie findet vom 30.08. bis 1.09.2011 in Bonn in den Räumen der Deutschen Welle statt.

Die internationale Konferenz widmet sich der Fragestellung, wie die internationale Kooperation zwischen den Ländern Lateinamerikas und der Karibik untereinander sowie zwischen Deutschland bzw. Europa und diesen Ländern zur Stärkung des Innovationspotenzials letzterer beitragen kann.

Das anwesende Fachpublikum aus Deutschland und Lateinamerika, bestehend aus Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, wird sich in der dreitägigen Konferenz in verschiedenen Formaten mit dem Thema auseinandersetzen. Die ca. 150 erwarteten TN sollen sich über internationale Kooperationsmöglichkeiten austauschen und unter Einbeziehung von Praxisbeispielen erfolgreiche Innovationsstrategien erörtern.

Einen Focus bildet die Frage, wie beide Seiten von dieser Kooperation profitieren können. Die Konferenzsprachen sind Spanisch und Englisch. Der Anmeldeschluss für die Konferenz ist der 31. Juli 2011.

Weitere Informationen
und Anmeldung:
http://gc21.inwent.org/ibt/de/modules/gc21/ws-innotalk/info/ibt/index.sxhtml

JUGEND-KLIMA-GIPFEL
25.09.2011 / 9–17 Uhr
Berlin
Nur einen Tag nach dem Klima-Aktionstag findet der Jugend-Klima-Gipfel statt. Der Gipfel verleiht jungen Menschen, die sich für den Klimaschutz engagieren, Gehör. Gemeinsam werden aktuelle Forderungen an die Energie- und Klimapolitik erarbeitet, für Deutschland, für Europa und die Welt. Konzipiert vom Jugendbündnis Zukunftsenergie bietet der Jugend-Klima-Gipfel eine Plattform für die junge Generation, die weitaus länger vom Klimawandel und seinen Folgen betroffen sein wird.
Informationen unter www.klima-allianz.de
24.09.2011
Klima Aktions Tag
Klima bewegen. Jetzt.
www.klima-bewegen.de
Moving Planet! – weltweiter Klima-Aktionstag 24.09.2011

24.09.2011
Klima Aktions Tag
Klima bewegen. Jetzt.
www.klima-bewegen.de